Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

...nementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst ...n Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. ...ie Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und ...ch-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaligen Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 37. | Dresden, Montag den 15. Februar 1909. | 20. Jahrg.

Durcheinander.

Steuerschacher hinter den Kulissen.

Der große englische Minister Pitt hat einmal in einer ...en Stunde gegen seine Feinde gesagt, daß die un... Minister immer die sichersten Mehrheiten hätten, ...lück aber nichts damit anzufangen wüßten. An diesen ...uch wird man erinnert, wenn man das Schicksal der ...nten Finanzreform betrachtet, mit der uns der Kanzler ... und seine Helfer beglücken möchten. Man hätte an... sollen, daß der Kanzler schon bei den Besprechungen, ... im Sommer 1908 in Norderney mit den Führern der ...rteien veranstaltete, eine sichere Mehrheit für seine ...svorlagen festgelegt hätte. Bei der Schwachmütigkeit ...beralen wäre es ihm gewiß nicht schwer gefallen, die ...gen so auszugestalten, daß sie auch der Zustimmung der ...vativen sicher gewesen wäre, wenn er überhaupt mit ...uck darauf hingearbeitet hätte. Daran hat ihn aber ...r seine gewohnte Trägheit verhindert. Im Gefühl ...einer Wurstigkeit hat er seinen Staatssekretär und die ...räte darauflosarbeiten lassen, weil er annahm, daß die ...hte schließlich doch wohl klappen werde. Darin hat er ...n allerdings sehr getäuscht. Es herrscht heute in der ... der Finanzreform ein Durcheinander, das lebhaft an ...ge des verflossenen Herrn Stengel erinnert. Auch ...wurde eine Blüte nach der andern aus seinem Steuer... herausgerissen, bis schließlich wirklich nur noch der nackte ...engel übrig blieb. Jetzt ist es kaum anders.

Daß die sozialdemokratische Partei allen Versuchen, der ... Masse des Volkes durch indirekte Steuern neue Lasten ...wingen, von vornherein und unter allen Umständen eine ...dene Gegnerschaft entgegensetzen würde, war nicht ... vorauszusehen. Leider kann diese Gegnerschaft bei den ...en Mehrheitsverhältnissen im Reichstage aber auch nicht ...ich in die Wagschale fallen; schließlich gehört doch nur ...ennte Teil des Hauses der sozialdemokratischen Partei ...Auch mit einer entschlossenen Opposition der politischen ... mußten die Regierungen rechnen, denn die Polen ... geradezu unvernünftig, wenn sie einer Regierung Mittel ...gen würden, die sie unter ein Ausnahmegesetz gestellt hat. ...auch diese Opposition war vom Standpunkte der Re...g kaum zu fürchten, weil auch sie der Zahl nach zu ...h ist. Damit blieb nur das Zentrum auf der einen ... und die Blockparteien auf der anderen Seite, die als ...tfaktoren in Rechnung zu stellen waren. Mit dem Blei...n der Hand kann man sich leicht ausrechnen, daß sogar ...Zentrum ausgeschaltet werden konnte, ohne daß irgend... Steuerplan eine ernstliche Gefahr drohte, wenn nur die ...gung und Zusammenhaltung der Blockparteien gelungen ...

Aber hier hat es zum Glück Schwierigkeiten gegeben. ...unersättlichen Konservativen haben sich durch keine Rücksicht ... den Kanzler oder seinen Block von ihrem Wunsche ab...gen lassen, den gesamten Bedarf des Reiches durch ...rekte Steuern aufzubringen und sich dann aus den ge...en Kassen zu bereichern. Die von den Regierungen vor...lagene Steuer auf den Nachlaß, die Wehrsteuer und die ...schaftssteuer sind in der Tat nichts als ein schmales Feigen...t zur Verhüllung der brutalsten Schröpfung, die dem Volke ... Jahrzehnten gedroht hat. Aber selbst das ist den Kon...ativen schon zu viel, selbst dagegen bäumen sie sich trotzig ... und wie sie schon früher Throne krachen ließen, wenn ... Wille nicht geschah, so schrecken sie jetzt den Kanzler mit ...r wilden Empörung.

In dem allgemeinen Elend, das zurzeit in Deutschland ...rscht, ist, wie es scheint, die Gefährlichkeit der neuen Steuer...ne nicht genügend gewürdigt worden. Das wirtschaftlich ...den letzten Jahren so schwer mißhandelte Volk hat die An...digung dieser neuen Belastung mit einer stoischen Gleich...tigkeit aufgenommen. Aber so viel Verstand hat schließ... auch noch die Bülowsche Regierung, daß sie sich sagt: in ...n Augenblick, wo wir den unverschämten Zumutungen der ...nker Rechnung tragen und die geforderten 500 Millionen ...arf restlos durch indirekte Steuern aufbringen wollen, ...cht ein Sturm los, dessen Folgen noch unabsehbar sind. ...trum leistet sie noch Widerstand gegen das Verlangen der ...nservativen, die Nachlaßsteuer fallen zu lassen. Aber es ... keineswegs sicher, ob ihr Widerstand unmittelbaren Erfolg ...ben wird. Aus der Unklarheit über die Lösung dieses ...gensatzes ergaben sich die Gerüchte von einer möglichen ...eichstagsauflösung. Eine Reichstagsauflösung ist gewiß ...cht wahrscheinlich, aber zu den Unmöglichkeiten gehört sie ...ließlich auch nicht.

Die Schwierigkeiten der Lage ergeben sich nicht allein ...s dem Problem einer vom Volke gerade noch ertragenen ...erteilung der kommenden Lasten auf direkte und indirekte ...euern, sondern überdies noch aus der Form der einzelnen ...euerpläne. So mußte z. B. die Kommissionsberatung der ...ramtweinsteuervorlage schon beim ersten Paragraphen ab...brochen werden, weil die Mehrheit des Reichstags gegen ...s Monopol ist und eine verbesserte Verbrauchsabgabe ver...ngte. Dieser Gesetzentwurf liegt heute noch nicht vor. Wenn ...an den Gerüchten trauen darf, die im Reichstage umlaufen, ...bestrebt sich die Regierung mit Hilfe der Blockparteien, viel...cht auch eines Teiles des Zentrums, die neuen Vorschläge ... gestalten, daß schließlich im Vergleich zu ihnen das Monopol immer noch mehr Vorzüge aufweist, das kleinere Uebel ist. Das neue Gesetz wäre dann nur ein weit ausholender und schwieriger Umweg, um doch zum Monopol zu gelangen. Unsere Vertreter haben alle Ursache, diesen Punkt fest im Auge zu halten. Wie sie denn überhaupt in diesem greulichen Durcheinander, getreu unserem Programme, die eine klare Forderung unentwegt zu vertreten haben: daß die Lasten des Reichs nach der Leistungsfähigkeit verteilt werden, daß nicht aber unter brutaler Ausnutzung ungerechter Machtverhältnisse das arbeitende Volk noch tiefer in das Elend hinabgestoßen wird.

Darüber dürfen wir uns freilich keinerlei Täuschung hingeben, daß die herrschenden Parteien schließlich miteinander handelseins werden, daß sie die besitzenden Klassen schonen und die arbeitenden Klassen mit der vollen Wucht neuer Steuerlast treffen werden. Wozu hätten wir denn sonst den „nationalen Reichstag"?!

* * *

Ein neues Manöver der Konservativen.

Wie gemeldet wird, hat sich die geheime Subkommission dem Projekt der sogenannten „veredelten Matrikularbeiträge" wieder zugewendet. Nach diesem Projekt soll etwa ein Fünftel der geforderten Steuern aus erhöhten Zuschüssen der Einzelstaaten zur Reichswirtschaft aufgebracht werden, mit der reichsgesetzlichen Maßgabe, daß die Einzelstaaten diesen Betrag „vom Vermögen" zu erheben haben. Es soll dabei in ihr freies Ermessen gestellt werden, ob diese Erhebung durch Nachlaßsteuer, Zinsensteuer, Vermögenssteuer usw. aufgebracht werden soll. In der Begründung dieses dreisten Vorschlags verrät die Kreuzzeitung eine sehr dankenswerte Aufrichtigkeit. Sie schreibt nämlich:

Die Konservativen werden unter keinen Umständen einer Reichsvermögenssteuer zustimmen, die dem aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag die Möglichkeit zu Vermögenskonfiskationen gibt.

An Stelle des Reichstags, dem Parlament, in dem auch die Hungerleider und Habenichtse ein Wort mitsprechen, sollen — in Preußen und Sachsen hauptsächlich — die Geldsackparlamente darüber zu befinden haben, was die Reichen dem Reiche zur Erhaltung seines Heeres und seiner Flotte bezahlen sollen. Durch diese Art der Begründung wird der konservative Vorschlag zu einem Angriff auf die Finanzrechte des Reichstags, zu einem feindseligen Vorstoß gegen das allgemeine Wahlrecht und zu einem — ausgezeichneten Geschäft für die besitzenden Klassen.

Ein Verwirrungstrick.

Die Rhein.-Westf. Ztg. will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die konservative Partei **an Stelle der Nachlaßsteuer eine Reichskohlensteuer von 50 Pfennig per Tonne geförderter Kohle** vorgeschlagen habe, und daß die Regierung diesem Vorschlage nicht abgeneigt sei. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstages hierfür eine Mehrheit vorhanden sei. Das Blatt schätzt den Ertrag der Steuer auf über 100 Millionen Mark und meint, daß infolgedessen der Kohlenbergbau gezwungen werden würde, **entweder die Löhne entsprechend herabzusetzen oder die Kohlenpreise entsprechend zu erhöhen.**

Diese Vorschläge sind so ungeheuerlich, daß man sie getrost zu den Verwirrungsmachenschaften zählen darf, durch die die Konservativen ihre schmähliche Drückebergerei in Sachen Nachlaßsteuer aus dem Vordergrund der Erörterungen zu beseitigen trachten.

Das Haus der Wortentziehung.

Skandalöses aus der preußischen Duma.

* Bei der Fortsetzung der Beratung der Pfarrerbesoldungsvorlagen hat das preußische Dreiklassenhaus am Sonnabend wiederum Proben von dem Stallknechtsgeiste brutaler Vergewaltigung geliefert, der seine kraut- und schlotjunkerliche Mehrheit erfüllt. Die dritte russische Duma ist ein freiheitliches Institut im Vergleich zum preußischen Abgeordnetenhause. Mit zynischer Offenheit wird die Wortentziehung zum Prinzip erhoben und ein parlamentarisches Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie proklamiert.

Nicht weniger als dreimal in der einen Sonnabendsitzung wurde **das Fallbeil des Debatteschlusses benutzt, um dem Genossen Adolf Hoffmann das Wort abzuschneiden.** Zunächst geschah das bei einem konservativen Antrag, zu dem sich die Redner sämtlicher bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Polen und des Zentrums geäußert hatten; die beiden letzteren Fraktionen schweigen sich prinzipiell bei Fragen aus, die die evangelische Landeskirche betreffen. Nachdem tags zuvor bei der allgemeinen Debatte die Darlegung des Standpunktes der sozialdemokratischen Fraktion verhindert worden war, wollte Adolf Hoffmann bei Gelegenheit des konservativen Antrags unsere prinzipielle Stellung darlegen. Sofort kam der Debatteschluß, den der durch komische Moralpauken bekannt gewordene Konservative v. Arnim-Züsedom ganz offen mit der Absicht begründete, Hoffmann nicht zu Worte kommen lassen zu wollen. Genosse Hoffmann kennzeichnete dies Vorgehen und der Zentrumspräsident Porsch bestätigte diese Kennzeichnung durch einen Ordnungsruf. Uebrigens hat das Zentrum gegen den Schluß gestimmt, während wenigstens ein Teil der Freisinnigen sich an der Henkerarbeit beteiligte. Bei den Ausnahmeklauseln, die das famose Prinzip der Ostmarkenzulagen auch auf die katholischen Geistlichen ausdehnt, wurde noch zweimal von der Guillotine Gebrauch gemacht und wiederum richtete sich die Strangulierung gegen Hoffmann. Als er den dritten Debatteschluß mit ebenso kräftigen wie zutreffenden Worten charakterisierte, eilte Vizepräsident Krause den Junkern mit zwei Ordnungsrufen zu Hilfe und drohte mit Wortentziehung im Falle eines dritten Ordnungsrufes, gleich als ob die betreffende Bestimmung der Geschäftsordnung sich auch auf persönliche Bemerkungen bezöge. Es fehlte wenig, daß er gedroht hätte, Hoffmann in Ketten fortführen zu lassen.

*

Nach dem preußischen Landtagsbericht verliefen die oben gekennzeichneten Szenen wie folgt:

Das Haus beriet die Kommissionsbeschlüsse über das Besoldungsgesetz für evangelische Pfarrer; die Kommission hat u. a. eine weitere dauernde Rente von 500 000 M. für den Witwenfonds der evangelischen Geistlichen beschlossen. Finanzminister v. Rheinbaben erklärt das Einverständnis der Regierung zu dem Antrage. Es sprechen ein konservativer, ein nationalliberaler, ein freikonservativer, ein freisinniger Redner, sämtlich für Bewilligung.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen gegen die Stimmen des Zentrums, eines Teiles der Freisinnigen und der Sozialdemokraten.

Abg. **Hoffmann** (Soz.): Ich will zur Geschäftsordnung erklären, daß durch Ihren Beschluß es meiner Partei zu wiederholten Malen unmöglich gemacht worden ist, zu einer äußerst wichtigen und prinzipiellen Sache hier zu Wort zu kommen. **In brutaler Anwendung Ihrer Macht haben Sie sich durch diese Gemeinheit selbst gekennzeichnet.** (Unruhe rechts; lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. **Porsch** ruft den Redner zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. **v. Arnim-Züsedom** (kons.): Wir haben den Schlußantrag gestellt, um Herrn Hoffmann **keine Gelegenheit zu geben**, bei Gelegenheit des Pfarrerbesoldungsgesetzes in zweiter Lesung eine ähnliche Rede zu halten, wie sie in erster Lesung gehalten worden ist. Das Haus hat ihm damals das Wort nach einem dreimaligen Ordnungsruf entzogen, und **es erschien uns erwünscht**, daß nicht eine ähnliche Rede wieder gehalten werde. (Bravo! rechts.)

Abg. **Hoffmann** (Soz.): Ich habe dem Vorredner zu erwidern, daß ich meine damalige Rede, auf die er Bezug nimmt, ohne den Schutz der Immunität draußen noch einmal gehalten habe; sie ist als Broschüre gedruckt Ihnen zugestellt worden. **Das beweist, daß in Preußen die Staatsanwaltschaft viel loyaler ist wie Sie als gesetzgebende Körperschaft.** (Sehr gut! bei den Soz.)

Die einzelnen Artikel des Gesetzes werden hierauf debattelos angenommen. Zum Artikel 8a, der den von der Kommission eingefügten Antrag enthält, ist nur der Abg. Hoffmann (Soz.) gemeldet. Vizepräsident Dr. Porsch verliest aber sofort einen **Schlußantrag der Konservativen**, der angenommen wird. Es folgt nun die zweite Beratung des Besoldungsgesetzes für katholische Pfarrer.

Der Antrag Dr. Porsch (Zentr.) auf Gewährung staatlicher Beihilfen an katholische Hilfsgeistliche, sowie ein Antrag Stychel (Pole) und Dr. Porsch (Zentr.) auf Streichung des Artikels 15 des Gesetzes, wonach den katholischen Pfarrern in Posen und Westpreußen die Gehaltserhöhung nur in Form widerruflicher Zulage gewährt werden soll, hat die Kommission abgelehnt. Die widerruflichen Zulagen sollen nach Artikel 16 allen katholischen Pfarrern dieser Provinzen gewährt werden, sofern sie nicht durch die Betätigung einer dem preußischen Staate oder dem deutsch sprechenden Teile der Bevölkerung feindlichen Gesinnung das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung oder sonst die staatliche Ordnung gefährden. Ueber das Vorhandensein dieser Voraussetzung soll der Minister der geistlichen Angelegenheiten entscheiden. — Dagegen hat die Kommission einen Antrag auf Erhöhung des Fonds für emeritierte katholische Geistliche um 280 000 M. der Budgetkommission überwiesen.

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben** erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, aus Billigkeitsgründen für diesen Antrag einzutreten.

Abg. **Kaufmann** (Zentr.) befürwortet die von der Kommission abgelehnten Anträge.

Abg. **Winckler** (kons.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Kommissionsbeschlüssen.

Abg. **Sierock** (freikons.): Die Ausnahme des Artikels 15 ist uns nicht angenehm. (Lachen bei den Polen und bei den Soz.) Die Voraussetzung der Versagung der Zulage ist aber so genau umschrieben, daß es keinem katholischen Geistlichen schwer werden wird, die Betätigung seiner Gesinnung mit den Staatsgesetzen zu vereinbaren.

Abg. **Fürbringer** (natl.): Wir begrüßen es, daß auch für die katholischen Geistlichen etwas über die Vorlage hinaus erreicht worden ist.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Zum Worte gemeldet waren noch vier Redner, darunter der Abg. Hoffmann (Soz.).

Abg. **Eickhoff** (freis. Volksp.) erklärt, daß ihm das Wort abgeschnitten sei zu der Erklärung, daß seine Freunde für das Gesetz mit Ausnahme des Artikels 15 stimmen würden.

Abg. **Hoffmann** (Soz.): Mit dieser **dritten Guillotinierung** haben Sie den Beweis erbracht, daß **Sie selbst sich für unfähig erklären, auf meine Ausführungen zu antworten.** (Lachen rechts.) Diese dritte Wortentziehung Ihrerseits ist **feige** (Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten) **und infam zugleich.** (Unruhe rechts; Zustimmung bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. **Krause**: Zunächst muß ich Sie bitten, das Weitersprechen zu unterlassen, sowie der Präsident die Glocke rührt. Das ist ein Gebot der Ordnung des Hauses und ein Gebot der Achtung vor dem Präsidenten. (Bravo! rechts.)

Abg. **Hoffmann** (Soz.): **Nicht vor dieser Mehrheit.**

Vizepräsident Dr. **Krause**: Wieweit Sie mit Ihren Worten Ihre Selbstachtung gewahrt haben, haben Sie selbst zu entscheiden. Sie haben aber die Würde des Hauses (!!!) verletzt und ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. **Hoffmann** (Soz.): **Das ist eine Ehre für mich.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090215/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vizepräsident Dr. Krause: Diese letzte Bemerkung war gleichfalls ordnungswidrig. Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen dieses Ordnungsrufes aufmerksam. (Bravo! rechts.)

Eine Reihe von Artikeln wird nach den Beschlüssen der Kommission bewilligt. Bei Artikel 15, der die widerruflichen Zulagen für die katholischen Geistlichen in Posen und Westpreußen vorsieht, begründet Abg. Stychel (Pole) den Antrag auf Streichung dieses Artikels.

Abg. Kauffmann (Zentr.) erklärt, daß seine Freunde gegen den Artikel 15 stimmen würden.

Damit schließt die Besprechung. Der Artikel 15 wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes nach den Beschlüssen der Kommission.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Montag, 12 Uhr. (Dritte Lesung des Lehrerbesoldungsgesetzes. Erste Lesung der Novelle zum Berggesetz.)

Türkische Krise.

Sturz des Großwesirs.

Der Großwesir Kiamel Pascha hat das türkische Parlament durch willkürliche und unbegründete Ministerernennungen brüskiert. Der Unwille über sein Verhalten, das den dringenden Verdacht nahelegt, er habe sich für eine Politik in reaktionärem Sinne gewinnen lassen, wurde durch seine Weigerung verschärft, sich vor dem Parlament zu rechtfertigen. Er begründete sein Nichterscheinen mit leeren Ausflüchten. Unter Führung des jungtürkischen Komitees schritt dann das Parlament zu einem entschiedenen Mißtrauensvotum gegen Kiamel Pascha. Der Beschluß wurde mit 198 gegen 8 Stimmen gefaßt. Die Parlamentsentscheidung bedeutet, daß die türkische Volksvertretung entschlossen ist, jedem Versuch, die durch die Revolution gewonnenen Fortschritte durch reaktionäre Umtriebe zu gefährden, geschlossen entgegenzutreten.

Die entschiedene Haltung des Parlaments, und mehr noch die Tatsache, daß das Heer bereit ist, sie zu verteidigen, haben den Sultan bestimmt, das Demissionsgesuch des Großwesirs zu akzeptieren. An der Stelle Kiamel Paschas ist Hilmi Pascha, Minister des Innern, unter Belassung auf seinem Posten als Minister des Innern zum Großwesir ernannt und mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt worden.

* * *

Ueber die Vorgänge, die zum Sturze des Großwesirs führten, liegen folgende Meldungen vor:

Konstantinopel, 13. Februar. Nach Verlesung des Protolls teilt der Präsident der Kammer mit, daß der Großwesir noch nicht erschienen sei. Die Kammer beschließt, sein Erscheinen zu fordern. In diesem Augenblick läuft ein Brief des Großwesirs ein, in dem dieser sich mit Arbeitsüberhäufung entschuldigt und dann erklärt, er werde am Mittwoch in der Kammer erscheinen. Der Kriegs- und der Marineminister hätten freiwillig demissioniert. Nazim Pascha sei ein ausgezeichneter Mann und seine Ernennung von politischer Bedeutung. Es sei heute eine Diskussion über die Veränderungen im Kabinett inopportun. Die Jägerbataillone hätten nicht weggeschickt werden sollen. Der Beifall, der nach der Verlesung des Briefes laut wird, wird niedergetrampelt.

Es folgt die Verlesung eines Briefes Ali Riza Paschas, worin er erklärt, daß er nicht demissioniert habe, sondern entlassen worden sei. Die gleiche Erklärung gibt für sich der frühere Marineminister in einer Depesche ab, die eingelaufen ist. Der Abgeordnete Jusuf Kemal nennt den Großwesir einen Lügner, da Dokumente vorhanden seien, aus denen hervorgehe, daß die Jäger weggesandt werden sollten. (Stürmische Zwischenrufe und erregter Lärm während der ganzen Zeit.) Jetzt spricht Ismael. Er behandelt in sehr geschickter Weise jeden Passus in dem Briefe Kiamel Paschas. Der Großwesir habe die Albanesen und Araber gewonnen, indem er ihnen je ein Portefeuille im Ministerium zusagte.

Nach Ismael spricht Lutfi (liberale Union). Er verteidigt Kiamel, aber nur mit sehr schwachen Argumenten und ohne den Beifall des Hauses zu finden. Der Anhänger des Komitees Emrullah wendet sich gegen Kiamel und beschuldigt ihn gleichfalls der Lüge. Der Grieche Kosmidi und der Armenier Sohrab (beide liberale Union) nehmen für Kiamel Partei. Sohrab entschuldigt den Großwesir, geht aber um den Kernpunkt des Falles herum. Er wird von Zwischenrufen unterbrochen und erklärt dann, unter diesen Umständen müsse man allerdings dem Willen des Hauses gemäß warten, bis Kiamel komme. Darauf beschließt das Haus, den Großwesir nochmals auf telephonischem Wege und durch Boten aufzufordern, von der Pforte nach dem Parlament zu kommen. Es tritt eine Pause ein. Um 5 Uhr war die Antwort des Großwesirs noch nicht eingetroffen.

Nach der Pause gelangt ein neues Schreiben des Großwesirs zur Verlesung, in dem er mitteilt, er könne erst am Mittwoch in die Kammer kommen, sei jedoch bereit, zu demissionieren, falls die Kammer die Verantwortung übernehmen wolle. Es entspinnt sich nun eine längere Debatte über diese Antwort, worauf der Antrag gestellt wird, dem Großwesir das Mißtrauen des Hauses auszusprechen. Um 7 Uhr 10 Minuten beginnt die Abstimmung. Ihr Ergebnis ist, daß mit 198 gegen 8 Stimmen das Mißtrauensvotum angenommen wird. Die Griechen und einige Armenier enthielten sich der Stimmenabgabe, die Araber stimmten mit dem Komitee. Der Präsident wird beauftragt, dem Sultan heute noch Mitteilung von dem Kammervotum zu machen und erhält Vollmacht, bis zur Ernennung eines neuen Großwesirs für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Die Stimmung in den Couloirs und in der Stadt ist sehr erregt. Zahlreiche Offiziere, darunter die Saloniker Jägerolfiziere, erscheinen im Parlament oder in dessen Umgebung. Während der Verhandlung in der Kammer, und zwar nach der Rede Ismaels, kam ein von allen Kommandanten der vor Dolmabagtscha unterhalb des Yildiz liegenden Kriegsschiffe unterzeichnetes Memorandum zur Verlesung, das tiefsten Eindruck machte. Darin sagen die Offiziere:

„Wie wir bereits am Donnerstag protestierten, erklären wir auch heute, daß wir mangels einer Besetzung des Postens des Marineministers keine oberste Kommandobehörde besitzen und deshalb, um sehr ernste und bedauerliche Folgen hintanzuhalten, an das Parlament als den Vertreter der Nation appellieren, uns entweder unseren alten Minister wiederzugeben oder einen anderen ebenso ehrlichen Mann einzusetzen. Wir erkennen unter keinen Umständen den jetzigen zweifelhaften Minister an."

Es handelt sich dabei um die Offiziere von etwa sieben Kriegsschiffen, darunter den aus Saloniki zurückgekehrten.

*

Der jungtürkische Tanin meldet zur Vorgeschichte der Kontikrise: Der Großwesir habe, vom Minister des Innern Hilmi Pascha über den Grund des Ministerwechsels befragt, erwidert, daß der Unterrichts- und der Marineminister demissioniert haben. Der Grund des Wechsels im Kriegsministerium liege „in gewissen gefährlichen Plänen", die man mit den Schützenbataillonen vorhatte. Auf die weitere Frage Hilmi Paschas, seit wann der Großwesir davon Kenntnis habe, erwiderte dieser, seit 14 Tagen. Daraufhin habe Hilmi Pascha dem Großwesir Vorwürfe gemacht, daß er als Minister des Innern davon nichts erfahren habe, und habe seine Demission gegeben.

*

Konstantinopel, 14. Februar. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer teilte der Präsident mit, daß ein Schreiben des ersten Sekretärs des Sultans eingegangen sei mit der Mitteilung, daß der Sultan den Minister des Innern **Hilmi Pascha** unter Belassung auf seinem Posten als Minister des Innern **zum Großwesir ernannt** und mit der Bildung des Kabinetts beauftragt habe. Bald darauf traf ein zweites Schreiben ein mit der Nachricht, daß der Sultan Sieddin zum Scheich ül Islam ernannt habe. Im weiteren Verlauf der Sitzung, die ruhig verlief, beriet das Haus dann mehrere Anträge.

Konstantinopel, 14. Februar. Die Kammer hat mit großer Mehrheit einen Antrag des israelitischen Abgeordneten Carasso, gegen Kiamel Pascha wegen willkürlicher Ersetzung des Kriegs- und Marineministers einen Prozeß anzustrengen, abgelehnt.

* * *

Konstantinopel, 14. Februar. Das jungtürkische Komitee in Saloniki und zahlreiche andere jungtürkische Lokalkomitees haben in Telegrammen an die Kammer und das hiesige jungtürkische Komitee gegen die Verletzung der Verfassung durch Kiamel Pascha protestiert. In der Armee und in der Marine herrscht große Erregung, die sich in zahlreichen Kundgebungen und anderen Anzeichen äußert.

Konstantinopel, 14. Februar. Der Kommandant des 3. Saloniker Armeekorps sandte an das Parlament ein Telegramm, in dem er erklärt, daß die Armee bereit sei, im Falle der Auflösung der Kammer nach Konstantinopel zu kommen.

Ein Dementi.

Budapest, 14. Februar. Der Pester Lloyd meldet aus Wien über die auswärtige Lage: Die Meldung von einem internationalen Mandat für Oesterreich-Ungarn zur Besetzung Serbiens im Falle von serbischen Bandeneinfällen in Bosnien entbehrt der tatsächlichen Grundlage. Oesterreich-Ungarn würde sich auch nicht zur Vollstreckung eines eventuellen Mandats herbeilassen. Oesterreich-Ungarn bekundet gegen Serbien die größte Langmut, wird jedoch nach eigenem Ermessen alle Schritte tun, die seine Interessen fördern.

Deutsches Reich.

Englische Nachklänge.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der König von England hat am Freitag Berlin verlassen, und die Offiziösen beider Länder versichern, daß alles zum höchsten Wohlgefallen verlaufen sei. Nach einer Meldung der Pall Mall Gazette soll allerdings der krönende Punkt der zwischen dem Fürsten Bülow und Sir Charles Hardinge getroffenen Vereinbarungen in dem Einverständnis darüber bestehen, daß eine Verständigung über das Tempo der beiderseitigen Rüstungen unmöglich sei, und diese Nachricht ist wohl geeignet, recht viel Wasser in den Wein deutsch-englischer Freundschaftsfeste fließen zu lassen. Man muß nun einmal mit der Tatsache rechnen, daß weite Kreise des englischen Volkes sich die Fortschritte der deutschen Seerüstung nicht anders erklären können denn aus der Absicht, die Herrschaft Englands zur See eines Tages zu stürzen, und unendlich viel törichtes Zeug, das von den deutschen Flottenfexen geredet und geschrieben wurde, hat dazu beigetragen, das englische Mißtrauen zu stärken. Da könnte nur ein radikaler Systemwechsel helfen, wie er in modern regierten Ländern durch Neuwahlen, Aenderung der Parteikonstellation und Kabinettswechsel einzutreten pflegt. Solange in Deutschland noch dieselben Kräfte am Ruder sind, die die Isolierung des Reiches verschuldet haben, wird das Mißtrauen des Auslandes gegen die deutsche Politik nicht verschwinden.

Wie weit aber das Deutsche Reich trotz der berühmten November- und sonstiger „historischer" Tage von einem solchen Systemwechsel entfernt ist, wie tief es noch im Dreck der alten Misere steckt, das haben gerade wieder gewisse Erörterungen der bürgerlichen Presse bewiesen, die an das Ereignis des englischen Besuches anknüpften. Reichsparlament und deutsche Presse waren von den Besuchsfestlichkeiten des Hofes ausgeschlossen. Während Wilhelm II., wenn er nach England kommt und offiziell empfangen wird, natürlich sofort in die Gesellschaft politisch führender Parlamentarier und Zeitungsmänner gerät, hat man am Berliner Hofe dem König Eduard lauter Generale und Hofleute vorgesetzt, gleich als ob man dem konstitutionellen Onkel hätte zeigen wollen, daß man hierzulande noch richtig von Gottes Gnaden sei. Das Berliner Tageblatt erzählt, daß der König von England eine bessere Auffassung von der Würde des deutschen Reichstags bekundet habe als der preußische Hof; denn er habe einen Reichstagsabgeordneten, der um eine Audienz bei ihm nachsuchte, mit auffälliger Beeiferung sofort empfangen.

Zu den grün verärgerten Leuten, die Verwünschungen gegen den Hof schleudern, gehört auch jene Sorte bürgerlicher Journalisten, deren beneidenswerte Aufgabe darin besteht, zu berichten, was für ein Kleid die Prinzessin Dorothea Eulalie anhatte, wie vortrefflich den Prinzen Kasimir Ferdinand die Husarenuniform kleidete, wie vorzüglich die Allerhöchsten Herrschaften aussahen und welche Wonne es überhaupt ist, zu den Bevorzugten zu zählen, die die Luft des Königlich Preußischen Hofes atmen dürfen. Es ist kein appetitliches Schauspiel, zu sehen, wie diese Leute jetzt den Speichel, den sie jahrelang lecken mußten, wieder von sich geben, und was sie in der Geschwätzigkeit des Aergers aus den Geheimnissen ihres Berufs ausplaudern, wirkt geradezu erschütternd. So wird uns jetzt zum Beispiel erzählt, daß ein bekannter deutscher Journalist, eine wahre Zierde seines Standes, einmal einige Stunden bei Hofe zugebracht habe, in einem — Büfett verborgen, in das ihn ein der Presse wohlgesinnter Kammerdiener gesteckt hatte! Der Held der Affäre wird leider nicht genannt, sein Name entgeht daher dem Schicksal, für ewige Zeiten im Büfett aufbewahrt zu werden — aber der deutsche Zeitungsleser wird fortan jede begeisterte Schilderung des Hoflebens, die er im Kreisblättchen liest, mit der Vorstellung eines Schmoks verbinden, der, im Büfett verkrachen, voll Angst, in dem nächsten Augenblick erlappt und rausgeschmissen zu werden, seine untertänigsten Berichte schmiert.

Selbst der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Die mißhandelten Hofberichterstatter kriechen aus den Büfetts hervor und schwören dem Obersten der Hofbediensteten, dem Grafen August Eulenburg, tintenschwarze Rache. Das innere Ergebnis des englischen Königsbesuchs ist ein neuer Lakaienstreit.

Europa sieht es mit Staunen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag peitschte in einer Sitzung von geradezu nervenzerrüttender Länge den umfangreichen Rest des Etats des Reichsamts des Innern am Sonnabend durch. Solche Sitzungen, die mit den furchtbaren Ansprüchen, die sie an die Arbeitskraft der ganz gewiß nicht glänzend besoldeten Angestellten des Reichstags stellen, ein wahrer Hohn auf die Sozialpolitik sind, sind die Folgen der geradezu verbrecherischen Zeitvertrödelung, die der Block mit seinen inneren Zänkereien tagelang getrieben hat. Weil Herr Dietrich Hahn wieder einmal Reklame für sich machen mußte und sich im offenen Reichstagsaal statt in der Blockkonferenz mit seinem freisinnigen Bundesbruder Bülow herumzankte, mußten so wichtige Etats, wie die des Reichsgesundheitsamts, des Versicherungsamts usw. vor einer winzig kleinen Korona von Abgeordneten und unter allgemeiner Unaufmerksamkeit an einem einzigen Nachmittag durchgepeitscht werden. Dadurch leidet das Interesse der beteiligten Kreise, dadurch leidet auch die Berichterstattung und nicht zum wenigsten das Ansehen des Parlaments. Aber was liegt dem Bülow-Block daran?

Die hundert und mehr Reden, die an diesem Tage gehalten worden sind, auch nur aufzuzählen, würde eine unbillige Inanspruchnahme der Zeitungsspalten sein. Wir verweisen auf unsern Bericht. Von unserer Fraktion sprachen Brühne, der beim Etat des Reichsgesundheitsamts schwere hygienische Mißstände rügte, Hoch, der freisinnige Entstellungen in der Krankenkassenfrage zurückwies, Bömelburg, der auf die Lahmheit des Reichsversicherungsamtes gegenüber berufsgenossenschaftlicher Antisozialpolitik hinwies, Lehmann-Wiesbaden, der die eigenartige Arbeiterfürsorge am Nordostseekanal beleuchtete, Frank-Mannheim, der unsere Zustimmung zu der sich gegen das Unwesen der Abonnentenversicherung richtenden Zentrumsresolution zum Ausdruck brachte.

Am Montag stehen Tampfersubvention, Etat des Reichstages und des Reichseisenbahnamts zur Beratung.

Arbeitslosennot und Militärfeste.

Die bürgerlichen Stadtverordneten der Stadt Braunschweig lehnten einstimmig den Antrag unserer Genossen ab, zur Verteilung an die Arbeitslosen den Betrag von 20 000 M. und für die Speisung armer Kinder mit warmem Frühstück in den Schulen 3000 M. zu bewilligen; wobei der Oberbürgermeister Reimer den Standpunkt vertrat, daß man „nur Unterstützungen bewilligen dürfe, die als Armenunterstützung mit Verlust des Wahlrechtes zum Reichstage den Armen angerechnet werden".

Obgleich man die Mittel für die hungernden Arbeiter und die hungernden Kinder erst vor 14 Tagen einstimmig abgelehnt hatte, beschloß die gleiche bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit jetzt ebenfalls einstimmig, 10 000 M. zur Jahrhundertfeier der beiden Braunschweiger Regimenter, 6000 M. für das Infanterieregiment Nr. 92 und 4000 M. für das Husarenregiment Nr. 17 zu bewilligen. Von den Zinsen des Geldes sollen arme Soldaten unterstützt werden. Man fürchtete offenbar die Kritik unserer sozialdemokratischen Stadtverordneten, und hatte deshalb die Sache garnicht auf die Tagesordnung gesetzt, beschloß aber nur in vertraulicher Sitzung, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, über die Bewilligung zu verhandeln.

* * *

Das entschlossene Vorgehen der Arbeitslosen in Stadtoldenburg a. H., die geschlossen vor das Rathaus zogen und den Oberbürgermeister durch eine Deputation um schleunige Maßregeln zur Linderung der Not ersuchten, hat zur Folge gehabt, daß der Magistrat die Verteilung von Kohlen und Gewährung von freiem Mittagessen, zunächst an verheiratete Arbeitslose, beschlossen hat. Geldunterstützungen sollen nur in ganz besonders dringenden Fällen bewilligt werden. Für Notstandsarbeiten, mit denen jedoch erst im Frühjahr begonnen werden kann, sind vom Magistrat 80 000 M. bereitgestellt. Sämtliche Hilfeleistungen sollen nicht als Armenunterstützung gelten.

Sind Sozialdemokraten vogelfrei?

Vor der Strafkammer in Rudolstadt kam am Sonnabend ein Prozeß zur Verhandlung, der sich bereits 1¼ Jahr hinzieht und gegen unseren Genossen Landtagsabgeordneten Hofmann-Saalfeld gerichtet ist.

Im Herbst 1907 brachte das Saalfelder Kreisblatt, das die Sozialdemokratie nach Reichsverbandsmanier bekämpft, als erste Notiz unter Tagesschau mit fetter Schrift die Nachricht, der Saalfelder Volksblatt-Redakteur Heinrich Becker sei aus Saalfeld verschwunden und habe Frau und Kinder in großer Not zurückgelassen. Tatsächlich war Becker seit 10 Jahren nicht mehr im Volksblatt beschäftigt, sondern nach Dortmund verzogen. Im Sommer 1907 kam B. als Farbenreisender nach Saalfeld zurück, und hatte also durchaus nichts mehr mit der Volksblatt-Redaktion zu tun. Die gesamte bürgerliche Presse Thüringens nahm die Kreisblatt-Notiz mit Behagen auf. Einige Tage später mußte das Kreisblatt eine Berichtigung des Volksblatt-Verlegers — Genossen Hofmann — bringen, doch hängte der Kreisblattredakteur eine viermal längere Redaktionsbemerkung an, in der die Sache wieder entstellt und Hofmann in der gröbsten Weise beleidigt wurde.

Nun war die Geduld des Genossen Hofmann zu Ende. In einem kräftigen Artikel kennzeichnete er die Kreisblattmethode und forderte den Redakteur Pilz auf, ihn zu verklagen. Die nun folgende Verhandlung fiel nicht zugunsten des Kreisblattes aus. Hofmann erhob wegen früherer Angriffe des Kreisblattes in neun Fällen Widerklage. Schließlich wurde Pilz zu 80 M. und Genosse Hofmann zu 80 M. verurteilt, obwohl der Pilzsche Rechtsanwalt gegen Hofmann 1000 M. Geldstrafe beantragt hatte. Ein Glück für den Kreisblatt-Redakteur war, daß von den neun Widerklagen Hofmanns sieben für verjährt erklärt und nur zwei zugelassen wurden.

In der Urteilsbegründung wurde betont, daß Pilz unserem Genossen Hofmann ganz grundlos beleidigt habe und nur deshalb nicht höher bestraft werde, weil ihr infolge seiner wirtschaftlichen Lage die 30 M. Geldstrafe härter treffen, als den Angeklagten Hofmann. — Die Strafkammer in Rudolstadt warf das ganze Urteil um und kam zu dem unglaublichen Erkenntnis, Pilz freizusprechen, während Hofmann 100 M. Geldstrafe erhielt. Das Gericht nahm an, die beiden Widerklagen seien verjährt, da sie „nicht form- und zeitgerecht" eingereicht seien.

Das Jenaer Oberlandesgericht als letzte Instanz war jedoch in dieser Sache entgegengesetzter Meinung, hob das Urteil auf und verwies den Prozeß an die Strafkammer zurück. Diese erkannte nun gegen Hofmann wieder auf 100 M. Geldstrafe, erklärte Pilz zwar der Beleidigung schuldig, aber für straffrei. Hofmann soll ⅔, Pilz ⅓ der nicht unbeträchtlichen Kosten tragen.

Vom Vereinsgesetze.

Der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes — Genosse Prange in Braunschweig — hatte am 9. August v. J. eine öffentliche Versammlung durch Bekanntmachung im Volksfreund einberufen, in der die Genossin Wackwitz aus Dresden über „Kulturelle Aufgaben der Gewerkschaften" referierte. Sie besprach die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit, der Beseitigung der Kinderarbeit und der Erkämpfung höherer Löhne. Dabei wies sie darauf hin, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Forderungen der Arbeiter im Reichstage am energischsten vertrete.

Genosse Prange leitete die Versammlung, hatte sie selbstverständlich auch nicht angemeldet oder in der polizeilich vorgeschriebenen Form in der Zeitung bekannt gemacht. Er wurde deswegen wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes unter Anklage gestellt; das Schöffengericht und die Strafkammer sprachen ihn jedoch frei.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, und das Oberlandesgericht gab ihr statt, hob das freisprechende Urteil auf und wies die Sache an das Landgericht zurück. Als feststehend wurde angesehen, daß in dem Vortrage politische Angelegenheiten erörtert worden seien. Das hatte freilich das Landgericht angenommen, hatte jedoch erklärt, es zu glauben, wenn der Angeschuldigte angab, er habe annehmen müssen, daß die Rednerin das politische

...iet nicht betreten würde. Das Oberlandesgericht begründete ... Urteil mit dem Einwand, daß erstens festgestellt werden ..., ob der Angeschuldigte den **Vorsatz** gehabt habe, sich der ...meldepflicht zu entziehen, inwieweit die **Versammlung bei** ...em **Zwecke als politische** in Betracht komme, und zum ...ß sei auch der Begriff der **Fahrlässigkeit** vom Land...cht ungunsten des Angeklagten zu eng gefaßt worden.

Der Oberstaatsanwalt wollte dem Genossen Prange schon ...us einen Strick drehen, daß er nach der **Art des Themas** ... der Zusammensetzung der Versammlung schon die Möglichkeit ... voraussehen müssen, daß politische Dinge erörtert werden ...rden. Genosse Prange habe auch dadurch **fahrlässig** ge...elt, daß er die Rednerin nicht unterbrochen hat, als sie zur ...handlung politischer Fragen übergegangen sei. Er sei „ver...chtet gewesen, die Versammlung in diesem Augenblick auf...lösen".

Der Veranstalter einer stummen Polenversammlung in **Ham...n** (Westfalen), **Sofinski**, war wegen Uebertretung des ...einsgesetzes vor Gericht gezogen worden. Sofinski hatte in der ...sammlung zuerst polnische Flugblätter verteilen lassen, dann die ...esordnung in polnischer Sprache an eine Tafel geschrieben, ...auf die Anwesenden durch Handaufheben ihre Zustimmung ...en. Da der überwachende Beamte Anzeige erstattete, so be...ftigte sich das **Schöffengericht** in Ruhrort mit dem Falle, ...rach **aber den Angeklagten frei**. Die **Straf...mmer** in Duisburg dagegen verurteilte Sofinski zu einer ...**eldstrafe von 20 M.**

Brutale Soldatenquälereien.

Im Herbst v. J. wurde beim 18. Trainbataillon in ...**armstadt** ein junger Kaufmann eingestellt, der einer ...milie entstammt, in der die Lungenschwindsucht erblich ist. ...s Rekrut meldete er sich oft krank und klagte über Schmerzen ...f der Brust und im Rücken. Die Stabsärzte aber stellten ...en verheilten tuberkulösen Herd in der rechten Lungen...che fest und erklärten den Mann für diensttauglich. Nun ...tte der Rekrut wohl einiger Schonung bedurft; statt dessen ...rde er noch besonders gequält. Am 4. Dezember ließ ihn ...r Unteroffizier **Freybothe**, weil er zu langsam putzte, ...erst den mit Mist halbgefüllten Mistkasten und dann den ...t Wasser angefüllten Eimer in der Kniebeuge „strecken". ...r Rekrut mußte dabei laut zählen und kam bei dem Mist...sten auf 85, beim Eimer auf 125. Zwischen den beiden ...recktorturen schob sich ein Dauerlauf in der Stallgasse ein. ...ch dem Strecken des Eimers sollte der Laufschritt wieder ...ginnen, aber der Mann kam nur wenige Schritt weit, dann ...rach er **ohnmächtig zusammen**. Erst nach einer ...lben Stunde kam er wieder zum Bewußtsein.

Das **Kriegsgericht** der 25. Division erblickte in ...m Verhalten des Unteroffiziers einen **Akt boshafter Quälerei** ...d verurteilte ihn wegen Mißhandlung — in Verbindung ...t Anmaßung einer Strafgewalt — zu **44 Tagen Ge...ngnis**. Das **Oberkriegsgericht**, bei dem der Angeklagte ...rufung eingelegt hatte, war der Ansicht, daß „nur" eine ...rschriftswidrige Behandlung vorliege, und **verurteilte ihn** ... **14 Tagen Mittelarrest.**

Reichsverbandswalküren.

Eine neue Organisation der staatserhaltenden Frauen ist in ...er Sitzung im Reichstagsgebäude unter dem Namen „Nationaler ...auenverein" ins Leben getreten. Die neue Organisation soll nach ...m Muster des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie aus...baut werden und in der gleichen Weise den Kampf gegen die ...zialdemokratie führen.

Zu dem Zwecke sollen Provinzialverbände und Ortsgruppen ge...ndet werden.

Die Liebesgarbisten werden sich beeilen müssen, die Walküren ...er „Methode" des Reichsverbandes zu unterrichten. „Da werden ...iber zu Hyänen" ...

Feuerbestattung in Preußen. In der letzten Sitzung der ...dgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses erklärte der ...inister des Innern, infolge der Stellung der anderen Bundes...aaten könne die Regierung ihre **ablehnende Haltung** ...gen **die fakultative Feuerbestattung nicht** ...**ehraufrechterhalten**. Da aber die Verhandlungen mit dem ...ultusministerium wegen der Abwesenheit des Kultusministers noch ...cht beendet werden konnten, könne er eine **Vorlage für diese** ...**agung noch nicht in Aussicht** stellen.

Wertzuwachssteuer. Der Stadtrat in **Karlsruhe** beabsichtigt — ...s Ersatz für den Ausfall der Verbrauchsabgaben aus Getreide, ...eisch und Mehl — die Einführung der **Wertzuwachssteuer** ...d die **stärkere Heranziehung des Kapitalver...ögens**.

Der Fall zeigt aufs neue, daß man den berüchtigten Sprachen...ragraphen des Vereinsgesetzes unter allen Umständen als Polen...ernichtungsmittel anzuwenden gedenkt.

Der Fall Beckert. Laut amtlicher Mitteilung aus **San...iago** ist es einer bewaffneten Truppe gelungen, des flüchtigen ...nzlisten Beckert habhaft zu werden. Beckert beging den Mord an ...em chilenischen Pförtner um 9 Uhr vormittags und legte dann ...euer an. Die Erbitterung gegen den Verhafteten ist in Santiago ... groß, daß man fürchtet, es werde bei seiner Ankunft in Santiago ...u Lynchversuchen kommen; jedoch sind von der Polizei ausreichend ...aßnahmen getroffen, um eine Volksjustiz zu verhindern.

Kleine politische Nachrichten. In Tanger trafen Nachrichten ...us dem Sus-Gebiet im **Süden Marokkos** ein. Dort sei ein ...cherif zum Sultan proklamiert worden. — Aus **Rescht** werden ...lgende Einzelheiten über dort ausgebrochene **Unruhen** mit...teilt. Ungefähr 200 Verschwörer, hauptsächlich Kaukasier, drangen ...n einen Garten, in dem sich der Gouverneur aufhielt, und schleu...rten eine **Bombe**, **durch die der Gouverneur und seine** ...**efährten getötet wurden**. Dann kehrten die Verschwörer ...n die Stadt zurück, zerstörten mittels Handgranaten das Gouverne...entsgebäude, die Post, das Telegraphen- und das Justiz...bäude und bemächtigten sich des Arsenals und der Geschütze. ...ie Revolutionäre versprachen übrigens dem russischen Konsul, ...eben und Eigentum der russischen Untertanen und der friedlichen ...rtsbewohner nicht zu gefährden.

Ausland.

Niederlande.

Außerordentlicher Kongreß der holländischen Sozialdemokratie.

Haag, 14. Februar. In **Deventer** tagte gestern und heute ...in außerordentlicher Kongreß der holländischen Sozialdemokratie. Es ...ollen die Differenzen innerhalb der Partei zum Austrag gebracht ...erden. Der Vorsitzende des Vorstandes, **Vliegen**, gab gestern in ...iner Eröffnungsrede eine Uebersicht über die Verhandlungen, die statt...efunden haben, und schlägt jetzt eine **Resolution** vor, die besagt:

1. Es wird ein **marxistisches Beiblatt zum Parteiorgan** einmal wöchentlich ausgegeben, dessen Redaktion über den Inhalt des Parteiorgans Mitentscheidungsrecht haben wird.

2. Die Tribune, das jetzige Organ der Marxisten, stellt ihr Erscheinen ein. Falls das nicht geschieht, werden

3. die **Tribune-Redakteure aus der Partei ausgeschlossen.**

Frankreich.

Die geeinigte Partei und die Einkommensteuer.

Paris, 14. Februar. Die Parlamentsfraktion der geeinigten Partei hat am letzten Freitag die Beratung über ihr Verhalten bei der Schlußabstimmung über die Einkommensteuer zu Ende geführt. Darüber, daß die Deputierten der Partei **für die Vorlage**, selbst in ihrer im Laufe der Verhandlungen bewirkten Verschlechterung, stimmen sollen, herrschte **Einmütigkeit**, dagegen wurde die von **Guesde** beantragte Abgabe einer **prinzipiellen Erklärung** über den bürgerlichen Charakter der Reform von **Jaurès**, **Varenne** u. a. heftig bekämpft. Schließlich drang die Anschauung **Guesdes** mit knapper Mehrheit durch. 26 Mitglieder der Fraktion **unterzeichneten die Erklärung**, die anderen 24 **lehnten die Unterzeichnung ab** und werden für das Gesetz ohne weitere Erklärung stimmen.

Italien.

Die Kammerauflösung.

Id. Die Legislaturperiode des italienischen Parlaments ging normalerweise am 13. November d. J. ihrem Ende entgegen. Es ist recht charakteristisch für den Tiefstand der italienischen Politik, daß man dieses Ende nicht abgewartet hat, sondern die Kammer unvermutet auflöst, ohne daß die Regierung irgendeine lebenswichtige Frage hätte, irgendein dringendes Problem, dessen Beantwortung sie von den Wahlen erwarten könnte. Sie hat überhaupt kein Wahlprogramm, viel weniger noch einen Konflikt mit ihrer Parlamentsmehrheit, in dem die Wähler zwischen ihr und der Kammer zu entscheiden hätten. Die Kammer wurde nur aus Bequemlichkeit aufgelöst, nur weil die Regierung, da sie doch schon einmal den Wahlkampf nicht vermeiden konnte, ihn möglichst schnell überstanden haben will. Auch war mit einer Kammermehrheit, die ihre Tage gezählt wußte, schlechterdings nichts mehr anzufangen. Sie mag sogar dem Kabinett Giolitti allzu windelweich, allzu dienstbereit und hingebend gewesen sein. Mehr als an einem Wahlprogramm liegt Giolitti an einer guten Wahlstimmung, und diese glaubt er sich durch die Amnestie schon gesichert zu haben. Auch ein Abschwächen der Parteileidenschaft sieht man in Regierungskreisen als natürliche Folge des großen nationalen Unglücks voraus.

Aber diesmal dürfte sich Giolitti doch geirrt haben, wenn er meint, daß irgendeine Stimmung der Bevölkerung sie über die völlige Programmlosigkeit des Kabinetts hinwegtäuschen könnte. Die Relation der Minister an den König, die dem Auflösungsdekret vorangeht, wirkt geradezu grotesk durch den Mangel jedes konkreten Versprechens. Die Minister brüsten sich zunächst mit dem, was sie glauben oder vorgeben, während der letzten Legislaturperiode getan zu haben. Das Ministerium Giolitti und die unter seiner Diktatur wirkende Kammer ist aber dem Lande so gut wie alles schuldig geblieben.

In Zeiten günstiger Finanz mußte man die Abgaben- und Zollreform beginnen, aber nicht einmal an die Abschaffung des Kornzolls hat man gedacht, und von einer organischen Reform des italienischen Steuerwesens, das selbst von konservativer Seite als umgekehrt progressiv bezeichnet wird, ist gar nicht die Rede gewesen. Was die Ministerrelation über den Fortschritt der Industrie anführt, über den Rückkauf der italienischen Konsols aus dem Auslande, über die Erhöhung der Spareinlagen, das alles sind Anklagedokumente gegen das Ministerium. Es hat gute Karten gehabt und damit elend gespielt. Die ganze Zollreform beschränkt sich auf die Herabsetzung des Petroleumzolls um 24 Lire für den Doppelzentner, die ganze Sozialreform auf die Einführung der Sonntagsruhe, die Abschaffung der Nachtarbeit der Bäcker, das für die Arbeiter nur in einigen Bestimmungen nützliche Gesetz über die Reisarbeit und auf einige belanglose Maßnahmen für die Altersversicherung. Wohl haben die Staatsbeamten in acht Jahren ihre Gehälter um 100 Millionen steigen sehen, aber sie haben dafür das Recht freier Meinungsäußerung eingebüßt. Die Regierung, die wie keine vorige Gelegenheit hatte, Tüchtiges zu leisten, steht mit fast leeren Händen am Rande der Legislaturperiode.

Was sie für die Zukunft verheißt, ist wenig genug und nicht einmal das Wenige erweckt Vertrauen. Jetzt, wo es mit dem Budgetüberschuß so gut wie vorbei ist, will sie auf einmal die Artikel des Massenkonsums von Abgaben entlasten. Dieser Vorsatz steht offenbar im Zeichen des verfehlten Anschlusses. Sonst spricht die Ministerrelation nur von einer Reform der Strafprozeßordnung, für die es wahrhaftig hohe Zeit wäre, und hat ein paar vage Phrasen über Friedensabsichten und Rüstungsnotwendigkeiten. Von auswärtiger Politik kein Wort.

Sollte wirklich das italienische Volk, dessen Energien das Land den Aufschwung der letzten Jahre dankt, noch einmal einer Kammer von dieser Unfähigkeit die Geschicke des Landes anvertrauen? Obwohl Giolittis Routine in der Wahlbeeinflussung allzu bekannt ist, können wir das doch nicht glauben. Die Armseligkeit seines Programms ruft ja die Wähler geradezu dazu auf, mit diesem Ministerium ein Ende zu machen. Dazu braucht's einer anderen Kammer als der schwammigen Klerikal-Liberalen, an der wir fast fünf Jahre laboriert haben.

* * *

Der Parteivorstand faßte eine Resolution, wonach die Sozialisten aufgefordert werden, **in allen Wahlkreisen, in denen ein Sieg der Sozialdemokratie ausgeschlossen ist, für Republikaner oder Radikale zu stimmen.** Wenn solche Kandidaten nicht vorhanden sind, sollen sozialistische Zählkandidaten aufgestellt werden. Ein Vorschlag, auch für christliche Demokraten zu stimmen, wurde abgelehnt.

Rußland.

Azew-Kreaturen.

Aus **Wien** wird uns von unserem th-**Korrespondenten** geschrieben: Die Azew-Affäre wirft ihre Wellen auch nach Oesterreich hinüber. Auf der Liste der Spitzel, die von den verschiedenen polnischen sozialistischen Parteien auf Grund der Angaben **Michael Bakais**, des gewesenen Stellvertreters des Chefs der politischen Polizei in Warschau und Enthüllers des Azewschen Verrats, veröffentlicht wurden, stehen auch die Namen zweier in Galizien bekannter Persönlichkeiten: des hervorragenden polnischen Schriftstellers Stanislaus **Brzozowski** und der Frau Janina **Borowska**. Der Fall der Borowska wird in den nächsten Tagen Gegenstand eines Prozesses gegen die Krakauer sozialdemokratische Zeitung **Naprzod** bilden. Frau Borowska ist Studentin der Medizin in Lemberg, zugleich Gattin eines Beamtens der Statthalterei. Als ihr Name auf der Spitzelliste erschien, wurde gegen sie von den Studenten der Universität ein strenger Boykott durchgeführt, der ihr die Fortsetzung des Studiums unmöglich machte. Sie wandte sich nun an den Redakteur des Naprzod Häcker, mit dem sie von früher her als vermeintliche Genossin bekannt war und redete ihm vor, daß eine Verwechslung vorliegen müsse. Häcker ließ nun öffentlich erklären, man möge den Boykott aussetzen, bis über diesen Einwand Klarheit geschaffen sei. Die Studenten befolgten die Aufforderung. Aber eine genaue Untersuchung des Falles machte die Schuld der Frau zweifellos. Der Sachverhalt selbst wurde in der russischen Zeitschrift Bilege von Bakai folgendermaßen geschildert. Im August 1906 erschien tief verschleiert in Warschau eine Frau beim Polizeimeister Seyffert und verlangte vor den Chef der politischen Polizei geführt zu werden. Diesem — Paterson — bot sie ihre Dienste um 100 Rubel monatlich an; man handelte und kam auf 75 Rubel überein. Sie log Paterson vor, daß sie Einblick habe in das Krakauer revolutionäre Preßpaßbureau und imstande sei, alle mit falschen Pässen über die Grenze Reisenden anzugeben. Das war nun nicht wahr, trotzdem konnte Borowska als „tätige Genossin", die illegale Literatur über die Grenze schmuggelte und über Vorgänge in der Partei viel erfuhr, der Polizei wertvolle Dienste leisten. Einmal wäre sie fast von ihren Warschauer Brotgebern hinausgeworfen worden: als sie sich anheischig machte, ihnen die Druckerei des Robotnik auszukundschaften. Da die Polizei, wiewohl irrtümlich, meinte, der Robotnik werde in Krakau gedruckt, kam die Borowska jetzt bei ihr in den Geruch der Hochstapelei. Doch dauerten die Beziehungen fort. Bakai hatte dabei wiederholt die Gelegenheit, sie zu sehen und mit ihr zu korrespondieren. Die Angaben, die er auf die Anfrage des Naprzod hin machte, setzten den Fall völlig außer Zweifel. Ueber die Borowska wurde von neuem der Boykott verhängt. Nun erhob sie gegen den Redakteur Häcker Klage. Die Verhandlung wird zu Beginn nächster Woche eröffnet werden. Unter den 35 Zeugen, die vom Gericht geladen wurden, befinden sich auch **Burzew** und **Bakai**, die beiden Enthüller der Azew-Affäre. Dieselben erscheinen schon am Sonntag in Krakau, wo ein **Parteigericht** über den Dichter Brzozowski abgehalten werden wird. Brzozowski lebt in Florenz im Exil und hat das Parteigericht gegen sich selbst angerufen. Auch hier wird Bakai als Kronzeuge auftreten.

Ein Henker gerichtet!

Riga, 15. Februar. Gestern morgen wurde der **Präsident des temporären Kriegsgerichts**, Generalmajor Kochelew, als er in einem Schlitten bei der Kathedrale vorüberfuhr, **von zwei Revolutionären durch Revolverschüsse am Kopf schwer verwundet**. Der eine der Täter flüchtete, wurde aber eingeholt, **von Polizisten tödlich verwundet** und verhaftet. **Der andere ist entkommen.**

Wetterbericht von der Wettersäule an der **Augustusbrücke** am 15. Februar, mittags 12 Uhr.

Barometer: 746. Veränderlich.
Thermometer: + 2° R.
Thermometrograph: Min. — 5, Maxim. + 2.
Hygrometer: 78 %.
Wasserstand: — 124.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 16. Februar 1909.

Lebhafte Nordwestwinde; bedeckt; Temperatur nicht erheblich geändert, in den tieferen Lagen Schnee und Regen, in den höheren nur Schnee.

Dresdner Polizeibericht vom 15. Februar.

Am Sonntag nachmittag fiel auf der Hauptstraße ein 21 jähriger Bäckergehilfe infolge plötzlich überkommenen Unwohlseins um, erholte sich aber wieder und ging, Unterstützung ablehnend, allein nach Hause. Später begab er sich auf Veranlassung seines Meisters zur Untersuchung in eine ärztliche Klinik, in der er eine Stunde nach der Ankunft an Herzschlag verstarb.

Im Garderobenraum des Residenztheaters erlitt am Sonntag nach Schluß der Nachmittagsvorstellung die 64 jährige Ehefrau eines auswärtigen Gewerbtreibenden einen Schlaganfall; sie wurde durch ihre anwesende Tochter und einen Stadtbezirksaufseher im Unfallwagen nach dem Johannstädter Krankenhause gebracht.

Letzte Telegramme.

Reichstagskandidatur.

Dessau, 15. Februar. (Privattelegramm.) Genosse **Kurt Eisner-Nürnberg** wurde in der gestrigen Kreiskonferenz einstimmig mit 58 Stimmen als Reichstagskandidat für Anhalt 1 aufgestellt. Es handelt sich um den Wahlkreis Dessau, in dem bisher der Genosse Keitler-Altenburg kandidierte.

Einschränkung der Revision in Zivilsachen.

Berlin, 15. Februar. Ein weitere Einschränkung der Revision in Zivilsachen wird dem Vorwärts zufolge von der Regierung geplant. Dem Reichstag solle noch in diesem Jahre ein vom Bundesrat bereits angenommener **Gesetzentwurf** zugehen, der die Revisibilität an das Erfordernis der sogenannten **Difformität** der Entscheidungen der beiden Unterinstanzen knüpfen will, das heißt, die Revision in Zivilsachen soll hinfort nur dann zulässig sein, wenn die beiden Unterinstanzen **verschiedene** Entscheidungen getroffen haben. Das Erfordernis der Difformität war bereits in dem ersten Gesetzentwurf zur Zivilprozeßordnung enthalten, wurde aber vom Reichstag abgelehnt. Von dem jetzigen **Blockreichstag** erhofft die Regierung mehr Entgegenkommen gegen ihre reaktionären Wünsche, das Reichsgericht auf Kosten der rechtsuchenden Parteien zu entlasten.

Ein ruhiger Sonntag.

Prag, 15. Februar. Zum ersten Male seit dem 18. Oktober 1908 ist der gestrige Sonntag ruhig verlaufen. Der Bummel der deutschen Studenten erfolgte in gewohnter Weise und blieb unbehelligt. Die Polizei hatte keinen Anlaß einzuschreiten.

Das englische Schiffsbauprogramm.

London, 15. Februar. Wie die Daily News erfährt, ist in bezug auf das Schiffsbauprogramm noch nichts Endgültiges beschlossen, da die Entscheidung bis nach dem Besuche des Königs Eduard in Berlin zurückgestellt wurde. Das Blatt glaubt, daß das Kabinett in gewisser Weise seinen bisherigen Standpunkt aufgegeben hat und aus **Sparsamkeitsrücksichten** im nächsten Jahre zunächst nur den Bau von vier „Dreadnoughts" in Angriff nehmen lassen will.

Die türkische Krise.

Konstantinopel, 15. Februar. Hilmi-Pascha hat das neue Kabinett noch nicht gebildet. Es ist sogar möglich, daß ihm die **Kabinettsbildung nicht gelingen** wird, obwohl er vom Sultan zum Großwesir ernannt worden ist. Der Sultan bot Kiamil-Pascha an, das Reichssiegel wieder anzunehmen und sein Abschiedsgesuch zurückzuziehen. Nachdem Kiamil und andere abgelehnt hatten, erklärte sich Hilmi-Pascha bereit, Großwesir zu werden, aber nur unter der Bedingung, daß er ein **rein jungtürkisches Kabinett** bilden darf. Diesem werden nach den bisherigen Besprechungen mit den jungtürkischen Komitees angehören die von Kiamil-Pascha entlassenen Minister des Krieges und der Marine, Risa und Arif. Justizminister wird voraussichtlich Nefik und Finanzminister Zia, die beide wegen der Entlassung ihrer Kollegen demissionierten. Das Portefeuille des Auswärtigen soll Rifat-Pascha, der früher Botschafter in London war, erhalten. Allgemein wird aber hier, auch in jungtürkischen Kreisen, angenommen, daß **Kiamil-Pascha in wenigen Wochen wieder Großwesir** sein wird, weil die Türkei keinen anderen Staatsmann von seiner Erfahrung habe.

Dammbruch.

Rathenow, 15. Februar. Zwischen Räbel und Berge hat gestern abend infolge des Hochwassers auf dem jenseitigen Ufer der Elbe ein Durchbruch des Dammes stattgefunden. Durch die Eis- und Wassermassen, die das Land überfluteten, ist großer Schaden angerichtet worden. Mehrere Dörfer stehen unter Wasser. Durch diesen zweiten Dammbruch ist die weitere Gefahr für die Ortschaften zwischen Havelberg und Spandau auf dem diesseitigen Ufer der Elbe beseitigt.

Abgelehntes Gnadengesuch.

Karlsruhe, 15. Februar. Ein Gnadengesuch des Chefredakteurs der Badischen Presse, Herzog, der seinerzeit wegen Beleidigung von Olga **Molitor** zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist vom Großherzog **abgewiesen** worden.

Vulkanausbruch.

Mexiko, 15. Februar. Gestern erfolgte ein heftiger, mit lautem Getöse verbundener Ausbruch des Vulkans **Pico de Colima**. Die Vegetation in der Umgegend ist durch die Mengen des herausgeschleuderten heißen Sandes vernichtet. Verluste an Menschenleben sind nicht gemeldet.

Das heutige Blatt umfaßt 10 Seiten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Dienstag den 16. Februar, abends 7 Uhr

General-Versammlung

in der **Zentralhalle,** Fischhofplatz.

Tages-Ordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht. — 2. Neuwahlen. — 3. Gewerkschaftliches.

Das Mitgliedsbuch ist zur Kontrolle vorzuzeigen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Verwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

(Verwaltungsstelle Dresden.)

Mittwoch den 17. Februar 1909, abends 9 Uhr

Jahres-General-Versammlung

im Volkshause, Ritzenbergstraße 2 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. **Geschäfts- und Kassen-Bericht.** 2. **Neuwahl der Ortsverwaltung.** 3. **Wahl der Revisions-Kommission.** 4. **Bericht der Delegierten vom Gewerkschaftskartell.** 5. **Wahl der Delegierten zu demselben.** 6. **Verbandsangelegenheiten.**

Debatte.

Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert! **Ohne genügende Legitimation kein Zutritt!**

Die Ortsverwaltung.

B.-C.

Mittwoch abend

Sitzung.

Englisch.

Anfangskursus

für

Knaben u. Mädchen

sof. Anleitung zum Sprechen.

Beginn 17. Februar, nachm. 4 Uhr.

Monatl. 1.50 M.

Anmeld.: Blochmannstr. 18, 2. (früher Lehrerin des Volksbildungsvereins.)

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Parteisekretariat: Löbtau, Dresdner Straße 77/9. Sprechst. Kurt Deubler Nr. 774.

Sprechzeit: Wochentags von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr. Montags bis 7 Uhr abends.

Bezirk Cotta.

Dienstag den 16. Februar, abends 9 Uhr, im Gasthof zu den Linden Birkenhainer Str., **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Karl Thiemig: Etwas über Geldverkehr.** 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet **Die Verwaltung.**

Gewerkschaftskartell Dresden.

Mittwoch den 17. Februar, abends 8½ Uhr

Versammlung

im kleinen Saale des Volkshauses.

Tages-Ordnung:

Vereinsangelegenheiten.

Legitimationskarte mitbringen.

Der Vorstand.

Oeffl. Diskussionsabend

Mittwoch den 17. Februar, abends 8½ Uhr im Bürgergarten (Löbtau, Lübecker Str. 16)

VORTRAG des Herrn Lehrer **Arzt** über:

Die Reform des Religionsunterrichts.

Freier Eintritt. Freie Aussprache. Kr.-soz. Vereinigung.

Naturheilverein Radeberg u. Umg. (E. V.)

Mittwoch, 17. Februar, im **Schützenhaus Frauenfastnacht.** Nur für Mitglieder. Jede sich beteiligende Frau hat die Mitgliedskarte vorzuzeigen. **Anfang 4 Uhr. Eintritt 1 M.** Karten sind beim 1. Vorsitzenden Herrn **Naumann,** Lange Straße 23, 1. Etage, 1. Kassierer Herrn **Dietze,** Güterbahnhofstraße 5, 1. Etage, Herrn **Roch,** Langestraße, und dem Vereinsboten zu entnehmen.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht **Der Vorstand.**

Imperial-Kino

Moritzstraße 3.

Kristall-Doppelspiegel-Projektion.

Grösste Plastik, unerreichte Schärfe der Bilder.

Neueste Aufnahme!

Stierkampf

in **Nimes** (Südfrankreich). Hochinteressante, einwandfreie Darstellung eines Stierkampfes — Einzug der Banderilleros in die Arena — Angriff des Stieres — Aufspießen von Pferden durch den Stier — Angriff des Espada — Todesstoß des Dekadores.

Episode aus der französischen Revolution, packendes, histor. Drama

Der Barbier des Regiments, humor. Szene.

Er hat Staub in den Augen, hochkomisch, alles muß lachen.

Der Geizhals, aus dem Leben gegriffenes spannendes Drama.

Die Modistin und ihr Karlon, köstliche Humoreske.

Zwei sind genug, drei zuviel, humorvolles Bild.

Tonbilder: Die beiden Hofmusikanten — Negertanz mit Gesang, ausgeführt von der Original-Pullmann-Truppe.

Billige Einkaufsquelle!

Guterhalt. getragene **Herren-Jackets 2 M.,** herrschaftlich gestr. **Winterüberzieher 8** bis **10 M., Winterjoppen, Herrenanzüge, Stiefel spottbillig.** Gr. Posten hochmod. **Muster-Anzüge** f. Herren **18-25 M., Westen,** Stück **50 Pf.** usw.

Reich, Gr. Brüderg. 5, I.

Münzes Schuh-Reparatur

Plauen, Mohnstraße 14

Radebeul, Gutenbergstr. 3

empfiehlt sich geneigter Beachtung.

Montag — Dienstag — Mittwoch

Alsbergs Weißwaren-Reste

Tage.

Enorm billiger Verkauf der während der „Weissen Woche" sich in grossen Mengen angesammelten Reste: **Hemdentuch, Renforcé, Linon, Croisé-Barchent, Piqué-Barchent, Stangenleinen, Bettdamast etc.**

Fisch-Götze — Alte Eiche.

Frauen!

Verlangt das Buch: **Die Störung der Periode** von Dr. A. E. Schäfer. Gegen Einsendung v. 1 M.

Frau R. Freisleben

Dresden 1, Postfach 1.

Zigarren-Haus

August Döppmann

Siebenlehner Straße 16

hält sich bei Bedarf bestens empfohlen.

Gut erhaltenes Herren-Rad für **28 M.** zu verkaufen. Leubnitz, Pirnaische Straße 43g, I.

Potschappel.

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung** sowie sämtl. Partei-Literatur, Inserate, Druckaufträge nimmt entgegen

Frauenlobs Buch- u. Papier Handlung

Dresdner Straße 44.

Am 8. Februar bei einem Unglücksfall auf der Wilsdruffer Straße

Kopie-Buch

verloren. Gegen Belohnung von 25 M. abzugeben.

Georg Schön

Zwingliststraße 27.

Kleine Wohnung

(Stube) sofort oder später für 144 M. zu vermieten. **Gerbergasse 5.**

Suche bald einen

Bäckerlehrling

Gewähre außer freier Kost, Wäsche und Wäsche **1 bis 2 Mark** Lohn pro Woche. Näheres erst **„Invalidendank", Pirna.**

Städtische Arbeiter.

Dienstag den 16. Februar, abends 8½ Uhr

Oeffentliche Versammlung

im **Odeum,** Carusstraße 3.

Tages-Ordnung:

1. **Die Pflichten der Stadtgemeinden als Arbeitgeber.**
   Referent: Stadtverordneter **Wilhelm Buck.**
2. **Wann kommt die Lohnerhöhung für die städt. Arbeiter?**
3. **Gewerkschaftliches. — Debatte.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einberufer.**

Möbel beziehen Sie direkt aus der **Möbelfabrik Ammonstr. 29** vom Genossen **Berthold Werner,** Tischlermstr.

Großes Lager.

Naturheil-Verein im Pl. Grunde, E. V.

Dienstag den 16. Februar, abends 8½ Uhr im Gasthof zum Sächsischen Wolf

Vortrag

von Herrn Naturheilkundigen **Scholta** über: **Die Gefahren der gewohnheitsgemäß bei Magen-, Darm-, Geschlechts- und Nervenleiden gebrauchten Arzneimittel und ihr Ersatz durch physikalisch-diätetische Anwendungen.**

Für Gäste 25 Pf. Eintritt.

Restaurant-Uebernahme.

Einer geehrten Einwohnerschaft zur gefl. Kenntnis, daß wir das

Restaurant zur Bürger-Klause

7 Neubertstrasse 7

übernommen haben. **Küche und Keller bieten das Beste. Für fidele Unterhaltung ist gesorgt.**

Hochachtungsvoll **Paul Hartig und Frau.**

Reichshallen

Palmstrasse 16, 1 Minute vom Postplatz.

Montag

Feiner Ball à la Paris.

12 Stück Tanzmarken 60 Pf.

Von 7—8½ Uhr: **Freier Tanz.**

In den unteren Räumen: **Feines Kabarett.**

Egal Spaß. **Binder Ernst.**

Donnerstag den 18. Februar

Großer öffentl. Maskenball

Freikarten sind im Kabarett zu haben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grönisch, Mobschatz bei Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden.
Druck und Verlag: Naber & Romß, Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090215/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 37. | Dresden, Montag den 15. Februar 1909. | 20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Zur Aufstellung der Landtagskandidaten.

Da einige Parteiorganisationen bereits der Frage der Kandidatenstellung für die Landtagswahlen näher getreten sind, sei auf einiges hingewiesen, was hierbei zu beobachten ist: Nach dem § 14 des Landtagswahlgesetzes sind die Voraussetzungen für die Wählbarkeit zum Landtagskandidaten also festgestellt:

§ 14. Als Abgeordneter ist wählbar der Sachse männlichen Geschlechts, der seit mindestens drei Jahren die sächsische Staatsangehörigkeit besitzt, ebenso lange im Königreiche Sachsen seinen Wohnsitz hat, eine direkte Staatssteuer entrichtet und das 30. Lebensjahr vollendet hat.

Also ein Landtagskandidat muß drei Jahre lang sächsischer Staatsangehöriger und mindestens 30 Jahre alt sein. Das war auch schon Erfordernis. Dagegen ist eine Beschränkung weggefallen, der § 20 des alten Landtagswahlgesetzes enthielt. Danach mußte der Landtagskandidat 30 M. direkte Staatssteuer zahlen, ehe er wählbar wurde. Dieser Passus ist gestrichen worden; eine bestimmte Steuerzahlung wird vom Abgeordneten nicht mehr verlangt. Es kann vielmehr jeder Landtagswähler, der 30 Jahre alt ist und drei Jahre die sächsische Staatsangehörigkeit besitzt, als Landtagskandidat aufgestellt oder als Abgeordneter gewählt werden.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die letzte Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie, die am 10. und 11. August in Plauen getagt hat, zur Frage der Landtagskandidaturen nach eingehender Debatte folgenden Antrag annahm:

Die Landesversammlung möge beschließen, daß Doppelkandidaturen zu vermeiden sind.

Reichs- und Landtagsmandate dürfen in einer Person in Zukunft nicht vereinigt werden.

Aus den Verhandlungen ergab sich, daß die Bezeichnung Doppelkandidaturen so zu verstehen ist, daß ein Reichstagskandidat nicht zum Landtage kandidieren soll; dagegen wurde besonders beschlossen, daß der Doppelkandidaturen nicht auch Mandate zum Gemeinderate zu gelten seien.

Reingefallene Beschwerdeführer.

Der Vaterländische Verein zu Thalheim hatte gegen das Verfahren bei der letzten Gemeinderatswahl, in welcher die Sozialdemokraten siegten, Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft eingelegt. Unter Anerkennung der Berechtigung einzelner wichtiger Einwendungen sieht die Amtshauptmannschaft von einer Ungültigkeitserklärung der Wahl ab, weil bei dem großen Unterschied der bürgerlichen und sozialdemokratischen Stimmenzahl ein anderer Ausfall des Wahlergebnisses nicht zu erwarten ist.

Wir kommen auf diese Angelegenheit eventuell zurück.

Ein neuer Vorstoß der Dunkelmänner

wird wieder gegen die von den Lehrern angestrebte Reform des Religionsunterrichts unternommen worden. Der Vorstand der „Chemnitzer Konferenz" hat eine Resolution beschlossen, in der es heißt:

„Angesichts der Leitsätze über die Reform des Religionsunterrichts, wie sie vom Sächsischen Lehrerverein in Zwickau aufgestellt und angenommen worden sind, richtet der Vorstand der Chemnitzer Konferenz an das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, wie auch an das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium die Bitte, sie wollen Bestimmungen über den Religionsunterricht in den Schulen des Sachsenlandes, soweit sie Form und Methode desselben betreffen, einer erneuten Prüfung bezw. Erneuerung unterziehen, sie wollen aber auch dafür sorgen, daß der Inhalt des evangelischen Religionsunterrichts die christlich- und bekenntnismäßige Lehre der evangelisch-lutherischen Kirche, auf welche Lehrer wie Geistliche verpflichtet sind, verbleibe, und daß die kirchliche Mitaufsicht über diesen Unterricht beibehalten werde."

Das heißt also, es soll alles beim Alten bleiben; nicht einmal das bißchen Reform, das die Lehrer fordern, soll zugelassen werden.

Bürgerliche Landtagskandidaturen.

Der bisherige nationalliberale Vertreter des 2. städtischen Wahlkreises (Bautzen-Kamenz-Königsbrück), Abg. Hartmann-Bautzen, hat sich, den Bautz. Nachr. zufolge, bereit erklärt, im Falle seiner Wiederaufstellung wieder zu kandidieren. — Im 9. städtischen Wahlkreis (Annaberg-Buchholz) kandidiert wieder der Freisinnige Koch-Annaberg. Sowohl von nationalliberaler als auch von konservativer Seite wird ihm ein Gegenkandidat entgegengestellt werden. — Zu der Nachricht über die Kandidaturen in Plauen teilt der Vogtl. Anz. mit, daß der als Kandidat der Konservativen genannte Justizrat Dr. Moeller eine Aufstellung unbedingt abgelehnt hat. Von nationalliberaler Seite ist Fabrikant J. Graser als Kandidat in Aussicht genommen. — Die Meldung, daß im 2. ländlichen Wahlkreis (Pirna) als nationalliberaler Kandidat Gemeindevorstand Zimmermann-Copitz aufgestellt sei, bestätigt sich nicht. — Der Ausschuß des Nationalliberalen Vereins zu Chemnitz hat am Freitag einstimmig beschlossen, in sämtlichen vier Wahlkreisen der Stadt Chemnitz eigene Kandidaten aufzustellen. Ueber die Persönlichkeiten der Kandidaten schweben noch Verhandlungen. Wie bereits mitgeteilt wurde, sollen in Chemnitz auch zwei nationale Arbeiter aufgestellt werden. Die Chemnitzer Volkszeitung ist in der Lage, das Geheimnis über einen dieser Paradearbeiter" zu lüften. Der Mann heißt Eichler und ist Werkzeugmacher in den Wanderer-Fahrradwerken. Der gute Mann muß nun wohl oder übel diese Zwangskandidatur annehmen. Tut er's nicht, sind seine Tage gezählt. Die „nationalen Parteien" werden für ihre eigenen Leute ganz natürlich nur die halbwegs sicheren Kreise herausbuchen. Mit dem „Arbeiter"kandidaten wollen sie nach außen nur dokumentieren, „wie sehr ihnen das Wohl der nationalen Arbeitswilligen am Herzen liegt".

Aus dem konservativen Lager werden noch folgende Kandidaturen bekannt: Im 4. ländlichen Wahlkreis (Löbau) ist Geh. Oekonomierat Hähnel-Kuppritz (kons.), im 6. ländlichen Wahlkreis (Löbau-Bautzen) Fabrikbesitzer Förster-Spremberg (kons.), im 11. ländlichen Kreis (Pirna) Gutsbesitzer Frenzel-Langenwolmsdorf (kons.), im 18. ländlichen Wahlkreis (Meißen) Geh. Oekonomierat Steiger-Leutewitz (kons.), im 19. ländlichen Wahlkreise (Großenhain-Oschatz) Gutsbesitzer Greulich-Gröba (kons.) und im 36. ländlichen Kreise (Chemnitz) Fabrikbesitzer Facius-Lugau (freikons.) wieder aufgestellt worden.

Blamierte Schlauchpatrioten.

Wenn es noch des Beweises bedürfte, daß viele Feuerwehren weniger Schutzwehren gegen Feuersnot als vielmehr Pflegstätten des Hurrakitzbims sind — die Freiwillige Feuerwehr in Schmölln bei Bischofswerda hat ihn wieder erbracht. Die Wehr hat nach der Zittauer Volkszeitung in ihren Satzungen die Bestimmung, daß Sozialdemokraten ihr nicht angehören dürfen. Am 6. Februar kam es zum Bruche. Vor kurzem war ein Mitglied aufgefordert worden, aus dem Sozialdemokratischen Vereine auszutreten, andernfalls müsse es aus der Feuerwehr scheiden. Der Genosse wählte, was sich gebührte: Er blieb Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins und ging aus der Feuerwehr. Und mit ihm erklärten sofort drei weitere Mitglieder ihren Austritt. Die patriotische Feuerwehr hatte das Nachsehen, sie ist die Blamierte bei der Geschichte.

Gerochen.

Vor dem Landgericht Plauen stand am Freitag der Anarchist Oerter aus Berlin. Er soll durch eine Versammlungsrede im Schillergarten zu Plauen das dreimal heilige Eigentum in Gefahr gebracht haben. Oerter bezeichnete in dieser Rede den Streik als Idealwaffe der Arbeiter, dabei wies er auf den Ausstand der Pariser Elektrizitätsarbeiter hin, die bei Beginn des Streiks Schrauben, Verschlüsse, Maschinenteile usw. mitgenommen bezw. beschädigt hatten, so daß dann der Gesellschaft die Wiederaufnahme des Betriebs sehr erschwert war. In diesen Aeußerungen erblickte die Staatsanwaltschaft eine Aufforderung der Arbeiterschaft zum Ungehorsam gegen bestehende Gesetze und zur Verletzung fremden Eigentums. Oerter wurde wegen Vergehens im Sinne von § 110 des Strafgesetzbuchs angeklagt und vor kurzem, da sein Aufenthalt zeitweilig unbekannt war, in Berlin verhaftet und nach Plauen transportiert. Er wurde zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Oerter ist bereits wegen ähnlicher Reden und wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er auch verbüßt hat.

Zittau. Eine Anzahl Prozesse wegen Vergehens gegen das Kinderschutzgesetz wird jetzt vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Die Klagen richten sich gegen 56 kleinere Gewerbetreibende und Geschäftsleute, die Schulknaben und -mädchen vor und nach der Schulzeit über die gesetzlich vorgesehene Stundenzahl hinaus beschäftigt haben. Bei Aufnahme einer Statistik in der Schule durch die Lehrer hat sich herausgestellt, daß verschiedentlich Kinder länger als erlaubt beschäftigt wurden, was zur Anstrengung der Klagen Veranlassung gab, für die vorläufig vier Verhandlungstage vorgesehen sind. Am ersten Verhandlungstage wurden die beteiligten Geschäftsleute in je einem Falle mit 15 und 14 M., in zwei Fällen mit 13 M., in drei Fällen mit 12 M., und in sieben Fällen mit 10 M. Geldstrafe resp. entsprechender Haft bestraft.

Annaberg. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Annaberg hat sich mit der Gründung einer Wassergenossenschaft behufs Errichtung von Stauweihern im Grenzbach beschäftigt. Die Angelegenheit ist von Interessenten der benachbarten böhmischen Orte angeregt. Da weite Kreise, vor allem die Werkbesitzer, welche mit Wasserkraft arbeiten, an den Stauweihern großes Interesse haben, ist vom Bezirksausschuß beschlossen worden, zunächst Verhandlungen mit den für die Vorarbeiten gewonnenen Sachverständigen vorzunehmen.

Zwickau. Ein Hochstapler hatte sich in dem Kaufmann Hupfeld aus Hamburg vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Er hatte in den Jahren 1902 und 1903 verschiedene Personen in hervorragenden Stellungen, besonders höhere Staatsbeamte, dadurch um bedeutende Geldsummen geschädigt, daß er unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zur Beteiligung an verschiedenen in London zu gründenden Unternehmen veranlaßte. Auf diese Weise hat er einen höheren Beamten zur Hergabe von insgesamt 36 769 M., einen inzwischen verstorbenen Obermedizinalrat zur Hergabe von 19 426 M. und in einem anderen Falle dieselbe Familie zur Aushändigung von 26 000 M. zu bestimmen gewußt. Er hatte den Betreffenden vorgespiegelt, daß die Gelder binnen wenigen Monaten mit 100 Prozent zurückgezahlt würden; sie haben aber nur wenige tausend Mark wiedererhalten. Der Angeklagte wird zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, worauf die Untersuchungshaft mit 1 Jahre angerechnet wird, ferner zu einer Geldstrafe von 3600 M., an deren Stelle im Falle der Nichteinbringlichkeit weitere 240 Tage Gefängnis zu treten haben, und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre verurteilt.

Kleine Nachrichten aus dem Leche. Als am Sonnabend vormittag in der Wohnung des Barbiers Reis in Limbach kein Leben zu verspüren war und man deshalb nachsah, fand man die ganze Familie infolge Gasvergiftung leblos in den Betten liegend. Der etwa 30 Jahre alte Barbier Reis und ein dreijähriges Mädchen waren tot, die Frau war besinnungslos und schwebt in Lebensgefahr, während wunderbarerweise das jüngste, erst wenige Wochen alte Kind ohne jeden Schaden davongekommen ist. Das furchtbare Unglück ist durch einen Gasrohrbruch verursacht worden. — In Ebersdorf bei Chemnitz brach am 11. Februar in der Scheune des Gutsbesitzers Lorenz Feuer aus, das so schnell um sich griff, daß in kurzer Zeit nicht nur die reichlich mit Getreidevorräten gefüllte Scheune, sondern auch das Seitengebäude eingeäschert wurden. Auch das Wohnhaus wurde von den Flammen ergriffen; der Dachstuhl und eine Giebelseite brannten nieder. Ein Teil der Ackergeräte, der Viehbestand und die Möbel konnten gerettet werden. Man vermutet Brandstiftung. — Die in Ehrenfriedersdorf vorgekommenen Pockenerkrankungen nehmen einen befriedigenden Verlauf. Uebrigens handelt es sich nicht um die gefährlichen schwarzen, sondern um die gewöhnlichen Pocken oder Blattern. — In Aue wurde ein von drei Personen besetzter Rodelschlitten von einem nachfolgenden Schlitten überrannt, wobei der Lehrer M., der Führer des ersten Schlittens, einen komplizierten Bruch der linken Kniescheibe erlitt. — In einem Walzwerke zu Auerhammer bei Aue geriet der Arbeiter M. mit der Hand in die im Gange befindliche Walze, die den Arm hineinzog und fast abtrennte. — Tödlich verunglückt ist im Braunkohlenwerke Olga zu Kleinsaubernitz der Maschinenwärter August Hotsch. Er hatte sich allein im Maschinenraume befunden und ist vermutlich durch eigenes Verschulden in ein Zahnrad geraten, wobei ihm außer verschiedenen anderen Verletzungen der Brustkorb eingedrückt wurde. Hotsch ist sofort den erlittenen Verletzungen erlegen. — Beim Langholzfahren verunglückt ist dieser Tage der Kutscher Jannasch in Kirschau bei Schirgiswalde. Er wurde vom Wagen an einen Baum gedrückt und erlitt einen Rippen- und Armbruch. — Tödlich verunglückt ist am Donnerstag der in Zittau bedienstete Knecht Richter aus Kirschau dadurch, daß ein mit Holz beladener Wagen auf einem Feldwege in Flur Kleinleitschen umstürzte und Richter unter denselben zu liegen kam. Richter, der erst neunzehn Jahre alt war, hat dabei schwere innere Verletzungen erlitten und ist bald darauf an Verblutung gestorben.

Stadt-Chronik.

Lage und Schicksal der unehelichen Kinder.

Ueber dieses hochwichtige Thema hielt am Sonnabend für die Gehestiftung Herr Dr. Spann von der k. k. statistischen Zentralkommission aus Wien im Vereinshause einen äußerst interessanten Vortrag.

Noch bis vor wenigen Jahren habe über die Lebensbedingungen, Schicksal und Lage der unehelichen Kinder in den verschiedenen Ländern eine ziemlich große Unklarheit geherrscht. Zum ersten Male habe 1906 der Berliner Arzt H. Neumann über den Verlauf des ersten Lebensjahres des großstädtischen Säuglings-Jahrganges eine wertvolle Statistik herausgegeben. Von großer Wichtigkeit seien aber die von Professor Blumbach, dem Leiter der 1903 gegründeten Zentralstelle für Säuglingspflege zu Frankfurt a. M., auf Grund eigener Untersuchungen veröffentlichten statistischen Angaben, die sich auf die Jahre 1904 und 1905 erstrecken.

Gehe man auf die Frage der Unehelichkeit im allgemeinen ein, sei es nötig, zu wissen, wie groß das Maß der Unehelichkeit der einzelnen Klassen zur Gesamtbevölkerung und wie groß ein Staat mit unehelichen Geburten belastet ist. Hierfür gebe es zwei wichtige Maßstäbe: die uneheliche Quote und — der zuverlässigere — die uneheliche Fruchtbarkeitsziffer. Beide Methoden seien jedoch unzulänglich, weil sie nicht die Möglichkeiten berücksichtigen, wie uneheliche Geburten zustande kommen können. Wichtig sei auch die Berücksichtigung des Verhältnisses lediger Männer und lediger Frauen. Wo Männerüberfluß vorhanden, sei die Zahl der unehelichen Geburten kleiner, weil die Frauen eher Gelegenheit zum Heiraten haben. Wichtig sei auch, in welchem Alter die unehelich gebärenden Frauen stehen. Aus alledem ergebe sich, daß der Berechnung der unehelichen Fruchtbarkeitsziffer ziemlich große Schwierigkeiten entgegenstehen.

In welcher Weise die einzelnen Länder mit unehelichen Geburten belastet sind, zeige folgende Statistik. Der Prozentsatz der unehelichen Geburten stellt sich folgendermaßen: Niederlande 2½, Schweiz 4½, Italien 6, Finnland und Baden 7, Belgien 8, Frankreich 9, Württemberg 10, Sachsen 12, Bayern und Oesterreich 16 bis 18, Alpengebiete und Kärnthen bis 40. Die Unterschiede sind also außerordentlich groß. Die Bedingungen für die Unehelichkeit sind mannigfacher Art: das Heiratsalter, das Verhältnis der beiden Geschlechter, die Heiratsbeschränkungen und in erster Linie die Verwaisung der jungen Mädchen. Dies hätten besonders die Frankfurter Erhebungen gezeigt. Die Untersuchungen erstreckten sich auf 5000 Mütter, die unehelich geboren hatten. Von 100 Müttern waren 42,8 zurzeit ihrer Niederkunft väterlicherseits verwaist, 4 selber unehelich geboren, so daß also fast die Hälfte aller Mütter, die in Frankfurt a. M. unehelich gebaren, verwaist war. Von diesen verwaisten Müttern waren wieder mehr als die Hälfte von auswärts nach Frankfurt gekommen. Ein weiteres bedeutsames Argument für die unehelichen Geburten ist die Entfremdung der Mütter von ihren Familien. Nimmt man die verwaisten oder dauernd der Familie entfremdeten Mütter zusammen, so ergibt sich, daß dreiviertel aller unehelich gebärenden Mütter bei ihrer Niederkunft familien- oder aufsichtslos waren.

Auffällig ganz verschiedene Ziffern über die Unehelichkeit findet man mehrfach bei Untersuchungen nach Stämmen, die populationistisch und wirtschaftlich die gleichen Bedingungen haben. So zeigt das kleine Oldenburg, das ähnliche agrarische Verhältnisse habe wie das Alpengebiet, wo in geschlossenen Höfen viele junge Leute beiderlei Geschlechts zusammengehalten werden, unglaublich große Unterschiede trotz seiner geringen Ausdehnung. Während im Münsterland der Prozentsatz der unehelichen Geburten nur 2 Prozent betrage, stelle er sich im Fürstentum Lübeck auf 13 Prozent. Der Statistiker Kolmann führe die hohe Ziffer auf das Zölibat des Gesindes, auf die Schwierigkeiten, heiraten zu können, zurück. Aus alledem ergebe sich, daß die Unehelichkeit eine ethische Erscheinung ist. (?) — Die unehelichen Mütter bilden nun nicht eine einheitliche Masse, sondern gliedern sich in solche, die einmal, und solche, die mehrmals gebären. Letztere machen ⅓ bis ¼ der gesamten unehelichen Mütter aus. Bemerkenswert ist ferner, daß die unehelichen Kinder, die uneheliche Geschwister haben, sich wieder danach voneinander unterscheiden, ob sie denselben oder verschiedene Väter haben.

Bei Betrachtung der Lage der unehelichen Kinder sei die hohe Sterblichkeit auffallend, die sich hauptsächlich mit der meist schlechten Lage der Mutter während der Schwangerschaft erklärt. Die Mutter könne sich wenig schonen und so komme ein großer Teil der Kinder bereits tot zur Welt. Die Totgeburten betragen bei den ehelichen Kindern nur 3, bei den unehelichen dagegen 4½ Prozent. Die Sterblichkeit der Säuglinge im ersten Lebensjahre stelle sich in Preußen bei den ehelichen Kindern auf 18, bei den unehelichen auf 34 Proz., in Sachsen, wo eine größere Unehelichkeit bestehe, sei das Verhältnis wie 26 zu 38 Proz. Die Tendenz gehe im allgemeinen also dahin, daß in Deutschland die Sterblichkeit der unehelichen Kinder fast doppelt so groß ist als bei den ehelichen. In Wirklichkeit sei das Verhältnis ein noch ungünstigeres, da die Statistik in dieser Richtung unzulänglich sei. Viele uneheliche Kinder würden nämlich im ersten Lebensjahre legitimiert, stürben sie dann, würden sie in der Statistik als eheliche aufgeführt.

Die Ursache der hohen Sterblichkeit liege in erster Linie darin, daß nicht gestillt werde und daß die Ernährung und Verpflegung unrationell und ungenügend sei. Auch die schlechten Wohnungsverhältnisse sprächen mit, oft befänden sich die unehelichen Säuglinge bei armen Leuten und in überfüllten Wohnungen in Pflege. Eine große Rolle bei der hohen Sterblichkeitsziffer spiele auch die enorme Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, stammten doch die unehelichen Kinder zum Teil von Vätern oder Müttern, die aus halbprostitutionellen Elementen beständen. Das Zusammenwirken aller dieser Faktoren erzeuge unglaubliche Verhältnisse. So seien im Jahre 1900 in Berliner Vororten, wie Neu-Weißensee und Groß-Lichterfelde, 80 und 60 Proz. aller unehelichen Kinder im ersten Lebensjahre gestorben. Auf dem Lande sei die Gefährdung der unehelichen Kinder etwas geringer, im übrigen dauere aber allgemein die Gefährdung der unehelichen Kinder bis zum 14. Lebensjahre an. Es stellte sich in Berlin der Prozentsatz der Sterblichkeit bei den unehelichen Kindern im ersten Lebensjahre um 15,7, nach dem ersten Lebensjahre um 7, nach dem 5. um 5,4 und im 19. Lebensjahre (Stellung der Militärpflichtigen) noch um 4,1 Proz. höher als bei den ehelichen Kindern. Die fortwährende Degenerierung der unehelichen Kinder im Verhältnis zu den ehelichen sei überall nachzuweisen.

Dabei sei sehr interessant, daß von den unehelichen Kindern die dauernd unentgeltlich verpflegten hinsichtlich des Sterblichkeitsgrades gleich hinter den ehelichen rangierten, während bei den entgeltlich verpflegten die Sache schon viel ungünstiger liege, am ungünstigsten seien jedoch die Waisenkinder dran. Die Ursache sei darin zu erblicken, daß ein großer Teil der unehelichen Mütter

nicht in den Wohnungen niederkommt, sondern in öffentlichen und privaten Anstalten. Da diese Mütter meist ohne private Mittel sind, so verflechten sich die traurigen Verhältnisse schon bei der Geburt des Kindes. Nichts natürlicher, daß die Lebensbedingungen der unehelichen Kinder solcher Mütter, die verlassen sind, keine Mittel haben und wo der uneheliche Vater nicht sorgt, noch viel schlechtere als bei den anderen sind. — Ein weiterer wichtiger Umstand sei der Pflegewechsel. Nach derselben Statistik hätten 90 Prozent aller unehelichen Kinder ihre Pflege ein oder mehrere Male gewechselt. Im ersten Lebensjahre werde durch den Wechsel in der Pflege die Sterblichkeit direkt verursacht. Im schulpflichtigen Alter bilde der Wechsel in der Pflege geradezu die Bedingung zur Verwahrlosung, die bekanntlich auch vielfach bei unehelichen Kindern anzutreffen ist. Und der häufige Wechsel in der Pflege hat wieder zur Grundlage die ungenügende Alimentation.

In welchen Pflegeformen wachsen nun die unehelichen Kinder auf? Entweder kommen sie zur Mutter, die ledig bleibt, oder sie kommen in die sogenannte Stiefvaterfamilie. Möglich sei auch die Aufnahme in die Stiefmutterfamilie, was aber selten vorkomme. Oft geht auch die Mutter zu Verwandten und nimmt das Kind mit oder das Kind kommt allein zu Verwandten. Das Schlechteste bei alledem aber ist, wenn diese Formen der Pflege nicht stabil sind. Kommt das Kind zu den Großeltern, eine der glücklichsten Formen, so tritt z. B. sehr oft der Fall ein, daß die Großeltern wegsterben und die Armenbehörde eintreten muß. Nur die Kinder haben Aussicht, in ständiger Pflege aufzuwachsen, die entweder bei den Verwandten der Mutter Zuflucht finden oder bei der Mutter allein aufwachsen. Letzteres aber sei sehr selten, weil eben nur wohlhabendere Mütter die Erziehung selbst übernehmen können. Gut sei es auch, wenn das Kind in die Stiefvaterfamilie kommt. Hinsichtlich der Legitimation der Kinder sei festgestellt, daß im 1. Lebensjahre 10 Proz. der unehelichen Kinder legitimiert werden, nämlich wenn die Mutter den Vater heiratet.

Die Stiefvaterfamilie habe große Bedeutung für die Aufziehung der unehelichen Kinder, von denen 35—40 Prozent in solchen zu finden sind. Man kann sagen, daß sie dort gut erzogen werden, vorausgesetzt, daß die Gründung der Stiefvaterfamilie bald nach der Geburt des Kindes erfolgt. Es sei also eine irrige Anschauung, daß die Stiefväter die Kinder oft mißhandeln, einzelne Fälle natürlich ausgenommen, in denen aber meist das Kind erst spät in die Stiefvaterfamilie aufgenommen worden sei.

Ein Blick auf die sozialen Verhältnisse zeige, daß die unehelichen Mütter zu etwa 90 Prozent den unteren Ständen und niederen Berufen angehören. Die übrigen 10 bis 15 Proz. entstammen meist kleinbürgerlichen Familien. Sind die Mütter in der Großstadt geboren, so sind es in der Mehrzahl Arbeiterinnen, stammen sie aus kleinen Städten und vom Lande, ist die größere Hälfte Dienstmädchen. Von den Vätern waren — nach den in Frankfurt a. M. gemachten Erhebungen — 40 Proz. gelernte und 25—30 Proz. ungelernte Arbeiter. Der Rest verteile sich auf die übrigen Berufe. Die „hohen Stände", wo man auf einen Mißbrauch der Dienstmädchen schließen könnte, waren mit 3,8 Prozent beteiligt. — Interessant ist ferner, daß der Prozentsatz der Militärtauglichen der in Stiefvaterfamilien erzogenen unehelichen Kinder ein günstigerer ist, als der der ehelichen Kinder; während von den in fremder Pflege erzogenen 32 Proz. als tauglich befunden wurden, sind es bei den verwaisten Kindern 41 Proz. Daraus ist zu folgern, daß es besser ist, die Mutter stirbt, als sie bleibt am Leben und verheiratet sich nicht wieder, weil sie eben wirtschaftlich zu schwach ist, um das Kind ordentlich erziehen zu können. Das alles sei eine harte Anklage gegen die bisherigen sozialpolitischen Maßnahmen auf diesem Gebiete. Der Ueberblick über Lage und Schicksal der unehelichen Kinder lehre, daß letztere, wenn sie nicht im frühen Lebensalter sterben, einer körperlichen, beruflichen und moralischen Degeneration entgegengehen.

Was für sozialpolitische Maßnahmen hat man nun bisher getroffen, um helfend einzugreifen? Man habe die Vorschrift im Bürgerlichen Gesetzbuch, daß der uneheliche Vater für sein Kind aufzukommen hat, man habe die ehrenamtliche Vormundschaft, die gesetzlich vorgeschriebene Aufsicht über die Säuglingspflege, vielfach auch, wie in Dresden und Leipzig, die Einrichtung der Ziehkinderpflege, unter ärztlicher Aufsicht stehend. Alle diese Maßregeln sind aber unvollständig, weil immer nicht alle unehelichen Kinder teilhaftig werden. Die Vormundschaft sei der alleinige Boden, auf dem alle unehelichen Kinder in Fürsorge kommen können.

Es sei deshalb zu fordern, daß die ehrenamtliche Vormundschaft in eine öffentliche Berufsvormundschaft umgewandelt wird, daß dem Berufsvormunde ein Stab von Pflegern und Aerzten zugeteilt wird. Dieser müsse auch juristische Kenntnisse haben und imstande sein, die berufliche Auswahl zu leiten. Nur dadurch (?) könne die Degeneration der unehelichen Kinder verhütet werden. Gleichzeitig würde durch die Berufsvormundschaft eine Reihe von zersplitterten Reformbestrebungen zusammengefaßt und so ein neuer Zweig der Sozialpolitik geschaffen werden. Dadurch, daß sie die Kraft der Bevölkerung bewahren und vermehren würde, bringe sie ganz bedeutende Kraft in die Bevölkerung hinein, würde sie zum Erfolge haben die Bewahrung und Höherbildung ungezählter Bevölkerungselemente.

Arbeitslose und Stadtverwaltung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten hat folgenden Antrag im Stadtparlament eingebracht:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen: 1. Arbeiten in größerem Umfange als bisher zur Milderung der Arbeitslosigkeit bereitzustellen und sofort in Angriff zu nehmen; 2. allen schulpflichtigen Kindern beschäftigungsloser Arbeiter auf Kosten der Stadt ein warmes Mittagessen zu verabreichen; 3. den Arbeitslosen, die keine Beschäftigung erhalten können, bis zur Behebung ihrer durch die Arbeitslosigkeit erzeugten Notlage eine Barunterstützung zu gewähren, die nicht als Armenunterstützung angerechnet werden darf, und hierzu aus disponiblen Mitteln 30 000 M. bereitzustellen; 4. den Sozialen Ausschuß zu beauftragen, die Frage der kommunalen Arbeitslosenunterstützung zu erwägen, die Erfahrungen anderer Städte hierzu als Unterlage zu benutzen und den Stadtverordneten hierüber baldigst eine Vorlage zugehen zu lassen.

Dieser Antrag wird in der Sitzung vom nächsten Donnerstag auf die Tagesordnung kommen.

Das Elend.

Wir lesen im Dresdner Anzeiger: „Die Mittagssuppenausgabe im Asyl für obdachlose Männer, Käufferstraße 11, ist jeden Tag sehr stark besucht, denn es haben vom 2. Januar bis jetzt 5413 Männer, Frauen und Kinder gespeist und sich erwärmt. Es bekommt jedes für 5 Pf. einen großen Napf guter Grießsuppe und ein Stückchen Brot, so daß der stärkste Esser vollständig satt wird. (?) Viele erscheinen aber auch, die nicht in der Lage sind, 5 Pf. bezahlen zu können, es wird aber niemand hungrig abgewiesen. Der Verein wird dadurch sehr in Anspruch genommen und man bittet deshalb um neue Geldmittel. Speisemarken zu 5 Pf. zum Verschenken an Bedürftige sind zu haben in den Zigarrengeschäften von Richard Kramer, Hauptstraße 24, und Oskar Kreiser, Bismarckplatz 4, sowie an der Kassenstelle im Vollbad, Elisenstraße 31, und beim Asylinspektor, Käufferstraße 11. Viele von den Leuten erscheinen zu Mittag, sowie auch abends, wo sie sich obdachlos melden, oft in sehr erbärmlicher Kleidung, so daß man bei solcher Kälte gegen die Leute Mitleid haben muß. Man bittet deshalb um abgelegte Kleidungsstücke und Schuhwerk, so daß man den Leuten je nach dem äußersten Bedarf aushelfen kann. Die Sachen werden gern abgeholt, man bittet nur, dem Asylinspektor Notiz zu geben." — Himmelschreiendes Elend der Massen spricht aus diesen Angaben! Ein Elend, so groß, daß es private Wohltätigkeit kaum zu mildern, geschweige denn zu beseitigen vermag.

Die Interimsbrücke frei!

Nach gründlichen Untersuchungen hat sich ergeben, daß Joche und Eisenkonstruktionen der Hilfsbrücke nur kleine Schäden durch die Eisschollen erlitten haben. Auf der Neustädter Brückenseite werden neben den beschädigten Stützen besondere neue Unterstützungen angebracht und die beschädigten durch neue ersetzt. Diese Arbeiten sind derart gefördert worden, daß von gestern (Sonntag) früh an die Hilfsbrücke für den Fußgängerverkehr wieder freigegeben worden ist. Die übrigen Sicherungsarbeiten, die zur Sicherung des gesamten Fahrverkehrs, insbesondere des Straßenbahnverkehrs dienen, werden noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Es handelt sich dabei um die Herstellung der zerstörten Joche der Pfahlbrücke auf Neustädter Ufer. Mit Rücksicht auf den neuen Eisgang wird die Brücke wieder in völlig widerstandsfähigen Zustand gesetzt werden. Diese Arbeiten laufen nebeneinander her, ihre Ausführung wird aber durch den Frost außerordentlich erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht. Zu diesen Vorsorgearbeiten gehören die Fortsetzung der Betonierung der Pfeilerkerne und die Neuerrichtung beziehungsweise Ausbesserung der verloren gegangenen oder beschädigten Eisbrecher. Die vorhandenen, aber geschwächten Teile werden durch Eisen armiert und verstärkt werden.

Postverkehr.

Vom 1. März an sollen in Dresden die Paket-Annahmestellen der Postämter bereits abends um 7 Uhr geschlossen werden. Ausnahme davon machen nur die Postämter 6 in Dresden-Neustadt und 7 auf dem Albertbahnhof, wo nach wie vor bis 8 Uhr abends Pakete angenommen werden. Eine weitere Aenderung ist für Sonn- und Feiertags vorgesehen, an denen Schalterdienst in der Zeit von 8 bis 9 und 11 bis 12 Uhr abgehalten wird. Die Stunde von 12 bis 1 Uhr kommt in Wegfall. Der Beginn des Schalterdienstes ist auch für das Sommerhalbjahr auf 8 Uhr festgesetzt anstelle des Beginns um 7 Uhr. Nur bei den Ausgabestellen verbleibt es im Sommer noch beim bisherigen Dienstbeginn.

Von einem „edlen Stifter"

erzählt die Dresdner Rundschau folgendes: „Unser Bismarckplatz wird demnächst einen plastischen Schmuck in Form eines Brunnens erhalten. Der im September vorigen Jahres in Leipzig verstorbene praktische Arzt Dr. Heinze hat der Stadt Dresden bekanntlich 15 000 M. zur Errichtung eines Brunnens gestiftet, der zum Andenken an seine verstorbene Gattin, die Malerin und Radiererin Heinze, den Namen Marienbrunnen führen soll. Man muß es dem verstorbenen Dr. Heinze lassen: er war ein sehr praktischer Arzt. Mit einem Geschenk an die Stadt Dresden verband er gleichzeitig einen rührenden Akt der Pietät. Wie wird man seinen Namen preisen, der sonst vielleicht dem Schoße der Vergessenheit anheimgefallen wäre. Nur die Tochter eines Gutsbesitzers in Meißen dürfte nicht mit einstimmen in den Hymnus, den irgendein rhetorischer Meister bei der Enthüllung des Brunnens dem edlen Stifter zweifellos widmen wird. Ihr gegenüber hat sich der verstorbene Dr. Heinze weniger generös gezeigt. Besagte Gutsbesitzerstochter schenkte vor etwa acht Jahren einem Kinde das Leben, dessen Vater der edle Stifter ist. Vor etwa Jahresfrist fertigte Dr. Heinze die Kindesmutter mit einem für das Kind hinterlegten Depot von 1500 M. ab, das nach dem 16. Lebensjahre seiner illegitimen Tochter zur Auszahlung gelangt. Bis dahin muß die Mutter zusehen, wie sie mit einem monatlichen Zinsgenuß von zirka 5 M. den Unterhalt des Kindes bestreitet. Man ließ sich auf den damaligen Abfertigungsvorschlag ein, weil man nicht wußte, daß Dr. Heinze so vermögend war, um einstens der Stadt Dresden einen Brunnen im Werte von 15 000 M. stiften zu können." — Das ist allerdings ein lieblicher Kommentar zu dieser Stiftung.

Selbstmord.

Am Grabe seiner Ehefrau erschoß sich am Sonntag vormittag auf dem Trinitatisfriedhofe der Kaufmann Erhardt Schmieder aus Großröhrsdorf im Alter von 50 Jahren infolge eines hartnäckigen Leidens.

Zusammenstoß.

Ein von Mickten nach dem Stadtinnern fahrender Motorwagen stieß am Sonnabend nachmittag mit einem schwer beladenen Wagen auf der Leipziger Straße so heftig zusammen, daß der vordere Standplatz schwer beschädigt wurde. Der Motorwagen mußte sofort nach dem Depot zurückgebracht werden. Der Kutscher des Lastgeschirres war beim Herankommen der „Elektrischen" gerade dabei, sein Geschirr umzuwenden und mag dabei die Besonnenheit verloren und dadurch den Zusammenstoß verschuldet haben.

Vermißt wird seit acht Tagen der in Dresden-Löbtau wohnende 34 Jahre alte Brauer Bruno Sinnß, der mit rotgestreiftem Hemd ohne Monogramm, schwarzer Hose, grauer Joppe und braunem weichem Filzhut bekleidet war. Der Verschwundene ist etwa 1,65 Meter groß, hat blondes Haar, kleinen Schnurrbart, trägt Brille und ein doppeltes Bruchband, sowie ein Taschentuch, gezeichnet B. S. Angaben über seinen Verbleib erbittet der Vater Adalbert Sinnß, Bischofswerda, Goldbacher Weg 3. — Wie uns noch mitgeteilt wird, wollte S. am vorigen Montag nachmittags zum Arzt gehen, weil er etwas nervenleidend war. Von diesem Gange ist er nicht zurückgekehrt.

Vierter Wahlkreis. Die organisierten Frauen von Pieschen-Trachenberge werden auf den morgen Dienstag, abends 9 Uhr, im Restaurant zur Börse, Leipziger Straße, stattfindenden Frauendiskussionsabend aufmerksam gemacht.

Vermischte Nachrichten. Die Gesamtzahl der im vergangenen Monat im hiesigen elektrischen Straßenbahnbetrieb vorgekommenen Unfälle betrug 24, darunter 23 Zusammenstöße. Bei 6 Unfällen wurden 9 Personen verletzt. — Im gleichen Monat gelangten bei der Polizeidirektion 17 Selbstmorde und 10 Selbstmordversuche zur Anzeige. — Die Einwohnerzahl Dresdens mit Albertstadt wurde am 1. Januar auf 545 100 geschätzt. — Infolge der Glätte stürzte am Sonnabend abend in der Vorstadt Löbtau auf der Kesselsdorfer Straße bei dem Restaurant Zur scharfen Ecke ein älterer Mann zu Boden, der sich nach seinem Wohnort Gorbitz begeben wollte. Er trug anscheinend erhebliche Verletzungen davon, so daß er mittels Krankenwagens nach dem Friedrichstädter Krankenhause transportiert werden mußte.

Kaufmannsgericht.

Im September 1907 bot sich der Handlungsgehilfe Lehmann dem Kaufmann Zschätzsch als Reisender an. Z. war nicht abgeneigt, L. zu beschäftigen, und es fand eine Unterredung in Z.s Wohnung statt. L. verlangte festes Gehalt und Spesen, Z. lehnte dies aber ab. Schließlich einigten sich beide dahin, daß L. einen Teil des Verdienstes haben sollte. L., der seine Tätigkeit einstellen mußte, weil Z. Konkurs machte, verlangt jetzt 295,45 M. Gehalt und Provision. Er behauptet nämlich, es sei ein festes Gehalt vereinbart worden. In der gegen den Konkursverwalter Kommissionär Konzler gerichteten Klage wird Z. als Zeuge vernommen und stellt in Abrede, daß bei dem Engagement über Gehalt, Kündigung etwas vereinbart worden sei. Er habe L. — Spesen, wie dieser es verlangte und wie er es hatte — je nach dem [?] gegeben. Insgesamt seien das außer einem weiteren erheblichen Betrag etwas [?] Mark gewesen. L. habe zwar öfters wegen Geld gedrängt, aber niemals von Gehalt gesprochen. Erst später wurden einmal mündliche Vereinbarungen getroffen, und zwar dergestalt, daß L. die Hälfte des Bruttogewinns als Provision haben sollte. Bei dieser ganzen Sachlage war es sehr fraglich, ob L. als Reisender anzusehen war. Die Schwierigkeiten wurden behoben durch einen Vergleich, wonach für den Kläger 50 M. als bevorrechtigte Forderung zu der betreffenden Konkurstabelle festgestellt werden. (Vorsitzender: Gewerberichter Meding. Prinzipals-Beisitzer: Kaufleute Krüger und Wartner. Angestellten-Beisitzer: Verkäufer Zimmermann und Lagerist Beuschel.)

Aus der Umgebung.

Kemnitz. Mittwoch den 17. Februar, abends 7½ Uhr, findet im Wettinschlößchen öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderen wichtigen Punkten: Bericht aus dem Schulvorstand, Schleusenbau vordere Zschonergrundstraße. Zahlreiches Erscheinen der Genossen wird erwartet.

Reick. Morgen Dienstag, abends 7 Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung im Gasthof zu Reick.

Bühlau. Mittwoch den 17. Februar, abends 7 Uhr, findet im Rathaussaale öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Hauptpunkt der Tagesordnung: Erste Lesung des Regulativs über die Einführung einer Wertzuwachssteuer.

Heidenau. Mittwoch den 17. Februar findet öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Kreischa. Die Frage der Uebernahme der Armenlasten von den Gemeinden auf den Staat ist auch vor nicht langer Zeit in unserem Gemeinderat verhandelt worden. Der Gemeinderat in seiner Mehrheit lehnte es ab, eine diesbezügliche Petition an die Regierung einzureichen. Unsere Genossen begründeten obige Forderung u. a. mit dem Hinweis, daß die vielen Abschiebungen der ganz Armen durch die Gemeinden nur vorgenommen werden, um die Allerärmsten nicht heimatsberechtigt werden zu lassen. Der Gemeindevorstand suchte diese Begründung dadurch abzuschwächen, daß er erklärte, ein derartiges Vorgehen seitens der Gemeinden gebe es kaum noch. Trotz dieser Erklärung bekam eine kürzlich nach hier verzogene Witwe, kurz nachdem sie eingezogen war, wieder von ihrem Hauswirt gekündigt. Auch wurde ihr mehreremal in unsanfter Weise bedeutet, daß sie sofort heraus müsse. Anderweit konnte die Frau auch keine Wohnung bekommen. Vom Gemeindeamt wurde ihr auch angedroht, daß sie wieder in ihren Heimatsort müsse. Sie solle sich nur um einen Wagen kümmern. Auf Vorhalten der Frau, daß sie kein Geld habe, um sofort wieder ausziehen zu können, erhielt sie die Antwort, dann müsse es die Gemeinde bezahlen. In einer Gemeinderatssitzung wurde auf Antrag des Gemeindevorstandes beschlossen, diese Frau nicht heimatsberechtigt werden zu lassen! Weinend erklärt die Frau, daß sie sich gern ernähren wolle, wenn sie nur nicht ins Armenhaus in ihre Heimat abgeschoben würde. — Man sieht, wie die Erklärungen des Gemeindevorstandes zu bewerten sind. Durch Uebernahme der Armenlasten auf den Staat wäre solch barbarischen Zuständen ein Ende gemacht.

Versammlungskalender für Dienstag.

Städtische Arbeiter. Abends 8½ Uhr öffentl. Versammlung in Obergraben [?].
Metallarbeiter. Abends 8½ Uhr Vertrauensmänner-Versammlung im Volkshaus.
Verein für Volksgesundheit. Abends 8½ Uhr Vortrag u. Mitgliederversammlung in den Saxoniasälen, Alaunstraße.
Maschinisten u. Heizer. Abends 8 Uhr Fastnachtsfeier in Seidels Gasthof, Pieschen.
Bezirk Löbtau. Abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung im Bürgergarten.
Bezirk Naußlitz. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung in der Linde [?].
Klein-Zschachwitz. Abends 8½ Uhr Volksversammlung in der Goldenen Krone.
Naturheilverein im Plauenschen Grunde. Abends 8½ Uhr Vortrag im Gasthof zum Sächsischen Wolf.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Der Tod durch eine Ohrfeige. Am 7. September v. J. fuhr der 1876 geb. Maurer Friedrich Oswald Fischer mit einem gewissen Lehmann mit Pferd und Wagen nach Wilsdruff, um Obst zu kaufen. Unterwegs kehrten sie in verschiedenen Kneipen ein, so daß sie abends leicht [?] waren. Im Laufe des Nachmittags handelte der Fuhrwerksbesitzer Lorreck in Wilsdruff mit F. um dessen Pferd. F. hatte gar keine Neigung, sein Pferd zu verkaufen, sagte dies aber dem handelslustigen Lorreck nicht klar und deutlich. Sie besuchten zusammen mehrere Kneipen und einen Zirkus und landeten zuletzt in der Weinstube von Siegel [?] in Wilsdruff. Hier fing Lorreck wieder vom Pferdehandel an. F. sagte scherzhaft: „Wenn du 40 Taler herlegst, kriegst du das Pferd." L. nahm das für Ernst, ging nach Hause und holte 120 Mark. Fischer ging aber auf den Handel nicht ein mit dem Hinweise, daß das ja gar nicht 40 Taler seien. (Die Taler gab es damals nicht mehr). Es wurde nun weiter gezecht. Schließlich spannte der Fuhrwerksbesitzer dem bezechten F. das Pferd aus und schaffte es in seinen Stall. Währenddem kam F. heraus und sah nun natürlich, daß sein Pferd weg war. Er suchte schleunigst den Schutzmann in seiner Wohnung auf und weckte ihn. Lorreck hatte sich die Sache mit dem Pferde inzwischen aber wieder anders überlegt und brachte es zurück, weil es ihn gebissen hatte, als er es im Stall anhängen wollte. Der Schutzmann wurde deshalb benachrichtigt, daß er sich nicht zu bemühen brauche. Beim Einschirren des Pferdes kam es zu einem Streit, in dessen Verlauf F. dem Lorreck eine Ohrfeige gab, daß er gleich zu Boden stürzte. Er stand auf und ging auf F. zu. Dieser versetzte ihm eine zweite Ohrfeige mit derselben Wirkung. Als Lorreck nun immer wieder auf ihn zukam, gab F. ihm eine dritte Ohrfeige mit den Worten: „Jetzt gebe ich dir eine, daß du schielst." Nach dieser Ohrfeige blieb Lorreck liegen. F. trug den Bewußtlosen in die Weinstube, der Wirt wollte aber den vermeintlich Betrunkenen nicht im Lokal haben. F. trug ihn deshalb wieder hinaus und setzte ihn an die Wand neben die Treppe, die zum Lokal führt. Dieser Vorgang spielte sich zwischen 2 bis 3 Uhr nachts ab. Am Morgen wurde L. etwa zwei Meter von der Treppe entfernt liegend gefunden. Man benachrichtigte seine Frau, die ihn auf einem Handwagen nach Hause fuhr. Dort lag er drei Tage besinnungslos. Dann sprang er auf, zog sich notdürftig an, wobei er auch alles verkehrt anzog, und ging in diesem Aufzuge in das Restaurant zum Forsthaus. Er machte dabei einen ganz verstörten Eindruck und man brachte ihn deshalb gleich wieder nach Hause. Denselben Tag noch brachte man ihn ins Krankenhaus, wo er mehrere Tage danach verstarb, ohne zur Besinnung gekommen zu sein. Fischer hatte sich deswegen vor der zweiten Strafkammer zu verantworten. Zur Verhandlung waren außer dem Gerichtsarzt Dr. med. Oppe als Sachverständigen noch fünf Zeugen geladen. Der Verstorbene wird als Alkoholiker bezeichnet. Die Sektion ergab zwei Schädelbrüche, die nach Ansicht des Gerichtsarztes zu einer Gehirnhautinfektion führten. Als Todesursache ist die Gehirnhautinfektion anzusehen. Vermutlich sei die dritte Ohrfeige wieder die Ursache der Schädelbrüche gewesen. Die Anklage nimmt nur gefährliche Körperverletzung an. Das Gericht erkennt auf 6 Monate Gefängnis, wobei es nicht annimmt, daß der Tod durch den Schlag verursacht worden ist. — Der Angeklagte hat schon einmal einen Ziegelträger mit dem Bierglas niedergeschlagen!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090215/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Deutscher Reichstag.

Sitzung. Sonnabend den 13. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg und Delbrück.

Ein Nachtragsetat (4½ Million Mark zur Verzinsung mehr ausgegebener und neuer Schatzanweisungen und 1 715 329 M. zur Vervollständigung der Kosten der Berufs- und Betriebszählung) wird in dritter Lesung nach einigen Bemerkungen der Abgeordneten Graf Westarp (kons.), Arendt (Reichsp.) und Speck (Zentr.) bewilligt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamt des Innern, beginnend beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt".

Abg. Brühne (Soz.): Das Reichsgesundheitsamt sollte sich einmal gründlich mit der Untersuchung der gesundheitlichen Zustände in den chemischen Fabriken beschäftigen. Es haben sich dort Uebelstände herausgestellt, so daß es dringend notwendig wäre, daß sich weiter auch einmal ernstlich mit der Frage beschäftigen, wie Unglücksfällen und Krankheiten genügend für ärztliche Hilfe gesorgt ist. An das Wort des Staatssekretärs, daß es ein Rückfall in soziale Zustände sei, wenn Aerzte Schwerkranken die Hilfe verweigern, anknüpfend, kommt Redner auf den Kölner Kassenstreit zu sprechen und bespricht die bekannten Fälle, in welchen die tatsächlich Schwerkranken, insbesondere in Lebensgefahr schwebenden Kindern, jede Hilfe verweigerten, als sie hörten, daß der Vater Kassenmitglied war. Redner wünscht und glaubt auch, daß das Haus darin einig ist, solche Dinge mögen in Zukunft nicht mehr vorkommen, und betont ausdrücklich, daß er annimmt, das Vorgehen der Aerzte in Köln sei mit solchem unmenschlichen Vorgehen seiner Kollegen nicht einverstanden. Es ist durchaus unrichtig, wenn vielfach behauptet wird, die Krankenversicherung werde auf Kosten der Aerzte geleistet. Die Statistik des Reichsgesundheitsamts zeigt, daß die Kassen im Jahre 1906 148 Millionen Mark ausgegeben hatten, davon an Aerzte 47 Millionen, für Arzneien 36 Millionen, zusammen also 83 Millionen, weit mehr als die Hälfte, weit mehr als die Kranken bezogen. (Hört, hört! bei den Soz.) Betone aber nochmals, daß ich wünsche, daß die Streitfragen zwischen Aerzten und Krankenkassen beim neuen Versicherungsamt schiedsgerichtlich geregelt werden.

Ich wende mich zu den Verordnungen, die Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter betreffen, aber leider nicht genügend erlassen werden. Ein Fabrikinspektor berichtet, daß er in einem Liebe fünf Arbeiter fand, die Kost und Logis hatten und denen zusammen nur ein einziges Bett zur Verfügung stand. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie arbeiteten schichtweise und legten sich auch schichtweise schlafen. Gesundheitsfördernd ist das nicht! (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Aufsichtsbeamten klagen in einer ganzen Reihe von Fällen, daß das Gesetz versagt. Was will es denn auch heißen, daß ein Ziegeleibesitzer, der einen elfjährigen Knaben 8 bis 9 Stunden hindurch beschäftigt hat, schließlich mit 3 M. Geldstrafe belegt wird. Wie das Kinderschutzgesetz in Bäckereien mißachtet wird, ist bekannt. Selbst in Berlin gibt es viele Bäckereien, wo fünfjährige Kinder mit Austragen beschäftigt sind und bereits 5 Uhr früh beginnen. Nur die bitterste Not kann Eltern dazu zwingen, ihre Kinder hierzu herzugeben. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Kinder können in der Schule nichts lernen und auch nicht zu gesunden Arbeitern werden. (Zustimmung b. d. Soz.)

Es wäre wünschenswert, daß sowohl gegen diese Ueberlastungen sowie auch gegen die Mißhandlung Minderjähriger derart vorgegangen würde, daß wir in den nächsten Jahren uns mit solchen Dingen nicht mehr beschäftigen müssen. (Zustimmung b. d. Soz.) Besserung wird aber nicht eher eintreten, ehe man sich nicht entschließt, Gewerbeaufsichtsbeamte aus den Reihen der Arbeiter anzustellen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Mugdan (freis. Volksp.): Dem Wunsche des Abg. Brühne, die Streitigkeiten zwischen Aerzten und Kassen durch Schiedsgerichte zu beseitigen, stimme ich zu. Die von ihm angeführten Fälle in Köln verurteile ich gerade so wie er, falls sie vorgekommen sind. Den großen Teil der Schuld tragen aber die Kassenvorstände, welche vor Monaten in die Welt posaunten, sie hätten genügend Aerzte, was eben nicht der Fall ist. An den Staatssekretär richte ich die Bitte, wann wir ein einheitliches Hebammengesetz zu erwarten haben. Auf einem gut ausgebildeten Hebammenstand beruht unsere ganze Zukunft. (Heiterkeit.) Die Hebammen sowie auch das Krankenpflegepersonal sollten den Segen der Arbeiterversicherung genießen.

Die Bleiweißvergiftungen betreffend ließen sich die meisten vermeiden, wenn die Arbeiter mehr Aufmerksamkeit den Verordnungen und Gesetzen entgegenbrächten. (Bravo! b. d. Freis.)

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Bumm: Herr Brühne zieht zu unrecht die sanitären Zustände der chemischen Fabriken heran. Deutschland kann auf seine chemische Industrie stolz sein. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Bleiweißgefahr ist allerdings eine furchtbare. Aber sie ist längst erkannt und mit ihrer Bekämpfung beschäftigen sich nicht weniger als fünf Bundesratsverordnungen.

Abg. Hoch (Soz.): Herrn Mugdan möchte ich bemerken, daß es in Köln einen Gegensatz zwischen Vorstand und Kassenmitgliedern nicht gegeben hat, wie es nach seinen Worten den Anschein haben könnte. Die Mitglieder standen hinter dem Vorstand, einschließlich der Unternehmer. (Hört, hört!) Herr Dr. Mugdan hat sich die Kontrolle der von meinem Freund Brühne vorgebrachten Fälle reservieren zu müssen geglaubt. Aber die Behauptungen der Herren Gerson, Mugdan und anderer Kassenvertreter alle zu prüfen ist auch nicht möglich. In einem Falle, den wir sofort kontrollieren konnten, haben wir allerdings die Unrichtigkeit festgestellt. (Beifall bei den Soz.)

Der Titel wird bewilligt.

Zum Titel Reichspatentamt wünscht

Abg. Dr. Junck (natl.) baldigste Vorlegung der Novelle zum Patentgesetz und fragt, wie weit die Verhandlungen mit Amerika über den Patentschutz gediehen sind.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Novelle befindet sich im Stadium der Verhandlungen des beteiligten Ressorts. Ueber die Verhandlungen mit Amerika kann ich mich augenblicklich nicht aussprechen.

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Reichsversicherungsamt" nimmt das Wort

Abg. Erzberger (Zentr.): Die Kapitalien, die durch unsere Invalidenversicherung angesammelt sind, sollten mehr als bisher gemeinnützigen Unternehmungen zugänglich gemacht werden, für Verbesserung des Wohnungswesens den Baugenossenschaften u. a. Auch die Ausdehnung der Heilfürsorge auf dem Lande könnte durch Unterstützung von Diakonissinnen- und Krankenpflegestationen mehr gefördert werden. Zu bedauern ist, daß den Gesuchen katholischer Kirchengemeinden und Korporationen sehr wenig Sympathie entgegengebracht wird.

Abg. Bömelburg (Soz.): Es müßte künftig aus der Statistik ersichtlich sein, wie sich die Unfälle auf die einzelnen Berufe und auf die Größenklassen der Orte verteilen. Vermutlich ist die Unfallziffer auf dem flachen Lande bedeutend höher als in den Städten. Zum ersten Male sind jetzt auch die Berichte der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften gedruckt, bedauerlicherweise dem Reichstag aber nicht zugegangen. Ein Exemplar kostet 24 M., was nicht jeder Abgeordnete aufwenden kann. Die diesen Berichten beigegebene Statistik ist in jeder Beziehung unbrauchbar. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Berichte die Behauptung, daß die Arbeiter selbst an den Unfällen schuld seien. Hier ist über ungerechte Angriffe auf die Berufsgenossenschaften Klage geführt worden. Würden die Arbeiter gemeinsam mit den Unternehmern für Unfallverhütung zusammenarbeiten können, so würde wohl manche Klage verstummen. (Zustimmung bei den Soz.) Die Arbeiter müssen gehört werden, ehe Verhütungsvorschriften erlassen werden. Wenn es sich um Herbeiführung von Verbesserungen handelt, so nehmen die Arbeiter an solchen Beratungen den lebhaftesten Anteil, und ihre Vorschläge sind aus der Praxis geboren.

Ich möchte noch den Wunsch aussprechen, daß das Reichsversicherungsamt dahin wirken möge, mehr Einheitlichkeit in die Verhütungsvorschriften zu bringen. Die einen Berufsgenossenschaften verbieten, was andere gestatten. So schreibt das Reichsmarineamt bei Arbeiten unter 2½ bis 3 Atmosphärenüberdruck vor, daß nur zwei Stunden ununterbrochen gearbeitet werden darf und überhaupt nur vier Stunden innerhalb 24. Die Tiefbauberufsgenossenschaft hingegen gestattet sechs Stunden ununterbrochene Arbeit. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch andere Vorschriften in bezug auf Kleidung, Ernährung x., die beim Marineamt bestehen, hat die Berufsgenossenschaft nicht erlassen. Sie fürchtet, daß sich daraus Lohnerhöhungen ergeben würden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir sind ja gewohnt, daß das Reichsversicherungsamt die Berufsgenossenschaften sehr zart anfaßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es sollte aber nicht vergessen, daß es doch sozusagen auch die Interessen der Versicherten wahrzunehmen hat. (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Behrens (wirtsch. Vereinigg.) wird aufgerufen, ist aber nicht zur Stelle. Vogel (natl.) verbreitet sich über die Berggesetzgebung und führt aus, daß ein Zusammenwirken von Arbeitern und Arbeitgebern segensreicher sein würde als die Menge bergpolizeilicher Verordnungen.

Direktor des Reichsamts des Innern Caspar bestreitet, daß die katholischen Korporationen von den Versicherungsanstalten schlechter behandelt werden als die Protestanten, wie Abg. Erzberger gesagt hat. Das Reichsversicherungsamt ist außerstande, den Berufsgenossenschaften schärfere Verhütungsvorschriften aufzuerlegen.

Abg. Dr. Mugdan (freis. Volksp.) pflichtet dem Direktor Caspar in bezug auf die Versicherungsanstalten bei.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt das Kapitel Kanalamt.

Abg. Lehmann (Soz.): In der Denkschrift der Regierung über die Arbeiterbeschäftigung beim Kanalbau wird gesagt, daß vorzugsweise deutsche Arbeiter herangezogen werden sollen. Das steht aber lediglich auf dem Papier. Ueberwiegend werden ausländische Arbeiter beschäftigt. Weil es im Interesse der Landwirtschaft liegt, wie die Kanalverwaltung sagt, ihr nicht die deutschen Arbeiter zu entziehen. Eine Bestimmung sagt, daß minderjährige Arbeiter aus Schleswig-Holstein am Kanal nicht beschäftigt werden sollen, aus anderen Gegenden Deutschlands nur mit Genehmigung der Verwaltung. Diese Grundsätze schlagen aller Gerechtigkeit ins Gesicht. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel Aufsichtsamt für Privatversicherung beantragt das Zentrum eine Resolution, in der ein Verbot der Verquickung von Zeitungen mit Versicherungen verlangt wird. Abg. Bassermann (natl.) beantragt, unter Ablehnung dieser Resolution eine Denkschrift über den Umfang dieser Verquickung zu verlangen.

Abg. Dr. Marcour (Zentr.) erklärt, daß seine Freunde im Falle der Ablehnung der Zentrumsresolution dem Antrag Bassermann zustimmen.

Abg. Bassermann (natl.) hält ein direktes Verbot nicht für angängig, obwohl der Uebelstand nicht zu leugnen sei.

Abg. Frank (Soz.) befürwortet die Zentrumsresolution vom Standpunkte der Volksbildung, weil auf diese Weise ein großes Publikum sehr leicht zum dauernden Lesen minderwertigen Materials verführt wird, sowie auch vom Standpunkt der Versicherungstechnik, weil Leute, denen es an Erfahrung ermangelt, nach jahrelangem Abonnement durch allerhand Einreden schließlich doch um den Genuß der Versicherung gebracht werden; wenn der Fall eintritt, sei die Verquickung von Zeitungswesen und Versicherung verwerflich. Diese Institution ist die schlechteste Form der Versicherung und die schlechteste Form der Zeitung. Gerade jetzt, wo der Umfang des Uebels noch nicht abzugroß ist, sollte die Gesetzgebung einschreiten. (Bravo! b. d. Soz.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Giesberts (Zentr.) und Bassermann (natl.) wird die Abstimmung über die Resolutionen für die dritte Lesung zurückgestellt und der Rest des Etats nach kurzer Debatte bewilligt. Beim Extraordinarium hatte Abg. Dr. Jäger (Zentr.) noch eine weitere Förderung des ländlichen Wohnungswesens befürwortet.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr (Dampferstubvention, Etat des Reichstags und des Reichseisenbahnamts). — Schluß 7 Uhr.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ein Wort an die deutschen Arbeiter.

Die Buchdrucker Amerikas haben eine Delegation nach Europa geschickt, um die Solidarität der Arbeiter in Anspruch zu nehmen.

Die Schriftsetzer der Vereinigten Staaten führen seit mehreren Jahren einen erbitterten Kampf um die Einführung des achtstündigen Arbeitstages.

Allem Widerstande der organisierten Druckereibesitzer zum Trotze ist es ihnen gelungen, im größten Teil der Druckereibetriebe ihre Forderung durchzusetzen, doch setzt ein Teil der verbündeten Druckereikapitalisten den Widerstand fort und wehrt sich besonders auch dagegen, daß in seinem Betriebe die Regeln und Forderungen Geltung erlangen, die die Gewerkschaften zum Schutze und im Interesse ihrer Mitglieder aufzustellen für nötig fanden.

Dieser Teil der Druckereibesitzer der Vereinigten Staaten ist organisiert und führt seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen jede Gewerkschaftsforderung. Kein Mitglied der organisierten Arbeiterschaft wird von diesen Leuten beschäftigt, und offen wird erklärt, daß sie ihren Kampf führen, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten.

An der Spitze dieser Todfeinde der organisierten Arbeit steht eine Firma, die sich „Butterick Publishing Company" nennt und die in Neuyork ihren Sitz hat. Diese Gesellschaft ist eine der größten Verlagshäuser der Welt. Ihr Aktienkapital beträgt über fünfzig Millionen Mark und sie ist die Führerin im Kampfe gegen die organisierte Arbeit ihres Berufs und hat auch die Hilfe der Gerichte in Anspruch genommen, um die Arbeiter ins Gefängnis zu bringen.

Bis zum 24. November 1905 waren bei der „Butterick Publishing Company" nur organisierte Arbeiter beschäftigt. Am genannten Tage stellte die Firma unorganisierte Arbeiter ein, um die Einführung des Achtstundentages zu verhindern, die von der Schriftsetzer-Gewerkschaft verlangt wurde. Seit jener Zeit führen die Buchdrucker Neuyorks und der Vereinigten Staaten ihren Kampf um Anerkennung ihrer Union und um Einführung des Achtstundentages gegen das genannte Verlagshaus. Unzummen von Geldern und Kräften sind darauf verwandt worden, es zum Nachgeben zu zwingen. Nicht ganz vergeblich, denn die „Butterick Publishing Company" hat vom 1. Januar an sich gezwungen gesehen, den Achtstundentag in ihren Betrieben einzuführen. Noch aber verweigern die Leiter des Geschäfts die Anerkennung der Union und die Einführung der Unionregeln in ihrer Druckerei. Sie stützen sich dabei auf den internationalen Charakter ihres Geschäfts. Die Publikationen der „Butterick Publishing Company" werden in der ganzen Welt abgesetzt und in allen Sprachen verbreitet. In Deutschland gibt diese Firma neben den Butterick Schnittmustern die monatliche Zeitschrift Moden Revue, Butterick Moden-Album und Butterick Moden der Hauptstädte heraus, die in Berlin erscheinen. Auf diesen internationalen Charakter ihres Geschäfts gestützt, weigert sich die genannte Firma immer noch, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen. Sie erklärt, daß, wenn die Gewerkschaft der Schriftsetzer auch in den Vereinigten Staaten ihr beträchtlichen Schaden zufügen möge, die Macht der Arbeiterschaft doch nicht so weit reiche, daß sie auch im Auslande Schaden nehmen könne.

Man sieht, diese kapitalistischen Unternehmer rechnen nicht mit der Tatsache, daß die Internationale der Arbeit das Vorbild war aller internationalen Verbindungen und daß die Solidarität eine proletarische Tugend ist.

Wenn die Arbeiter Deutschlands und wenn besonders die Frauen der Arbeiter nur für eine kurze Zeit ihre Schuldigkeit tun und den Modezeitungen und Schnittmustern der „Butterick Publishing Company" die Aufmerksamkeit schenken, die ihnen gebührt, so wird die Solidarität der europäischen Arbeiterklasse durchsetzen, was den amerikanischen Arbeitern allein zu erkämpfen nicht möglich war. Schon hat, wie gesagt, die genannte Gesellschaft sich gezwungen gesehen, den Achtstundentag zu bewilligen. Ein Druck, ein Stoß nur noch ist nötig, um auch die Anerkennung der Gewerkschaft ihr abzugewinnen. Und mit der Niederlage der „Butterick Publishing Company" fällt auch die Unternehmer-Vereinigung, deren leitender Geist sie ist.

Es liegt an den Arbeitern Europas, den Schriftsetzern der Vereinigten Staaten in ihrem Kampfe den Sieg zu sichern.

Lokales.

Lohnbewegung der Dresdner Schneider.

Dem Verband der Schneider ist es gelungen, im Frühjahr 1906 mit dem Arbeitgeberverband einen Tarifvertrag abzuschließen und diesen Vertrag bei fast allen Firmen zur Durchführung zu bringen. Die schon vor 1906 eingetretene und noch immer anhaltende enorme Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse sowie die Unvollkommenheiten und Mängel des Tarifs haben die Organisation veranlaßt, den Vertrag zu kündigen und Neuforderungen einzureichen. Der alte Vertrag läuft Ende März ab, die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind im Gange, haben aber zu einem positiven Ergebnisse noch nicht geführt. Ueber den weiteren Gang dieser Verhandlungen wird später zu berichten sein. Der während der Geltungsdauer des jetzigen Tarifvertrags erfolgte Ausbau der Organisation berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Mit den beiden Firmen: Robert Eger u. Sohn, König-Johann-Straße, und Heinrich Esders, Prager Straße, bestanden bisher Sonderverträge, die gleichfalls gekündigt sind, um auch diese Firmen dem allgemeinen Tarifwesen angliedern zu können. Während die bisherige Haltung des Inhabers der Firma Eger u. Sohn eine friedliche Verständigung mit der Organisation erwarten läßt, sind die bisher gemachten Zugeständnisse der Firma Heinrich Esders derart minimal, daß ein Konflikt der Firma mit ihren Arbeitern unvermeidlich erscheint. Obgleich der Vertrag mit der Firma schon seit dem 1. Januar abgelaufen ist, haben die Arbeiter doch bis jetzt zu den alten Löhnen weiter gearbeitet, um eine friedliche Verständigung zu ermöglichen. Die Firma will auf das von ihr innegehabte Privilegium: ein und dieselbe Arbeit nach verschieden abgestuften Akkordlohnsätzen zu bezahlen, nicht verzichten, während die Arbeiter auf der Einführung einheitlicher Löhne, wie sie in den anderen Geschäften von jeher vorhanden sind, bestehen müssen, weil sie die Erfahrung machen mußten, daß selbst bei buchstabenmäßiger Erfüllung des Vertrags seitens des Unternehmers Lohnerhöhungen jederzeit wieder illusorisch gemacht werden können. Die Arbeiter der Firma nahmen am Freitag den 12. Februar in einer stark besuchten Versammlung nochmals Stellung zu der ganzen Angelegenheit und bekundeten ihren festen Willen, an ihrer Forderung festzuhalten, durch Annahme der unten abgedruckten Resolution. „Nach nochmaliger Kenntnisnahme der bisher zwischen Herrn Hubertus und der Verbandsleitung gepflogenen mündlichen und schriftlichen Unterhandlungen kommt die Versammlung zu der Ueberzeugung, daß von einem Entgegenkommen der Firma nicht die Rede sein kann. Sie beauftragt die Verbandsleitung, noch einen letzten Versuch zur friedlichen Erledigung zu machen und in einer in aller Kürze stattfindenden Versammlung Bericht zu geben. Sollte dieser letzte Versuch ergebnislos verlaufen, so erklärt die Versammlung, ihren Forderungen mit allem Nachdruck und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Geltung verschaffen zu wollen."

Die Mißstände bei der Firma Selbmann.

In der Nr. 34 wurde schon allgemein darauf hingewiesen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Selbmann zu denkbar niedrigsten Lohnsätzen arbeiten. Die meisten der dort Beschäftigten haben „horrende" Verdienste in der Höhe von 6, 8 bis 18 M. zu verzeichnen. Darunter sind Leute, die schon alt, verheiratet und Familienväter sind. Die Firma tut in Wirklichkeit so, als ob sie die Arbeiter aus lauter Mitleid beschäftige. Einen Helfershelfer bei all ihren Maximen hat die Firma in einem Packer namens Schür gefunden. Wo Sch. nur kann, spielt er den Lohndrücker seiner Kollegen. Daß die Firma dem Sch. Vergünstigungen gewährt, ist klar, so ist z. B. die Rückkehr des Chefs für Sch. ein Tag der Ernte. Die Menschenfreundlichkeit der Firma wird wohl am besten dadurch bewiesen, wenn festgestellt wird, daß eine Arbeiterin, die schon 18 Jahre dort beschäftigt ist, tage und schreibe pro Woche 9 M. Lohn erhält. Diese Person hat den Titel „Direktrice".

Wollen die anderen Arbeiterinnen etwas zugelegt haben, dann wird ihnen als leuchtendes Vorbild ihre „Direktrice" vor Augen gehalten. Denn es geht doch nicht, daß die gewöhnliche Arbeiterin mehr verdiene als ihre „Direktrice". So wird diese Person als Lohndrückerin ihrer Arbeitskameraden benutzt. — Viel zu wünschen übrig lassen auch die Garderoberäume. — Speiseräume gibt es überhaupt nicht.

Im Grundstück Schönbrunnstraße wird ein Kellerloch als Arbeitsraum benützt. Das Kesselhaus dient gleichzeitig als Bierverkaufsstelle und Ausleseraum für männliche Arbeiter, und der Maschinenraum wird als Portierstube und als Ausleseraum für die Arbeiterinnen benützt. In der Schokoladenabteilung kommt es vor, daß der Lohn Sonnabends erst nach 6 Uhr ausgezahlt wird. Von Mißständen ähnlicher Art könnte noch eine große Reihe aufgeführt werden. Wenn die Gewerbeinspektion mal eine gründliche Revision vornehmen würde, könnte es wahrhaftig nichts schaden. Den Arbeitern ist aber auch zu raten, mehr als bisher sich zu organisieren.

Die Arbeitslosigkeit der Dresdner Bildhauer

die schon seit Jahren leider eine chronische ist, übersteigt im Jahre 1908 alles bisher Dagewesene. Eine genaue Statistik des Vereins Dresdner Bildhauer zeigt, daß im letzten Jahre nur ein verhältnismäßig kleinerer Teil der Bildhauer von der Arbeitslosigkeit verschont blieb, während 20 bis 30 arbeitslose Wochen bei einem Mitgliede keine Seltenheit ist.

So wurden als arbeitslos gemeldet im

1. Quartal	99 Fälle	mit 2467	arbeitslosen	Tagen
2. „	126 „	„ 1651	„	„
3. „	112 „	„ 2750	„	„
4. „	157 „	„ 2942	„	„
Somit zusammen im Jahre 1908	494 Fälle	mit 9800	arbeitslosen	Tagen.

Die ungeheuren Zahlen zeigen sich erst in einem drastischen Lichte, wenn man bedenkt, daß hier nur eine Verwaltungsstelle von rund 200 Mitgliedern in Betracht kommt. Daß die Organisation zur Linderung der Not und Entbehrung ihrer Mitglieder, die bei dieser Arbeitslosigkeit unausbleiblich sind, getan hat, was in ihren Kräften stand, beweist, daß die Verwaltungsstelle im Jahre 1908 5021 M. an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung auszahlte.

Leider ist keine Aussicht vorhanden, daß eine Gesundung der Berufsverhältnisse durch Zunahme von Arbeitsgelegenheit in absehbarer Zeit eintreten könnte. Die moderne Richtung im Kunstgewerbe, die den bildnerischen Schmuck herabmindert, und nicht zuletzt der Appell des deutschen Reichskanzlers, bei staatlichen und städtischen Bauten mehr Sparsamkeit walten zu lassen, hat zur Folge, daß die Arbeitslosigkeit im Bildhauerberufe in noch verschärfterer Form auftritt. Wann aber werden Staat und Gemeinden zur Einsicht kommen, daß es ihre soziale Pflicht ist, arbeitslose Mitbürger vor Not und Entbehrung zu schützen?

Inland.

Eine sonderbare Entscheidung über die Konkurrenzklausel.

f. In einem soeben erlassenen Urteil des 2. Zivilsenats des Reichsgerichts wird die Frage, unter welchen Umständen ein Vertrag mit Konkurrenzklausel den guten Sitten widerspricht, in recht eigentümlicher Weise entschieden. Es hatte sich 1901 ein Geschäftsführer einer G. m. b. H. gegenüber verpflichtet, nach seinem event. Austritt aus dem Geschäft bis zum Jahre 1912 kein Konkurrenzgeschäft in Deutschland bei 20 000 M. Konventionalstrafe zu errichten. 1907 wurde er entlassen und nun forderte er vor Gericht Nichtigkeitserklärung dieser Vertragsbestimmung, weil sie ihn in seiner Erwerbstätigkeit derartig beschränke, daß sie gegen die guten Sitten verstoße. Landgericht und Oberlandesgericht kamen dem auch nach, das Reichsgericht hob aber das Urteil auf aus folgenden Gründen: Das Oberlandesgericht hat den Vertrag zunächst von dem allgemeinen Gesichtspunkt aus geprüft, ob die dem Kläger erfolgte Verpflichtung nach Ort, Zeit und Gegenstand so weit gehe, daß sie zur Vernichtung seiner wirt-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090215/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

nicht in den Wohnungen niederkommt, sondern in öffentlichen und privaten Anstalten. Da diese Mütter meist ohne private Mittel sind, so verstärken sich die traurigen Verhältnisse schon bei der Geburt des Kindes. Nichts natürlicher, daß die Lebensbedingungen der unehelichen Kinder solcher Mütter, die verlassen sind, keine Mittel haben und wo der uneheliche Vater nicht sorgt, noch viel schlechtere als bei den anderen sind. — Ein weiterer wichtiger Umstand sei der Pflegewechsel. Nach derselben Statistik hatten 90 Prozent aller unehelichen Kinder ihre Pflege ein oder mehrere Male gewechselt. Im ersten Lebensjahre werde durch den Wechsel in der Pflege die Sterblichkeit direkt verursacht. Im schulpflichtigen Alter bilde der Wechsel in der Pflege geradezu die Bedingung zur Verwahrlosung, die bekanntlich auch vielfach bei unehelichen Kindern anzutreffen ist. Und der häufige Wechsel in der Pflege hat wieder zur Grundlage die ungenügende Alimentation.

Zu welchen Pflegeformen wachsen nun die unehelichen Kinder auf? Entweder kommen sie zur Mutter, die ledig bleibt, oder sie kommen in die sogenannte Stiefvaterfamilie. Möglich sei auch die Aufnahme in die Stiefmutterfamilie, was aber selten vorkomme. Oft geht auch die Mutter zu Verwandten und nimmt das Kind mit oder das Kind kommt allein zu Verwandten. Das schlechteste bei alledem aber ist, wenn diese Formen der Pflege nicht stabil sind. Kommt das Kind zu den Großeltern, eine der glücklichsten Formen, so tritt z. B. sehr oft der Fall ein, daß die Großeltern wegsterben und die Armenbehörde eingreifen muß. Nur die Kinder haben Aussicht, in ständiger Pflege aufzuwachsen, die entweder bei den Verwandten der Mutter Zuflucht finden oder bei der Mutter allein aufwachsen. Letzteres aber sei sehr selten, weil eben nur wohlhabendere Mütter die Erziehung selbst übernehmen können. Gut sei es auch, wenn das Kind in die Stiefvaterfamilie kommt. Hinsichtlich der Legitimation der Kinder sei festgestellt, daß im 1. Lebensjahre 10 Proz. der unehelichen Kinder legitimiert werden, nämlich wenn die Mutter den Vater heiratet.

Die Stiefvaterfamilie habe große Bedeutung für die Aufziehung der unehelichen Kinder, von denen 35—40 Prozent in solchen zu finden sind. Man kann sagen, daß sie dort gut erzogen werden, vorausgesetzt, daß die Gründung der Stiefvaterfamilie bald nach der Geburt des Kindes erfolgt. Es sei also eine irrige Anschauung, daß die Stiefväter die Kinder oft mißhandeln, einzelne Fälle natürlich ausgenommen, in denen aber meist das Kind erst spät in die Stiefvaterfamilie aufgenommen worden sei.

Ein Blick auf die sozialen Verhältnisse zeige, daß die unehelichen Mütter zu etwa 90 Prozent den unteren Ständen und niederen Berufen angehören. Die übrigen 10 bis 15 Proz. entstammen meist kleinbürgerlichen Familien. Sind die Mütter in der Großstadt geboren, so sind es in der Mehrzahl Arbeiterinnen, stammen sie aus kleinen Städten und vom Lande, ist die größere Hälfte Dienstmädchen. Von den Vätern waren — nach den in Frankfurt a. M. gemachten Erhebungen — 40 Proz. gelernte und 25—30 Proz. ungelernte Arbeiter. Der Rest verteile sich auf die übrigen Berufe. Die „hohen Stände", wo man auf einen Mißbrauch der Dienstmädchen schließen könnte, waren mit 3,8 Prozent beteiligt. — Interessant ist ferner, daß der Prozentsatz der Militärtauglichen der in Stiefvaterfamilien erzogenen unehelichen Kinder ein günstigerer ist, als der der ehelichen Kinder; während von den in fremder Pflege erzogenen 32 Proz. als tauglich befunden wurden, sind es bei den verwaisten Kindern 41 Proz. Daraus ist zu folgern, daß es besser ist, die Mutter stirbt, als sie bleibt am Leben und verheiratet sich nicht wieder, weil sie eben wirtschaftlich zu schwach ist, um das Kind ordentlich erziehen zu können. Das alles sei eine harte Anklage gegen die bisherigen sozialpolitischen Maßnahmen auf diesem Gebiete. Der Ueberblick über Lage und Schicksal der unehelichen Kinder lehre, daß letztere, wenn sie nicht im frühen Lebensalter sterben, einer körperlichen, beruflichen und moralischen Degeneration entgegengehen.

Was für sozialpolitische Maßnahmen hat man nun bisher getroffen, um helfend einzugreifen? Man habe die Vorschrift im Bürgerlichen Gesetzbuch, daß der uneheliche Vater für sein Kind aufzukommen hat, man habe die ehrenamtliche Vormundschaft, die gesetzlich vorgeschriebene Aufsicht über die Säuglingspflege, vielfach auch, wie in Dresden und Leipzig, die Einrichtung der Ziehkinderpflege, unter ärztlicher Aufsicht stehend. Alle diese Maßregeln sind aber unvollständig, weil ihrer nicht alle unehelichen Kinder teilhaftig werden. Die Vormundschaft sei der alleinige Boden, auf dem alle unehelichen Kinder in Fürsorge kommen können.

Es sei deshalb zu fordern, daß die ehrenamtliche Vormundschaft in eine öffentliche Berufsvormundschaft umgewandelt wird, daß dem Berufsvormunde ein Stab von Pflegern und Aerzten zugeteilt wird. Dieser müsse auch juristische Kenntnisse haben und imstande sein, die berufliche Auswahl zu leiten. Nur dadurch (?) könne die Degeneration der unehelichen Kinder verhütet werden. Gleichzeitig würde durch die Berufsvormundschaft eine Reihe von zersplitterten Reformbestrebungen zusammengefaßt und so ein neuer Zweig der Sozialpolitik geschaffen werden. Dadurch, daß sie die Kraft der Bevölkerung bewahren und vermehren würde, bringe sie ganz bedeutende Kraft in die Bevölkerung hinein, würde sie zum Erfolge haben die Bewahrung und Höherbildung ungezählter Bevölkerungselemente.

Arbeitslose und Stadtverwaltung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten hat folgenden Antrag im Stadtparlament eingebracht:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen: 1. Arbeiten in größerem Umfange als bisher zur Milderung der Arbeitslosigkeit bereitzustellen und sofort in Angriff zu nehmen; 2. allen schulpflichtigen Kindern beschäftigungsloser Arbeiter auf Kosten der Stadt ein warmes Mittagessen zu verabreichen; 3. den Arbeitslosen, die keine Beschäftigung erhalten können, bis zur Behebung ihrer durch die Arbeitslosigkeit erzeugten Notlage eine Barunterstützung zu gewähren, die nicht als Armenunterstützung angerechnet werden darf, und hierzu aus disponiblen Mitteln 30 000 M. bereitzustellen; 4. den Sozialen Ausschuß zu beauftragen, die Frage der kommunalen Arbeitslosenunterstützung zu erwägen, die Erfahrungen anderer Städte hierzu als Unterlage zu benutzen und den Stadtverordneten hierüber baldigst eine Vorlage zugehen zu lassen.

Dieser Antrag wird in der Sitzung vom nächsten Donnerstag auf die Tagesordnung kommen.

Das Elend.

Wir lesen im Dresdner Anzeiger: „Die Mittagssuppenausgabe im Asyl für obdachlose Männer, Käufferstraße 11, ist jeden Tag sehr stark besucht, denn es haben vom 2. Januar bis jetzt 5413 Männer, Frauen und Kinder gespeist und sich erwärmt. Es bekommt jedes für 5 Pf. einen großen Napf guter Grießsuppe und ein Stückchen Brot, so daß der stärkste Esser vollständig satt wird. (?) Viele erscheinen aber auch, die nicht in der Lage sind, 5 Pf. bezahlen zu können, es wird aber niemand hungrig abgewiesen. Der Verein wird dadurch sehr in Anspruch genommen und man bittet deshalb um neue Geldmittel. Speisemarken zu 5 Pf. zum Verschenken an Bedürftige sind zu haben in den Zigarrengeschäften von Richard Kramer, Hauptstraße 24, und Oskar Kreiser, Bismarckplatz 4, sowie an der Kassenstelle im Volksbad, Elisenstraße 31, und beim Asylinspektor, Käufferstraße 11. Viele von den Leuten erscheinen zu Mittag, sowie auch abends, wo sie sich obdachlos melden, oft in sehr erbärmlicher Kleidung, so daß man bei solcher Kälte gegen die Leute Mitleid haben muß. Man bittet deshalb um abgelegte Kleidungsstücke und Schuhwerk, so daß man den Leuten je nach dem äußersten Bedarf aushelfen kann. Die Sachen werden gern abgeholt, man bittet nur, dem Asylinspektor Notiz zu geben." — Himmelschreiendes Elend der Massen spricht aus diesen Angaben! Ein Elend, so groß, daß es private Wohltätigkeit kaum zu mildern, geschweige denn zu beseitigen vermag.

Die Interimsbrücke frei!

Nach gründlichen Untersuchungen hat sich ergeben, daß Joche und Eisenkonstruktionen der Hilfsbrücke nur kleine Schäden durch die Eisschollen erlitten haben. Auf der Neustädter Brückenseite werden neben den beschädigten Stützen besondere neue Unterstützungen angebracht und die beschädigten durch neue ersetzt. Diese Arbeiten sind derart gefördert worden, daß von gestern (Sonntag) früh an die Hilfsbrücke für den Fußgängerverkehr wieder freigegeben worden ist. Die übrigen Sicherungsarbeiten, die zur Sicherung des gesamten Fahrverkehrs, insbesondere des Straßenbahnverkehrs dienen, werden noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Es handelt sich dabei um die Herstellung der zerstörten Joche der Pfahlbrücke auf Neustädter Ufer. Mit Rücksicht auf den neuen Eisgang wird die Brücke wieder in völlig widerstandsfähigen Zustand gesetzt werden. Diese Arbeiten laufen nebeneinander her, ihre Ausführung wird aber durch den Frost außerordentlich erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht. Zu diesen Vorsorgearbeiten gehören die Fortsetzung der Betonierung der Pfeilerkerne und die Neuerrichtung beziehungsweise Ausbesserung der verloren gegangenen oder beschädigten Eisbrecher. Die vorhandenen, aber geschwächten Teile werden durch Eisen armiert und verstärkt werden.

Postverkehr.

Vom 1. März an sollen in Dresden die Paket-Annahmestellen der Postämter bereits abends um 7 Uhr geschlossen werden. Ausnahme davon machen nur die Postämter 6 in Dresden-Neustadt und 7 auf dem Altstädter Bahnhof, wo nach wie vor bis 8 Uhr abends Pakete angenommen werden. Eine weitere Aenderung ist für Sonn- und Feiertags vorgesehen, an denen Schalterdienst in der Zeit von 8 bis 9 und 11 bis 12 Uhr abgehalten wird. Die Stunde von 12 bis 1 Uhr kommt in Wegfall. Der Beginn des Schalterdienstes ist auch für das Sommerhalbjahr auf 8 Uhr festgesetzt anstelle des Beginns um 7 Uhr. Nur bei den Ausgabestellen verbleibt es im Sommer noch beim bisherigen Dienstbeginn.

Von einem „edlen Stifter"

erzählt die Dresdner Rundschau folgendes: „Unser Bismarckplatz wird demnächst einen plastischen Schmuck in Form eines Brunnens erhalten. Der im September vorigen Jahres in Leipzig verstorbene praktische Arzt Dr. Heinze hat der Stadt Dresden bekanntlich 15 000 M. zur Errichtung eines Brunnens gestiftet, der zum Andenken an seine verstorbene Gattin, die Malerin und Radiererin Heinze, den Namen Marienbrunnen führen soll. Man muß es dem verstorbenen Dr. Heinze lassen: er war ein sehr praktischer Arzt. Mit einem Geschenk an die Stadt Dresden verband er gleichzeitig einen rührenden Akt der Pietät. Wie wird man seinen Namen preisen, der sonst vielleicht dem Schoße der Vergessenheit anheimgefallen wäre. Nur die Tochter eines Gutsbesitzers in Meißen dürfte nicht mit einstimmen in den Hymnus, den irgendein rhetorischer Meister bei der Enthüllung des Brunnens dem edlen Stifter zweifellos widmen wird. Ihr gegenüber hat sich der verstorbene Dr. Heinze weniger generös gezeigt. Besagte Gutsbesitzerstochter schenkte vor etwa acht Jahren einem Kinde das Leben, dessen Vater der edle Stifter ist. Vor etwa Jahresfrist fertigte Dr. Heinze die Kindesmutter mit einem für das Kind hinterlegten Depot von 1500 M. ab, das nach dem 16. Lebensjahre seiner illegitimen Tochter zur Auszahlung gelangt. Bis dahin muß die Mutter zusehen, wie sie mit einem monatlichen Zinsgenuß von zirka 5 M. den Unterhalt des Kindes bestreitet. Man ließ sich auf den damaligen Abfertigungsvorschlag ein, weil man nicht wußte, daß Dr. Heinze so vermögend war, um einstens der Stadt Dresden einen Brunnen im Werte von 15 000 M. stiften zu können." — Das ist allerdings ein lieblicher Kommentar zu dieser Stiftung.

Selbstmord.

Am Grabe seiner Ehefrau erschoß sich am Sonntag vormittag auf dem Trinitatisfriedhofe der Kaufmann Erhardt Schnieder aus Großröhrsdorf im Alter von 50 Jahren infolge eines hartnäckigen Leidens.

Zusammenstoß.

Ein von Mickten nach dem Stadtinnern fahrender Motorwagen stieß am Sonnabend nachmittag mit einem schwer beladenen Wagen auf der Leipziger Straße so heftig zusammen, daß der vordere Standplatz schwer beschädigt wurde. Der Motorwagen mußte sofort nach dem Depot zurückgebracht werden. Der Kutscher des Lastgeschirres war beim Herankommen der „Elektrischen" gerade dabei, sein Geschirr umzuwenden und mag dabei die Besonnenheit verloren und dadurch den Zusammenstoß verschuldet haben.

Vermißt wird seit acht Tagen der in Dresden-Löbtau wohnende 34 Jahre alte Brauer Bruno Sinuß, der mit rotgestreiftem Hemd ohne Monogramm, schwarzer Hose, grauer Joppe und braunem weichem Filzhut bekleidet war. Der Verschwundene ist etwa 1,65 Meter groß, hat blondes Haar, kleinen Schnurrbart, trägt Brille und ein doppeltes Bruchband, sowie ein Taschentuch, gezeichnet B. S. Angaben über seinen Verbleib erbittet der Vater Adalbert Sinuß, Bischofswerda, Goldbacher Weg 3. — Wie uns noch mitgeteilt wird, wollte S. am vorigen Montag nachmittags zum Arzt gehen, weil er etwas nervenleidend war. Von diesem Gange ist er nicht zurückgekehrt.

Vierter Wahlkreis. Die organisierten Frauen von Pieschen-Trachenberge werden auf den morgen Dienstag, abends 9 Uhr, im Restaurant zur Börse, Leipziger Straße, stattfindenden Frauendiskussionsabend aufmerksam gemacht.

Vermischte Nachrichten. Die Gesamtzahl der im vergangenen Monat im hiesigen elektrischen Straßenbahnbetrieb vorgekommenen Unfälle betrug 24, darunter 23 Zusammenstöße. Bei 6 Unfällen wurden 9 Personen verletzt. — Im gleichen Monat gelangten bei der Polizeidirektion 17 Selbstmorde und 10 Selbstmordversuche zur Anzeige. — Die Einwohnerzahl Dresdens mit Albertstadt wurde am 1. Januar auf 545 100 geschätzt. — Infolge der Glätte stürzte am Sonnabend abend in der Vorstadt Löbtau auf der Kesselsdorfer Straße bei dem Restaurant Zur scharfen Ecke ein älterer Mann zu Boden, der sich nach seinem Wohnort Gorbitz begeben wollte. Er trug anscheinend erhebliche Verletzungen davon, so daß er mittels Krankenwagens nach dem Friedrichstädter Krankenhause transportiert werden mußte.

Kaufmannsgericht.

Im September 1907 hat sich der Handlungsgehilfe Lehmann dem Kaufmann Zschätzsch als Reisender an. Z. war nicht abgeneigt, L. zu beschäftigen, und es fand eine Unterredung in Z.s Wohnung statt. L. verlangte festes Gehalt und Spesen, Z. lehnte dies aber ab. Schließlich einigten sich beide dahin, daß L. einen Teil des Verdienstes haben sollte. L., der seine Tätigkeit einstellen mußte, weil Z. Konkurs machte, verlangt jetzt 205,05 M. Gehalt und Provision. Er behauptet nämlich, es sei ein festes Gehalt vereinbart worden. In der gegen den Konkursverwalter Kommissionsrat Konzler gerichteten Klage wird Z. als Zeuge vernommen und bestreitet in Abrede, daß bei dem Engagement über Gehalt, Spesen und Kündigung etwas vereinbart worden sei. Er habe L. — je nach Bedarf — wie dieser es verlangte und wie er es hatte — etwas ausgezahlt. Insgesamt seien das außer einem weiteren erheblichen Betrag ... Mark gewesen. L. habe zwar öfters wegen Geld gedrängt, aber niemals vom Gehalt gesprochen. Erst später wurden einmal ... Vereinbarungen getroffen, und zwar dergestalt, daß L. die Hälfte des Bruttogewinns als Provision haben sollte. Bei dieser ganzen Sachlage war es sehr fraglich, ob L. als Reisender anzusehen war. Die Schwierigkeiten wurden behoben durch einen Vergleich, wonach für den Kläger 50 M. als bevorrechtigte Forderung zu der betreffenden Konkurstabelle festgestellt werden. (Vorsitzender: Gewerberichter Meding. Prinzipals-Beisitzer: Kaufleute Krüger und Wartner. Angestellten-Beisitzer: Verkäufer Zimmermann und Lagerist Beuschel.)

Aus der Umgebung.

Kemnitz. Mittwoch den 17. Februar, abends 7½ Uhr, findet im Wettinschlößchen öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderen wichtigen Punkten: Bericht aus dem Schulvorstand, Schleusenbau vordere Zschonergrundstraße. Zahlreiches Erscheinen der Genossen wird erwartet.

Reick. Morgen Dienstag, abends 7 Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung im Gasthof zu Reick.

Bühlau. Mittwoch den 17. Februar, abends 7 Uhr, findet im Rathaussaale öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Hauptpunkt der Tagesordnung: Erste Lesung des Regulativs über die Einführung einer Wertzuwachssteuer.

Heidenau. Mittwoch den 17. Februar findet öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Kreischa. Die Frage der Uebernahme der Armenlasten von den Gemeinden auf den Staat ist auch vor nicht langer Zeit in unserem Gemeinderat verhandelt worden. Der Gemeinderat in seiner Mehrheit lehnte es ab, eine diesbezügliche Petition an die Regierung einzureichen. Unsere Genossen begründeten obige Forderung u. a. mit dem Hinweis, daß die vielen Abschiebungen der ganz Armen durch die Gemeinden nur vorgenommen werden, um die Allerärmsten nicht heimatsberechtigt werden zu lassen. Der Gemeindevorstand suchte diese Begründung dadurch abzuschwächen, daß er erklärte, ein derartiges Vorgehen seitens der Gemeinden gebe es kaum noch. Trotz dieser Erklärung bekam die kürzlich nach hier verzogene Witwe, kurz nachdem sie eingezogen war, wieder von ihrem Hauswirt gekündigt. Auch wurde ihr mehreremal in unsanfter Weise bedeutet, daß sie sofort heraus müsse. Anderweit konnte die Frau auch keine Wohnung bekommen. Vom Gemeindeamt wurde ihr auch angedroht, daß sie wieder in ihren Heimatsort müsse. Sie solle sich nur um einen Begünstiger kümmern. Auf Vorhalten der Frau, daß sie kein Geld habe, um sofort wieder ausziehen zu können, erhielt sie die Antwort, dann müsse es die Gemeinde bezahlen. In einer Gemeinderatssitzung wurde auf Antrag des Gemeindevorstandes beschlossen, diese Frau nicht heimatsberechtigt werden zu lassen! Weinend erklärte die Frau, daß sie sich gern ernähren wolle, wenn sie nur nicht ins Armenhaus in ihre Heimat abgeschoben würde. — Man sieht, wie die Erklärungen des Gemeindevorstandes zu bewerten sind. Durch Uebernahme der Armenlasten auf den Staat wäre solch barbarischen Zuständen ein Ende gemacht.

Versammlungskalender für Dienstag.

Städtische Arbeiter. Abends 8½ Uhr öffentl. Versammlung in Odeum.
Metallarbeiter. Abends 8½ Uhr Vertrauensmänner-Versammlung im Volkshaus.
Verein für Volksgesundheit. Abends 8½ Uhr Vortrag u. Mitgliederversammlung in den Saxoniasälen, Mauerstraße.
Maschinisten u. Heizer. Abends 8 Uhr Fastnachtsfeier in Leipers Gasthof, Pieschen.
Bezirk Löbtau. Abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung in Bürgergarten.
Bezirk Naußlitz. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung in der ...
Klein-Zschachwitz. Abends 8½ Uhr Volksversammlung in der Goldenen Krone.
Naturheilverein im Plauenschen Grunde. Abends 8½ Uhr Vortrag im Gasthof zum Sächsischen Wolf.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Der Tod durch eine Ohrfeige. Am 7. September v. J. fuhr der 1876 geb. Maurer Friedrich Oswald Fischer mit einem gewissen Lehmann mit Pferd und Wagen nach Wilsdruff, um Obst zu laden. Unterwegs kehrten sie in verschiedenen Kneipen ein, so daß sie abends bezecht waren. Im Laufe des Nachmittags handelte der Fuhrwerksbesitzer Lorreck in Wilsdruff mit F. um dessen Pferd. F. hatte gar keine Neigung, sein Pferd zu verkaufen, sagte dies aber dem handelslustigen Lorreck nicht klar und deutlich. Sie besuchten zusammen mehrere Kneipen und einen Zirkus und landeten zuletzt in der Weinstube von ... in Wilsdruff. Hier fing Lorreck wieder vom Pferdehandel an. F. sagte scherzhaft: „Wenn du 40 Taler herlegst, kriegst du das Pferd." L. nahm das für Ernst, ging nach Hause und holte 120 Mark. Fischer ging aber auf den Handel nicht ein, mit dem Hinweise, daß das ja gar nicht 40 Taler seien. (Die Taler gab es damals nicht mehr). Es wurde nun weiter gezecht. Schließlich spannte der Fuhrwerksbesitzer dem bezechten F. das Pferd aus und schaffte es in seinen Stall. Währenddem kam F. heraus und sah nun natürlich, daß sein Pferd weg war. Er suchte schleunigst den Schutzmann in seiner Wohnung auf und weckte ihn. Lorreck hatte sich die Sache mit dem Pferde inzwischen aber wieder anders überlegt und brachte es zurück, weil es ihn gebissen hatte, als er es im Stall anhängen wollte. Der Schutzmann wurde deshalb benachrichtigt, daß er sich nicht zu bemühen brauche. Beim Einschirren des Pferdes kam es zu einem Streit, in dessen Verlauf F. dem Lorreck eine Ohrfeige gab, daß er gleich zu Boden stürzte. Er stand auf und ging auf F. zu. Dieser versetzte ihm eine zweite Ohrfeige mit derselben Wirkung. Als Lorreck nun immer wieder auf ihn zukam, gab F. ihm eine dritte Ohrfeige mit den Worten: „Jetzt gebe ich dir eine, daß du schläfst." Nach dieser Ohrfeige blieb Lorreck liegen. F. trug den Bewußtlosen in die Weinstube, der Wirt wollte aber den vermeintlich Betrunkenen nicht im Lokal haben. F. trug ihn deshalb wieder hinaus und setzte ihn an die Wand neben die Treppe, die zum Lokal führt. Dieser Vorgang spielte sich zwischen 2 bis 3 Uhr nachts ab. Am Morgen wurde L. etwa zwei Meter von der Treppe entfernt liegend gefunden. Man benachrichtigte seine Frau, die ihn auf einem Handwagen nach Hause fuhr. Dort lag er drei Tage besinnungslos. Dann sprang er auf, zog sich notdürftig an, wobei er auch alles verkehrt anzog, und ging in diesem Aufzuge in das Restaurant zum ...haus. Er machte dabei einen ganz verstörten Eindruck und man brachte ihn deshalb gleich wieder nach Hause. Denselben Tag noch brachte man ihn ins Krankenhaus, wo er mehrere Tage danach verstarb, ohne zur Besinnung gekommen zu sein. Fischer hatte sich deswegen vor der zweiten Strafkammer zu verantworten. Zur Verhandlung waren außer dem Gerichtsarzt Dr. med. Oppe als Sachverständigen noch fünf Zeugen geladen. Der Verstorbene wird als Alkoholiker bezeichnet. Die Sektion ergab zwei Schädelbrüche, die nach Ansicht des Gerichtsarztes zu einer Gehirnhautinfektion führten. Als Todesursache ist die Gehirnhautinfektion anzusehen. Vermutlich ist die dritte Ohrfeige wieder die Ursache der Schädelbrüche gewesen. Die Anklage nimmt nur gefährliche Körperverletzung an. Das Gericht erkennt auf 6 Monate Gefängnis, weil es nicht annimmt, daß der Tod durch den Schlag verursacht worden ist. — Der Angeklagte hat schon einmal einen Ziegelträger mit dem Bierglas niedergeschlagen!

Deutscher Reichstag.

Sitzung. Sonnabend den 13. Februar, vormittags 11 Uhr.
Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg und
aw.

Ein Nachtragsetat (4½ Million Mark zur Vergin-
mehr ausgegebener und neuer Schatzanwei-
gen und 1718 320 M. zur Vervollständigung der Kosten
Berufs- und Betriebszählung) wird in dritter
ung nach einigen Bemerkungen der Abgeordneten Graf
ß (kons.), Arendt (Reichsp.) und Speck (Zentr.) be-
t.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats
das Reichsamt des Innern, beginnend beim Kapitel
chsgesundheitsamt".

Abg. **Brühne** (Soz.): Das Reichsgesundheitsamt sollte sich
l gründlich mit der Untersuchung der gesundheitlichen Zu-
in den chemischen Fabriken beschäftigen. Es haben sich dort
Uebelstände herausgestellt, so daß es dringend notwendig wäre,
lte sich weiter auch einmal ernstlich mit der Frage beschäftigen,
Unglücksfällen und Krankheiten genügend für ärztliche Hilfe
t ist. An das Wort des Staatssekretärs, daß es ein Rückfall
ialpolitische Zustände sei, wenn Aerzte Schwerkranken die Hilfe
igern, anknüpfend, kommt Redner auf den Kölner Kassen-
t zu sprechen und bespricht die bekannten Fälle, in welchen
tsächlich Schwerkranken, insbesondere in Lebensgefahr
enden Kindern, jede Hilfe verweigerten, als sie hörten, daß
Vater Kassenmitglied war. Redner wünscht und glaubt auch,
as Haus darin einig ist, solche Dinge mögen in Zukunft nicht
vorkommen, und betont ausdrücklich, daß er annimmt, das
der Aerzte in Köln sei mit solchem unmenschlichen Vorgehen
Kollegen nicht einverstanden. Es ist durchaus unrichtig, wenn
vielfach behauptet wird, die Krankenversicherung werde auf
der Aerzte geleitet. Die Statistik des Reichsgesundheits-
zeigt, daß die Kassen im Jahre 1906 148 Millionen Mark
ben hatten, davon an Aerzte 47 Millionen, für Arzneien 36
nen, zusammen also 83 Millionen, weit mehr als die Hälfte
eit nicht als die Kranken bezogen. (Hört, hört! bei den Soz.)
betone aber nochmals, daß ich wünsche, daß die Streitfragen
en Aerzten und Krankenkassen beim neuen Versicherungs-
schiedsgerichtlich geregelt werden.

Ich wende mich zu den Verordnungen, die Schutz für Leben
Gesundheit der Arbeiter betreffen, aber leider nicht genügend
ten werden. Ein Fabrikinspektor berichtet, daß er in einem
ebe fünf Arbeiter fand, die Kost und Logis hatten und denen
nen nur ein einziges Bett zur Verfügung stand. (Hört, hört!
Soz.) Sie arbeiteten schichtweise und legten sich auch schicht-
schlafen. Gesundheitsfördernd ist das nicht! (Sehr wahr!
Soz.) Die Aufsichtsbeamten klagen in einer ganzen Reihe von
, daß das Gesetz versagt. Was will es denn auch heißen,
ein Ziegeleibesitzer, der einen elfjährigen Knaben 8 bis
stunden hindurch beschäftigt hat, schließlich mit 3 M. Geldstrafe
wird. Wie das Kinderschutzgesetz in Bäckereien mißachtet wird,
bekannt. Selbst in Berlin gibt es viele Bäckereien, wo fünf-
chjährige Kinder mit Austragen beschäftigt sind und bereits
Uhr früh beginnen. Nur die bitterste Not kann Eltern dazu
n, ihre Kinder hierzu herzugeben. (Lebh. Sehr richtig! b. d.
Diese Kinder können in der Schule nichts lernen und auch
zu gesunden Arbeitern werden. (Zustimmung b. d. Soz.)

Es wäre wünschenswert, daß sowohl gegen diese Ueber-
gen sowie auch gegen die Mißhandlung Minderjähriger derart
angen würde, daß wir in den nächsten Jahren uns mit solchen
nicht mehr beschäftigen müssen. (Zustimmung b. d. Soz.)
Besserung wird aber nicht eher eintreten, ehe man sich nicht
ließt, Gewerbeaufsichtsbeamte aus den Reihen der Arbeiter
anzustellen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Mugdan** (freis. Volksp.): Dem Wunsche des Abg.
me, die Streitigkeiten zwischen Aerzten und Kassen durch Schieds-
te zu beseitigen, stimme ich zu. Die von ihm angeführten Fälle
lin verurteile ich gerade so wie er, falls sie vorgekommen sind.
großen Teil der Schuld tragen aber die Kassenvorstände, welche
vor Monaten in die Welt posaunten, sie hätten genügend Aerzte,
ben nicht der Fall ist. An den Staatssekretär richte ich die
, wann wir ein einheitliches Hebammengesetz zu erwarten
. Auf einem gut ausgebildeten Hebammenstand beruht unsere
Zukunft. (Heiterkeit.) Die Hebammen sowie auch das
kenpflegepersonal sollten den Segen der Arbeiterversicherung
genießen.

Die Bleiweißvergiftungen betreffend ließen sich die meisten
vermeiden, wenn die Arbeiter mehr Aufmerksamkeit den Ver-
ungen und Gesetzen entgegenbrächten. (Bravo! b. d. Freis.)

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. **Bumm**: Herr Brühne
zu unrecht die sanitären Zustände der chemischen Fabriken be-
ndet. Deutschland kann auf seine chemische Industrie stolz sein.
r richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Bleiweißgefahr ist aller-
s eine furchtbare. Aber sie ist längst erkannt und mit ihrer Be-
fung beschäftigen sich nicht weniger als fünf Bundesratsverordnungen.

Abg. **Hoch** (Soz.): Herrn Mugdan möchte ich bemerken, daß es
Köln einen Gegensatz zwischen Vorstand und Kassenmitgliedern nicht
ben hat, wie es nach seinen Worten den Anschein haben könnte.
Mitglieder standen hinter dem Vorstand, einschließlich der Unter-
ner. (Hört, hört!) Herr Dr. Mugdan hat sich die Kontrolle der
meinem Freund Brühne vorgebrachten Fälle reservieren zu müssen
ubt. Aber die Behauptungen der Herren Struve, Mugdan und
rer Vertreter alle zu prüfen ist auch nicht möglich. In einem
, den wir sofort kontrollieren konnten, haben wir allerdings die
chtigkeit festgestellt. (Beifall bei den Soz.)

Der Titel wird bewilligt.

Zum Titel Reichspatentamt wünscht

Abg. Dr. **Junck** (natl.) baldigste Vorlegung der Novelle zum
entgesetz und fragt, wie weit die Verhandlungen mit Amerika über
Patentschutz gediehen sind.

Staatssekretär v. **Bethmann-Hollweg**: Die Novelle befindet sich
Stadium der Verhandlungen des beteiligten Ressorts. Ueber die
handlungen mit Amerika kann ich mich augenblicklich nicht aussprechen.

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Reichsversiche-
gsamt" nimmt das Wort

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Die Kapitalien, die durch unsere
alidenversicherung angesammelt sind, sollten mehr als bisher ge-
nnützigen Unternehmungen zugänglich gemacht werden, für Ver-
rung des Wohnungswesens den Baugenossenschaften u. a. Auch
die Ausdehnung der Heilfürsorge auf dem Lande könnte durch
erstützung von Diakonissinnen- und Krankenpflegestationen mehr ge-
ben. Zu bedauern ist, daß den Gesuchen katholischer Kirchen-
meinden und Korporationen sehr wenig Sympathie entgegen-
racht wird.

Abg. **Bömelburg** (Soz.): Es müßte künftig aus der Statistik
ichtlich sein, wie sich die Unfälle auf die einzelnen Berufe und auf
Größenklassen der Orte verteilen. Vermutlich ist die Unfallziffer
dem flachen Lande bedeutend höher als in den Städten. Zum ersten
ale sind jetzt auch die Berichte der technischen Aufsichtsbeamten der
rufsgenossenschaften gedruckt, bedauerlicherweise dem Reichstag aber
t zugegangen. Ein Exemplar kostet 24 M., was nicht jeder Ab-
ordnete aufwenden kann. Die diesen Berichten beigegebene Statistik
in jeder Beziehung unbrauchbar. Wie ein roter Faden zieht sich durch
die Behauptung, daß die Arbeiter selbst an den Unfällen schuld seien.

Oder ist über ungerechte Angriffe auf die Berufsgenossenschaften
klagt worden. Würden die Arbeiter gemeinsam mit den Unternehmern
Unfallverhütung zusammenarbeiten können, so würde wohl manche
age verstummen. (Zustimmung bei den Soz.) Die Arbeiter müssen
hört werden, ehe Verhütungsvorschriften erlassen werden. Wenn es
um Herbeiführung von Verbesserungen handelt, so nehmen die
beiter an solchen Beratungen den lebhaftesten Anteil, und ihre Vor-
läge sind aus der Praxis geboren.

Ich möchte noch den Wunsch aussprechen, daß das Reichsversicherungsamt dahin wirken möge, mehr Einheitlichkeit in die Verhütungsvorschriften zu bringen. Die einen Berufsgenossenschaften verbieten, was andere gestatten. So schreibt das Reichsmarineamt bei Arbeiten unter 2½ bis 3 Atmosphärenniederdruck vor, daß nur zwei Stunden ununterbrochen gearbeitet werden darf und überhaupt nur vier Stunden innerhalb 24. Die Tiefbauberufsgenossenschaft hingegen gestattet sechs Stunden ununterbrochene Arbeit. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch andere Vorschriften in bezug auf Kleidung, Ernährung x., die beim Marineamt bestehen, hat die Berufsgenossenschaft nicht erlassen. Sie fürchtet, daß sich daraus Lohnerhöhungen ergeben würden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir sind ja gewohnt, daß das Reichsversicherungsamt die Berufsgenossenschaften sehr zart anfaßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es sollte aber nicht vergessen, daß es doch sozusagen auch die Interessen der Versicherten wahrzunehmen hat. (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Behrens** (wirtsch. Vereinigg.) wird aufgerufen, ist aber nicht zur Stelle. **Vogel** (natl.) verbreitet sich über die Berggesetzgebung und führt aus, daß ein Zusammenwirken von Arbeitern und Arbeitgebern segensreicher sein würde als die Menge bergpolizeilicher Verordnungen.

Direktor des Reichsamts des Innern **Caspar** bestreitet, daß die katholischen Korporationen von den Versicherungsanstalten schlechter behandelt werden als die Protestanten, wie Abg. Erzberger gesagt hat. Das Reichsversicherungsamt ist außerstande, den Berufsgenossenschaften schärfere Verhütungsvorschriften aufzuerlegen.

Abg. Dr. **Mugdan** (freis. Volksp.) pflichtet dem Direktor Caspar in bezug auf die Versicherungsanstalten bei.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt das Kapitel Kanalamt.

Abg. **Lehmann** (Soz.): In der Denkschrift der Regierung über die Arbeiterbeschäftigung beim Kanalbau wird gesagt, daß vorzugsweise deutsche Arbeiter herangezogen werden sollen. Das steht aber lediglich auf dem Papier. Ueberwiegend werden ausländische Arbeiter beschäftigt. Weil es im Interesse der Landwirtschaft liegt, wie die Kanalverwaltung sagt, ihr nicht die deutschen Arbeiter zu entziehen. Eine Bestimmung sagt, daß minderjährige Arbeiter aus Schleswig-Holstein am Kanal nicht beschäftigt werden sollen, aus anderen Gegenden Deutschlands nur mit Genehmigung der Verwaltung. Diese Grundsätze schlagen aller Gerechtigkeit ins Gesicht. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel Aufsichtsamt für Privatversicherung beantragt das Zentrum eine Resolution, in der ein Verbot der Verquickung von Zeitungen mit Versicherungen verlangt wird. Abg. Bassermann (natl.) beantragt, unter Ablehnung dieser Resolution eine Denkschrift über den Umfang dieser Verquickung zu verlangen.

Abg. Dr. **Marcour** (Zentr.) erklärt, daß seine Freunde im Falle der Ablehnung der Zentrumsresolution dem Antrag Bassermann zustimmen.

Abg. **Bassermann** (natl.) hält ein direktes Verbot nicht für angängig, obwohl der Uebelstand nicht zu leugnen sei.

Abg. **Frank** (Soz.) befürwortet die Zentrumsresolution vom Standpunkte der Volksbildung, weil auf diese Weise ein großes Publikum sehr leicht zum dauernden Lesen minderwertigen Materials verführt wird, sowie auch vom Standpunkt der Versicherungstechnik, weil Leute, denen es an Erfahrung ermangelt, nach jahrelangem Abonnement durch allerhand Einreden schließlich doch um den Genuß der Versicherung gebracht werden; wenn der Fall eintritt, sei die Verquickung von Zeitungswesen und Versicherung verwerflich. Diese Institution ist die schlechteste Form der Versicherung und die schlechteste Form der Zeitung. Gerade jetzt, wo der Umfang des Uebels noch nicht allzugroß ist, sollte die Gesetzgebung einschreiten. (Bravo! b. d. Soz.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Giesberts** (Zentr.) und **Bassermann** (natl.) wird die Abstimmung über die Resolutionen für die dritte Lesung zurückgestellt und der Rest des Etats nach kurzer Debatte bewilligt. Beim Extraordinarium hatte Abg. Dr. **Jäger** (Zentr.) noch eine weitere Förderung des ländlichen Wohnungswesens befürwortet.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr (Dampfersubvention, Etat des Reichstags und des Reichseisenbahnamts). — Schluß 7 Uhr.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ein Wort an die deutschen Arbeiter.

Die Buchdrucker Amerikas haben eine Delegation nach Europa geschickt, um die Solidarität der Arbeiter in Anspruch zu nehmen.

Die Schriftsetzer der Vereinigten Staaten führen seit mehreren Jahren einen erbitterten Kampf um die Einführung des achtstündigen Arbeitstages.

Allem Widerstande der organisierten Druckereibesitzer zum Trotze ist es ihnen gelungen, im größten Teil der Druckereibetriebe ihre Forderung durchzusetzen, doch setzt ein Teil der verbündeten Druckereikapitalisten den Widerstand fort und wehrt sich besonders auch dagegen, daß in seinem Betriebe die Regeln und Forderungen Geltung erlangen, die die Gewerkschaften zum Schutze und im Interesse ihrer Mitglieder aufzustellen für nötig fanden.

Dieser Teil der Druckereibesitzer der Vereinigten Staaten ist organisiert und führt seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen jede Gewerkschaftsforderung. Kein Mitglied der organisierten Arbeiterschaft wird von diesen Leuten beschäftigt, und offen wird erklärt, daß sie ihren Kampf führen, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten.

An der Spitze dieser Todfeinde der organisierten Arbeit steht eine Firma, die sich „Butterick Publishing Company" nennt und die in Neuyork ihren Sitz hat. Diese Gesellschaft ist eine der größten Verlagshäuser der Welt. Ihr Aktienkapital beträgt über fünfzig Millionen Mark und sie ist die Führerin im Kampfe gegen die organisierte Arbeit ihres Berufs und hat auch die Hilfe der Gerichte in Anspruch genommen, um die Arbeiter ins Gefängnis zu bringen.

Bis zum 24. November 1906 waren bei der „Butterick Publishing Company" nur organisierte Arbeiter beschäftigt. Am genannten Tage stellte die Firma unorganisierte Arbeiter ein, um die Einführung des Achtstundentages zu verhindern, die von der Schriftsetzer-Gewerkschaft verlangt wurde. Seit jener Zeit führen die Buchdrucker Neuyorks und der Vereinigten Staaten ihren Kampf um Anerkennung ihrer Union und um Einführung des Achtstundentages gegen das genannte Verlagshaus. Unsummen von Geldern und Kräften sind darauf verwandt worden, es zum Nachgeben zu zwingen. Nicht ganz vergeblich, denn die „Butterick Publishing Company" hat vom 1. Januar an sich gezwungen gesehen, den Achtstundentag in ihren Betrieben einzuführen. Noch aber verweigern die Leiter des Geschäfts die Anerkennung der Union und die Einführung der Unionregeln in ihrer Druckerei. Sie stützen sich dabei auf den internationalen Charakter ihres Geschäfts. Die Publikationen der „Butterick Publishing Company" werden in der ganzen Welt abgesetzt und in allen Sprachen verbreitet. In Deutschland gibt diese Firma neben den Butterick Schnittmustern die monatliche Zeitschrift Moden Revue, Butterick Moden-Album und Butterick Moden der Hauptstädte heraus, die in Berlin erscheinen. Auf diesen internationalen Charakter ihres Geschäfts gestützt, weigert sich die genannte Firma immer noch, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen. Sie erklärt, daß, wenn die Gewerkschaft der Schriftsetzer auch in den Vereinigten Staaten ihr beträchtlichen Schaden zufügen möge, die Macht der Arbeiterschaft doch nicht so weit reiche, daß sie auch im Auslande Schaden nehmen könne.

Man sieht, diese kapitalistischen Unternehmer rechnen nicht mit der Tatsache, daß die Internationale der Arbeit das Vorbild war aller internationalen Verbindungen und daß die Solidarität eine proletarische Tugend ist.

Wenn die Arbeiter Deutschlands und wenn besonders die Frauen der Arbeiter nur für eine kurze Zeit ihre Schuldigkeit tun und den Modezeitungen und Schnittmustern der „Butterick Publishing Company" die Aufmerksamkeit schenken, die ihnen gebührt, so wird die Solidarität der europäischen Arbeiterklasse durchsetzen, was den amerikanischen Arbeitern allein zu erkämpfen nicht möglich war. Schon hat, wie gesagt, die genannte Gesellschaft sich gezwungen gesehen, den Achtstundentag zu bewilligen. Ein Druck, ein Stoß nur noch ist nötig, um auch die Anerkennung der Gewerkschaft ihr abzuzwingen. Und mit der Niederlage der „Butterick Publishing Company" fällt auch die Unternehmer-Vereinigung, deren leitender Geist sie ist.

Es liegt an den Arbeitern Europas, den Schriftsetzern der Vereinigten Staaten in ihrem Kampfe den Sieg zu sichern.

Lokales.

Lohnbewegung der Dresdner Schneider.

Vom Verband der Schneider ist es gelungen, im Frühjahr 1906 mit dem Arbeitgeberverband einen Tarifvertrag abzuschließen und diesen Vertrag bei fast allen Firmen zur Durchführung zu bringen. Die schon vor 1906 eingetretene und noch immer anhaltende enorme Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse sowie die Unvollkommenheiten und Mängel des Tarifs haben die Organisation veranlaßt, den Vertrag zu kündigen und Neuforderungen einzureichen. Der alte Vertrag läuft Ende März ab, die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind im Gange, haben aber zu einem positiven Ergebnisse noch nicht geführt. Ueber den weiteren Gang dieser Verhandlungen wird später zu berichten sein. Der während der Geltungsdauer des jetzigen Tarifvertrags erfolgte Ausbau der Organisation berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Mit den beiden Firmen: Robert Eger u. Sohn, König-Johann-Straße, und Heinrich Esders, Prager Straße, bestanden bisher Sonderverträge, die gleichfalls gekündigt sind, um auch diese Firmen dem allgemeinen Tarifwesen angliedern zu können. Während die bisherige Haltung des Inhabers der Firma Eger u. Sohn eine friedliche Verständigung mit der Organisation erwarten läßt, sind die bisher gemachten Zugeständnisse der Firma Heinrich Esders derart minimal, daß ein Konflikt der Firma mit ihren Arbeitern unvermeidlich erscheint. Obgleich der Vertrag mit der Firma schon seit dem 1. Januar abgelaufen ist, haben die Arbeiter doch bis jetzt zu den alten Löhnen weiter gearbeitet, um eine friedliche Verständigung zu ermöglichen. Die Firma will auf das von ihr innegehabte Privilegium: ein und dieselbe Arbeit nach verschieden abgestuften Akkordlohnsätzen zu bezahlen, nicht verzichten, während die Arbeiter auf der Einführung einheitlicher Löhne, wie sie in den anderen Geschäften von jeher vorhanden sind, bestehen müssen, weil sie die Erfahrung machen mußten, daß selbst bei buchstabenmäßiger Erfüllung des Vertrags seitens des Unternehmers Lohnerhöhungen jederzeit wieder illusorisch gemacht werden können. Die Arbeiter der Firma nahmen am Freitag den 12. Februar in einer stark besuchten Versammlung nochmals Stellung zu der ganzen Angelegenheit und bekundeten ihren festen Willen, an ihrer Forderung festzuhalten, durch Annahme der unten abgedruckten Resolution. „Nach nochmaliger Kenntnisnahme der bisher zwischen Herrn Huberty und der Verbandsleitung gepflogenen mündlichen und schriftlichen Unterhandlungen kommt die Versammlung zu der Ueberzeugung, daß von einem Entgegenkommen der Firma nicht die Rede sein kann. Sie beauftragt die Verbandsleitung, noch einen letzten Versuch zur friedlichen Erledigung zu machen und in einer in allerkürzeste stattfindenden Versammlung Bericht zu geben. Sollte dieser letzte Versuch ergebnislos verlaufen, so erklärt die Versammlung, ihren Forderungen mit allem Nachdruck und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Geltung verschaffen zu wollen."

Die Mißstände bei der Firma Selbmann.

In der Nr. 34 wurde schon allgemein darauf hingewiesen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Selbmann zu denkbar niedrigsten Lohnsätzen arbeiten. Die meisten der dort Beschäftigten haben „herrende" Verdienste in der Höhe von 6, 8 bis 18 M. zu verzeichnen. Darunter sind Leute, die schon alt, verheiratet und Familienväter sind. Die Firma tut in Wirklichkeit so, als ob sie die Arbeiter aus lauter Mitleid beschäftige. Einen Helfershelfer bei all ihren Maximen hat die Firma in einem Packer namens Schür gefunden. Wo Sch. nur kann, spielt er den Lohndrücker seiner Kollegen. Daß die Firma dem Sch. Vergünstigungen gewährt, ist klar, so ist z. B. die Rückkehr des Chefs für Sch. ein Tag der Ernte. Die Menschenfreundlichkeit der Firma wird wohl am besten dadurch bewiesen, wenn festgestellt wird, daß eine Arbeiterin, die schon 18 Jahre dort beschäftigt ist, sage und schreibe pro Woche 9 M. Lohn erhält. Diese Person hat den Titel „Direktrice".

Wollen die anderen Arbeiterinnen etwas zugelegt haben, dann wird ihnen als leuchtendes Vorbild ihre „Direktrice" vor Augen gehalten. Denn es geht doch nicht, daß die gewöhnliche Arbeiterin mehr verdiene als ihre „Direktrice". So wird diese Person als Lohndrückerin ihrer Arbeitsschwestern benutzt. — Viel zu wünschen übrig lassen auch die Garderoberäume. — Speiseräume gibt es überhaupt nicht.

Im Grundstück Schönbrunnstraße wird ein Kellerloch als Arbeitsraum benutzt. Das Kesselhaus dient gleichzeitig als Bierverkaufsstelle und Ausluchtraum für männliche Arbeiter, und der Maschinenraum wird als Portierstube und als Ausluchtraum für die Arbeiterinnen benutzt. In der Schokoladenabteilung kommt es vor, daß der Lohn Sonnabends erst nach 6 Uhr ausgezahlt wird. Von Mißständen ähnlicher Art könnte noch eine große Reihe aufgeführt werden. Wenn die Gewerbeinspektion mal eine gründliche Revision vornehmen würde, könnte es wahrhaftig nichts schaden. Den Arbeitern ist aber auch zu raten, mehr als bisher sich zu organisieren.

Die Arbeitslosigkeit der Dresdner Bildhauer

die schon seit Jahren leider eine chronische ist, übersteigt im Jahre 1908 alles bisher Dagewesene. Eine genaue Statistik des Vereins Dresdner Bildhauer zeigt, daß im letzten Jahre nur ein verhältnismäßig kleinerer Teil der Bildhauer von der Arbeitslosigkeit verschont blieb, während 20 bis 30 arbeitslose Wochen bei einem Mitgliede keine Seltenheit ist.

So wurden als arbeitslos gemeldet im

1. Quartal	99 Fälle	mit 2467	arbeitslosen	Tagen
2. „	126 „	„ 1651	„	„
3. „	112 „	„ 2750	„	„
4. „	157 „	„ 2942	„	„
Somit zusammen im Jahre 1908	494 Fälle	mit 9800	arbeitslosen	Tagen.

Die ungeheuren Zahlen zeigen sich erst in einem drastischen Lichte, wenn man bedenkt, daß hier nur eine Verwaltungsstelle von rund 200 Mitgliedern in Betracht kommt. Daß die Organisation zur Linderung der Not und Entbehrung ihrer Mitglieder, die bei dieser Arbeitslosigkeit unausbleiblich sind, getan hat, was in ihren Kräften stand, beweist, daß die Verwaltungsstelle im Jahre 1908 5021 M. an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung auszahlte.

Leider ist keine Aussicht vorhanden, daß eine Gesundung der Berufsverhältnisse durch Zunahme von Arbeitsgelegenheit in absehbarer Zeit eintreten könnte. Die moderne Richtung im Kunstgewerbe, die den bildnerischen Schmuck herabmindert, und nicht zuletzt der Appell des deutschen Reichskanzlers, bei staatlichen und städtischen Bauten mehr Sparsamkeit walten zu lassen, hat zur Folge, daß die Arbeitslosigkeit im Bildhauerberufe in noch verschärfterer Form auftritt. Wann aber werden Staat und Gemeinden zur Einsicht kommen, daß es ihre soziale Pflicht ist, arbeitslose Mitbürger vor Not und Entbehrung zu schützen?

Inland.

Eine sonderbare Entscheidung über die Konkurrenzklausel.

f. In einem soeben erlassenen Urteil des 2. Zivilsenats des Reichsgerichts wird die Frage, unter welchen Umständen ein Vertrag mit Konkurrenzklausel den guten Sitten widerspricht, in recht eigentümlicher Weise entschieden. Es hatte sich 1901 ein Geschäftsführer einer G. m. b. H. gegenüber verpflichtet, nach seinem event. Austritt aus dem Geschäft bis zum Jahre 1912 kein Konkurrenzgeschäft in Deutschland bei 20 000 M. Konventionalstrafe zu errichten. 1907 wurde er entlassen und nun forderte er vor Gericht Nichtigkeitserklärung dieser Vertragsbestimmung, weil sie ihm in seiner Erwerbstätigkeit derartig beschränke, daß sie gegen die guten Sitten verstoße. Landgericht und Oberlandesgericht kamen dem auch nach, das Reichsgericht hob aber das Urteil auf aus folgenden Gründen: Das Oberlandesgericht hat den Vertrag zunächst von dem allgemeinen Gesichtspunkt aus geprüft, ob die dem Kläger erfolgte Verpflichtung nach Ort, Zeit und Gegenstand so weit gehe, daß sie zur Vernichtung seiner wirt-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090215/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

geschäftlichen Existenz führen müsse. Hierbei hat das Oberlandesgericht hauptsächlich die Verhältnisse in Betracht gezogen, wie sie sich nach der Entlassung des Klägers gestaltet haben, ohne dabei die zur Zeit des Abschlusses des Vertrags gegebene Sachlage zu berücksichtigen. Für die Beurteilung der Frage, ob ein Konkurrenzverbot den guten Sitten widerspricht, sind nämlich grundsätzlich die Verhältnisse im Zeitpunkte des Vertragsabschlusses maßgebend.

Das heißt, ein Gehilfe kann durch einen Vertrag tatsächlich ruiniert werden, wenn nur das Gericht sagt, beim Vertragsabschluß sei alles „sittlich" vorgegangen.

Aus den Organisationen.

Die Mitgliederzahl des Portefeuillerverbandes betrug am Schlusse des 4. Quartals 3542. Die durchschnittliche Beitragsleistung pro Mitglied betrug 11,47 Wochenbeiträge. Das bedeutet einen Rückgang gegenüber dem gleichen Quartal der fünf letzten Jahre, wo im Durchschnitt 12 bis 12,67 Wochenbeiträge geleistet wurde. Nur im Jahre 1902 war die Durchschnittsleistung niedriger, da aber ganz erheblich, nämlich nur 7,99 Wochenbeiträge pro Mitglied im Quartalsdurchschnitt. Der Vermögensbestand belief sich auf 156 413,67 M. am Jahresschluß 1908. — Der Schiffszimmererverband zählte am Schlusse des 4. Quartals 8763 Mitglieder. — Die Abrechnung des Transportarbeiterverbandes für das 3. Quartal ergab einen Mitgliederbestand von 88 830. Für Unterstützungen außer Streikunterstützung wurden 87 256,84 M. verausgabt, davon 34 070,36 M. für Arbeitslosen- und 37 603,81 M. für Krankenunterstützung. An Streikende wurden 4402,21 M., an Gemaßregelte 8864,90 M. gezahlt. Der Bestand der Hauptkasse betrug 418 347,96 M. — Der Zimmererverband zählte am Schlusse des 3. Quartals 51 068 Mitglieder. Gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres ist ein Mitgliederrückgang von 4567 zu verzeichnen. Für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung wurden 12 609 M. verausgabt. Die Streikunterstützung erforderte eine Ausgabe von 19 062,30 M., die Gemaßregeltenunterstützung eine solche von 2785,44 M. Das Verbandsvermögen betrug am Schlusse des Quartals 1 640 598,96 M., davon 508 956,11 M. Kassenbestände der Zahlstellen.

Ausland.

Uhrenarbeiterstreik in der Schweiz.

Die Krise in der Uhrenindustrie ermutigt die brutalen Kapitalisten, ihren Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben. In der Uhrenfabrik-Aktiengesellschaft zu Reconvillier, wo bisher schon eine Lohnreduktion der anderen folgte, ist den zu einer Versammlung einberufenen Arbeitern vom Verwaltungsratspräsidenten erklärt worden, daß von nun an keine Gewerkschaft mehr geduldet werde, worauf die zirka 350 Arbeiter einmütig die Fabrik verließen und in den Streik traten.

Kein Einheitstarif für Maschinensetzer in der Schweiz.

Verworfen wurde der Einheitstarif für die Maschinensetzer in der Schweiz in der Urabstimmung des Typographenbundes mit 1480 gegen 865 Stimmen. Mit Ausnahme der Berner haben alle großen Sektionen den Tarif verworfen, so z. B. Zürich mit 385 gegen 61 Stimmen. Die Helv. Typographia bemerkt, daß nun trotzdem ein neuerlicher Versuch zur Schaffung eines Einheitstarifes für die Maschinensetzer gemacht werden müsse.

Friede im Schuhmachergewerbe zu Budapest.

Nach längerem Zwist wurde zwischen den Arbeitgebern und den Gehilfen des Budapester Schuhmachergewerbes endlich der Friede wieder hergestellt. Die Gehilfen hatten die vollständige Abschaffung der Heimarbeit gefordert. Die Arbeitgeber haben nunmehr diese Forderung zu erfüllen sich verpflichtet. Zunächst wird für 500 Gehilfen eine mit modernen Maschinen ausgestattete Zentralwerkstätte errichtet.

Der wesentlichste Nutzen für die Gehilfen besteht darin, daß die bei der Heimarbeit fast unausbleibliche Arbeitsdauer von 14 bis 16 Stunden wesentlich abgekürzt wird.

Parteiangelegenheiten.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg tagte am Sonntag und Montag. Zu Vorsitzenden wurden die Genossen Singer-Berlin und Sydow-Brandenburg bestellt. Genosse Hirsch als Referent über die Rechte der Gemeinden verwies darauf, daß er von dem eigentlichen Thema wesentlich abweichen müsse; wollte er über die Rechte der Gemeinden sprechen, so könne er sich sehr kurz fassen und nur erklären, daß die Gemeinden so gut wie gar keine Rechte haben. Er erörtert sodann eine Reihe von Gesetzen, die nicht nur für die Gemeindevertreter, sondern auch für die Wähler von großem Interesse sind, so zum Beispiel die wichtigsten Bestimmungen aus der Städte- und Landgemeindeordnung der östlichen Provinzen, betreffend das Wahlrecht, Wahlverfahren usw.

Sozialdemokratische Bürgermeister.

In Ichtershausen (Herzogtum Gotha) ist Genosse Otto Eberhardt als Schultheiß gewählt worden.

Bei der Bürgermeisterwahl in Mörsch bei Karlsruhe wurde der von der sozialdemokratischen Partei vorgeschlagene Gemeinderat Fütterer mit 37 Stimmen gewählt; der Zentrums-Bürgermeisterkandidat erhielt 30 Stimmen. Der Wahlkampf war ein äußerst heftiger.

Neues aus aller Welt.

Attentate auf Frauen.

Berlin, 14. Februar. Gestern abend gegen 7 Uhr verübte der Messerstecher in der Friedrich-Karlstraße 58, dicht an der Frankfurter Allee, eine neue Untat. Eine 22 Jahre alte Arbeitersfrau Meißner, die dort im zweiten Stock wohnt, kehrte von einem Ausgang zurück und sah, als sie die Treppe des zweiten Stockes erreicht hatte, eine halbe Treppe höher einen unbekannten Mann stehen. Im selben Augenblick kam er herunter und versetzte der Ahnungslosen einen Stich in den rechten Oberschenkel. Die Verwundete [illegible] den Klingeln der Wohnungen. Als jedoch die Hausbewohner herbeikamen, war der Täter spurlos verschwunden. Polizei und Publikum suchten in großer Aufregung die Straßen ab, jedoch ohne Erfolg. Frau Meißner, die sich in gesegneten Umständen befindet, ist nur leicht verletzt.

Berlin, 14. Februar. In der Rother Straße 29 wurde heute nachmittag an einer Korridortüre geklingelt. Das Dienstmädchen öffnete, ohne die Sicherheitskette zu lösen. Sie sah einen jungen Mann, der, ohne ein Wort zu sagen, nach der Hand des Mädchens stach und dann die Flucht ergriff. In der Kieler Straße 74 wurde gegen 7 Uhr abends die Schlächtersehefrau Marie Fikas von einem Manne, der auf sie zusprang, durch einen Stich in den rechten Oberschenkel leicht verletzt. Das Werkzeug scheint in diesem Falle etwas breiter gewesen zu sein als in den anderen Fällen. Die Frau befindet sich in ärztlicher Behandlung. Niemand hat den Täter gesehen.

Berlin, 14. Februar. Heute nachmittag erhielt in Hohenschönhausen eine Frau von einem Unbekannten einen Messerstich gegen den Unterleib, der am Korsett abprallte, und einen Faustschlag ins Gesicht. Der Täter entkam.

•

Berlin, 15. Februar. In der Oudenarderstraße 74 entzündeten sich bei der Herstellung von Schuhcreme die Benzindämpfe und explodierten unter lautem Knalle. Im nächsten Augenblicke stand der Raum in Flammen. Zwei Personen sprangen aus dem Küchenfenster und retteten eine dritte Person. Während eine Person schwere Verletzungen erlitt, kamen die beiden anderen mit leichten Verletzungen davon.

Berlin, 14. Februar. Für den im Hochbahnprozeß verurteilten Fahrer Schreiber hat sein Verteidiger Revision eingelegt. Die Revision rügt in der Hauptsache die Vernehmung von Personen, die bei der Hochbahn angestellt sind, als Sachverständige und die Ablehnung des Antrages, einen Ingenieur aus Hannover als Sachverständigen zu laden.

Rathenow, 14. Februar. Unweit Toppeln bei Havelberg hat heute früh das Hochwasser den Elbdeich durchbrochen. Große Eis- und Wassermassen wälzen sich über das Land. Die Bewohner der Ortschaft Neuwerben sind nach Nitzow geflüchtet. Andere am Wasser gelegene Dörfer sind von Menschen und Vieh geräumt worden.

Friedrichshütte, 14. Februar. Auf der Friedensgrube brach in vergangener Nacht infolge Feuchtigkeit ein Gerüst zusammen an einer Stelle, wo gerade eine Belegschaft angefahren war. Sieben Mann wurden verschüttet. Durch einen später die Strecke befahrenden Steiger wurde der Unfall bemerkt und die Rettungsarbeiten wurden in Angriff genommen; bis heute früh 9 Uhr wurden zwei Häuer und zwei Schlepper als Leichen geborgen. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt, und man hofft, die übrigen Verschütteten im Laufe des Tages zu bergen.

Hamburg, 14. Februar. Heute früh brach auf bisher unaufgeklärte Weise in dem Vorort Eppendorf in der St. Anscharkirche Feuer aus, durch das der Kirchturm, das Dachgeschoß und der Kirchenstuhl zerstört wurden.

Hamburg, 14. Februar. In der Gerichtsstraße 29 zu Altona wurde gestern die Ehefrau Wannowski mit einem Messerstich in der Brust aufgefunden. Im Krankenhause konnte sie noch angeben, daß ihr Mann ihr diese Verletzung beigebracht habe, weil sie ihm kein Geld verlangte. Sie verstarb bald darauf. Das älteste der fünf Kinder, ein erst 5½jähriger Knabe, konnte die Angaben der Mutter bestätigen. Der Mörder wurde verhaftet.

München-Gladbach, 14. Februar. Auf der Rodelbahn verunglückte der Student Glinsberg aus Bochum. Er wurde ins Krankenhaus nach München-Gladbach gebracht, wo er verstarb. — Auch eine junge Dame verunglückte lebensgefährlich.

•

Algier, 14. Februar. Während Artilleristen an der Losschraubung eines Granatgeschosses für Schnellfeuergeschütze beschäftigt waren, explodierte das Geschoß, wobei ein Offizier und 12 Artilleristen, darunter einer tödlich, verletzt wurden. Die Ursache der Explosion ist nicht bekannt. Eine genaue Untersuchung ist eingeleitet.

Briefkasten.

M. D., Zauckerode. In jeder größeren Musikalien-Buchhandlung. Fragen Sie bei J. Günther, Ziegelstraße, nach.

N. T. H. Das Gedicht ist nicht druckreif. — Im übrigen wenden Sie sich an den Verein für Volksbildung und Kunstpflege, Oskar Seebald, Volkshaus.

Lebensmittelpreise (in Pfennigen) in der städtischen Markthalle auf dem Antonsplatze, auf den offenen Märkten und in den Ladengeschäften am 11. Februar 1909. (Mitgeteilt vom städtischen Statistischen Amte.) — **Mühlenerzeugnisse** ($^1/_2$ kg): Roggenmehl: Nr. 0 20, hausbacken 16—19, Nr. 3 13—15; Weizenmehl: Nr. 0 auszug 22—32, Grießlerauszug 21—23, Bäckermundmehl 20—21; Nudeln: Nr. I (Kaiserauszug) 40—60, Nr. II (Grießlerauszug) 32—46, Eiernudeln 40—65. **Brot** ($^1/_2$ kg): Saxoniamühle, Wecken, I. Sorte 14,5, II. Sorte 13,5, III. Sorte 12,5; Pöliber I. Sorte 14,5, II. Sorte 13,5, III. Sorte 12,5; Niederländisches I. Sorte 14,5—15, II. Sorte 13,5—14, III. Sorte [illegible]. **Fleisch und Fleischwaren** ($^1/_2$ kg): Rindfleisch: [illegible]fleisch 60—120, Bauchfleisch 50—80, Bratenfleisch, Keule 80—120, Schoßfleisch 80—160, Lende, unausgeschält 80—140, Lende, ausgeschält 110—250; Kalbfleisch: Schnitzelfleisch 120—200, Keule 80—120, übrige Teile 60—120; Hammelfleisch: Keule 75—120, Koteletten 75—120, Kochfleisch 60—100; Schweinefleisch: Keule 75—100, Karree 85—120, Bauchfleisch 65—85, Rauchfleisch 80—130; Schinken: im ganzen Stück 100—150, im Aufschnitt 160—240, Speck, geräuchert 70—100, Speck, roh 65—90, Schweineschmalz 90—100, Schweineschmalz, ausländisches 70—75, Rindstalg 60—80, Blutwurst 50—140, Leberwurst 60—140, Servelatwurst 120 bis 200. **Zahmes Geflügel (geschlachtet)**: Gänse ($^1/_2$ kg) —, — (St.) 900—1400, Enten (St.) 200—600, Kapaunen (St.) 275—550, Truthähne (St.) 700—1500, Truthühner (St.) 450—1000, Perlhühner (St.) 270 bis 350, Hühner, alte (Stück) 180—350, Hühner, junge (Stück) 100 bis 300, Tauben (Stück) 40—130. **Wildbret**: Hasen im Fell (Stück) 300 bis 500, Hasen, gespickt (Stück) 275—450, Hirschwild, Kochfleisch ($^1/_2$ kg) 40—70, Hirschkeule (Stück) 1200—2500, Hirschrücken (Stück) 1200 bis 3000, Rehkeule (Stück) 450—900, Rehrücken (Stück) 600—1500. Wildgeflügel: Fasanen (Stück) 250—450, Birkhähne (Stück) 275—350, Birkhühner (Stück) 200—300, Haselhühner (Stück) 150—180, Schneehühner (Stück) 150—180, Schnepfen (Stück) 350—450, Wildenten (Stück) 150—250. **Lebende Fische und Schaltiere**: Barsche ($^1/_2$ kg) 50—60, Bratfische (Backfische) ($^1/_2$ kg) 40—70, Forellen (Stück) 90—40, Hechte ($^1/_2$ kg) 110—140, Karpfen ($^1/_2$ kg) 75—90, Zander ($^1/_2$ kg) 140—150, Schleien ($^1/_2$ kg) 140—180, Aale ($^1/_2$ kg) 150—180, Welse ($^1/_2$ kg) 100—120, Hummer ($^1/_2$ kg) 310—375, Krebse (15 St.) —. **Fischwaren**: a) frische: Bunte Fische (Backfische) ($^1/_2$ kg) 35—70, Schellfische 20—60, Hechte 80—120, Kabeljau 20—60, Rotzungen 70—100, Goldbutt 60—80, Zander 80—150, Schleien 80—100, Rheinlachs 400 bis 600, Seezungen 180—300, Silberlachs 90—250, Steinbutt 150—250; b) gesalzene und geräucherte (Stück): Maatjesheringe 14—35, Vollheringe 4—10, Bücklinge 5—15, Sprotten ($^1/_2$ kg) 60—140. **Grünwaren**: Blumenkohl (St.) 15—60, Rosenkohl ($^1/_2$ kg) 40—70, Rotkraut (St.) 10—60, Weißkraut (St.) 8—60, Welschkraut, Wirsing (St.) 10—60, Grünkohl ($^1/_2$ kg) 30—40, Spinat ($^1/_2$ kg) 40—55, Karotten neue (15 Bünd.) 40—150, alte ($^1/_2$ kg) 12—25, Kohlrüben (St.) 8—20, Mohrrüben ($^1/_2$ kg) 4—8, Rote Rüben (15 Stück) 40—80, Teltower Rüben ($^1/_2$ kg) 40, Brüh-Rüben ($^1/_2$ kg) —, Kohlrabi (Stück) 5—20, Meerrettich (Stück) 20—45, Radieschen (Bündchen) 8—50, Rettiche (Stück) 4—10, Schwarzwurzel (Bündchen) 10—12, Sellerie (Stück) 5—25, Spargel, französischer ($^1/_2$ kg) 240, Zwiebeln ($^1/_2$ kg) 12—20, Kopfsalat, hiesiger (Stück) —, Kopfsalat, fremder (Stück) 18—25, Endivien, hiesige (St.) —, Endivien, fremde ($^1/_2$ kg) 35—50, Rhabarber (Gebd.) 25, Bohnen, grüne, ausl. ($^1/_2$ kg) 220—500, Gurken (Salat-) (Stück) 120—200, Borsdorfer Äpfel ($^1/_2$ kg) 30—80. Sauerkraut ($^1/_2$ kg) 12—13. Saure Gurken (Stück) 5—10. Pilze ($^1/_2$ kg) Champignons 160—190, Steinpilze, getrocknete 200—400, Morcheln, getrocknete 400—450. **Trockenes Gemüse** ($^1/_2$ kg): Bohnen 16—24, Erbsen, geschält 18—30, Erbsen, ungeschälte 16—22, Graupen 15—40, Grieß 20—44, Hafergrütze 24—40, Heidegrütze 24—40, Hirse 16—28, Linsen 16—45. **Gemüse-Konserven** ($^1/_2$ kg): Stangenspargel 50 bis 95, Erbsen, natürliche 30—80, Bohnen 22—45. **Obst, Süd- und Gartenfrüchte**: Aepfel, inländische ($^1/_2$ kg) 8—70, ausländische ($^1/_2$ kg) 20—100, amerikanische ($^1/_2$ kg) 30—90, Birnen, inländische ($^1/_2$ kg) 25—70, Preißelbeeren ($^1/_2$ kg) —, Pfirsiche (St.) 100—150, Haselnüsse ($^1/_2$ kg) 40—100, Walnüsse ($^1/_2$ kg) 30—60, Weintrauben, inländ. ($^1/_2$ kg) — — —, Weintrauben, ausländ. ($^1/_2$ kg) 60—150, Apfelsinen ($^1/_2$ kg) 15—40, Mandarinen (St.) 7—20, Datteln ($^1/_2$ kg) 32—120, Feigen ($^1/_2$ kg) 25—140, Korinthen ($^1/_2$ kg) 30—50, Mandeln ($^1/_2$ kg) 90 bis 140, Rosinen ($^1/_2$ kg) 30—110, Zitronen (Stück) 3—10. Trockenes und eingemachtes Obst ($^1/_2$ kg): Aepfel 48—80, Birnen 28—85, Kirschen 28—80, Mischobst 25—80, Pflaumen 18—100, Prünellen 60—90, Pflaumenmus 20—35, Marmelade 25—80, eingekochte Preißelbeeren mit Zucker 30—50, eingekochte Preißelbeeren ohne Zucker 25—40. **Molkereiprodukte**: Vollmilch (l) 17—22, Sahne 40—100, Magermilch 8—10, Zentrifugen-Magermilch 8, Molkereibutter ($^1/_2$ kg) 118 bis 170, Landbutter ($^1/_2$ kg) 115—130, Koch- und Backbutter ($^1/_2$ kg) 110—120, Quark ($^1/_2$ kg) 16—20, Sahnenkäse ($^1/_2$ kg) 70—80, Magermilchkäse ($^1/_2$ kg) 22—50, Schweizerkäse ($^1/_2$ kg) 80—125, **Margarine** ($^1/_2$ kg) 60—103. **Eier**: Tageseier (Stück) 12—18, Seeeier (15 Stück) 150—175, fremde (15 Stück) 135—158. **Kartoffeln** (50 kg) 280—350, do. ($^1/_2$ kg) 3,5—4. **Honig** ($^1/_2$ kg) 90—250.

Neu! **Victoria-Salon.** Neu!
Fünf Bronce-Statuen; Bordini in der Tonne; The Gessems; Die zwei Tolsedos; Humorist Brand; Pratos Affen-Circus u. a. m.
Anfang 8 Uhr. Sonntags zwei Vorstellungen: 4 Uhr u. 8 Uhr.
Im Tunnel-Kabarett: [illegible] Eintritt frei.

Es gibt keinen Malzkaffee der Welt, der einen solch kräftigen aromatischen Kaffeegeschmack hat wie **Bamf.**

Bürger-Schänke
Palmstrasse 1, eine Minute vom Postplatz
DOPPEL-SPATEN
GABRIEL SEDLMAYR BRAUEREI ZUM SPATEN MÜNCHEN
Hierzu ladet ergebenst ein Eduard Zahl.

Nachruf!

Am Donnerstag nacht starb im Krankenhause unser lieber Kollege, der Kutscher

Hugo Barthel.

Wir verlieren in ihm einen lieben Freund und treuen Kollegen und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Leicht sei ihm die Erde!

Die Kollegen der Firma Ulrich Merkel, Dresden-Plauen.

Soz. Verein f. d. 4. Reichstagswahlkr.

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unsere Genossin

Frau Hulda Klara Kolpe

am Sonnabend abend 9 ¼ Uhr gestorben ist. Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 2 ¼ Uhr vom Trauerhause, Fichtenstraße 19, I., aus statt.

Rege Beteiligung wünscht Die Vertrauensperson.

Nachdem mein lieber, viel zu früh dahingeschiedener Gatte und Vater, der Zimmermann

Theodor Richter

zur letzten Ruhe bestattet ist, drängt es mich, allen Freunden, Bekannten und Kollegen für das zahlreiche, ehrende Geleit und den reichen Blumenschmuck, sowie den Verbandskollegen für das freiwillige Tragen hierdurch meinen innigsten Dank auszusprechen.

Eichbusch, im Februar 1909.

Martha verw. Richter nebst Kind.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß Freitag den 12. Februar, abends 9 ¼ Uhr, meine liebe Frau, Mutter

Hulda Klara Kolpe geb. Arnold

nach langem, schwerem Leiden im Alter von 28 Jahren sanft verstorben ist. Dies zeigen tiefbetrübt an

August Kolbe und Kind.

Die Beerdigung findet Dienstag den 16. Februar, nachmittags 2 ¼ Uhr, vom Trauerhause, Fichtenstraße 19, aus statt.

Leben · Wissen · Kunst

Fälle ist infolge der Anpassung zugunsten der Elektrizitäts- und anderer Werke schon sehr erheblich geschädigt. Wieviel Wasser diese Anlagen verbrauchen, geht aus der eindrucksvollen Tatsache hervor, daß im letzten Juni, als eine einzige Gesellschaft ihren Betrieb vorübergehend einstellte, das Wasser in dem großen Becken oberhalb der Fälle um volle 6 Zoll und am Rand der Amerikanischen Fälle mehr als 1 Zoll stieg. Die betreffenden Werke hatten allerdings einen Verbrauch von 300 Kubikmetern in der Sekunde! Nach der Ansicht von Dr. Spencer ist die Erhaltung der Fälle in einiger Großartigkeit jetzt nur noch eine Frage von „Jahren“! Wenn den Fällen noch weiterer Ausbeutung keine Schranken gesetzt werden, wird der berühmte Hufeisenfall an seinem oberen Rand von rund 1000 Metern auf 500 Meter zusammenschrumpfen, sein Durchmesser von 400 Metern auf 260 Meter, und er wird dann überhaupt ausschließlich auf kanadisches Gebiet beschränkt sein. Die Amerikanischen Fälle werden gleichfalls in ihrer südlichen Hälfte zum Austrocknen kommen und im übrigen nur noch schmale Wasserstreifen bilden. — Sic transit gloria Naturae!

Kleine Mitteilungen

Wie aus Antwerpen berichtet wird, plant die Stadtbehörde in dem von Rubens errichteten Hause, dem Gebäude in der heutigen Rubensstraße Nr. 7, ein umfassendes Museum zu errichten, das alle Arbeiten an den großen Meister vereinigen soll. Das Haus wird umgebaut und soll seine alte Form wieder erhalten; zugleich will man hier den größten Teil der in Belgien befindlichen Werke Rubens' vereinigen, während von den im Ausland befindlichen berühmten Gemälden Kopien angefertigt und hier aufgehängt werden sollen.

„Die Büchse der Pandora“, Frank Wedekinds Drama, das in einer Umarbeitung bekanntlich in den Berliner Kammerspielen in Szene gehen soll, wird in den nächsten Tagen der Zensurbehörde auf der Bühne vorgeführt werden. Wie das Berliner Tageblatt hört, will einer wahrscheinlich am Montag stattfindenden Probe der Polizeipräsident beiwohnen. Es ist noch in Erinnerung, daß das Stück in seiner ersten Fassung im Jahre 1906 gerichtlich zur Einstampfung verurteilt wurde. Der Dichter hat ihm darauf eine neue Fassung gegeben.

Die Eröffnung des neuen Stadttheaters in Chemnitz findet am 1. September d. J. statt.

Zum Besten des Leipziger Richard-Wagner-Denkmals wird im April in Leipzig ein dreitägiges Richard-Wagner-Fest unter der Leitung Felix Mottls stattfinden. Der erste Tag wird eine Aufführung der Meistersinger im Neuen Theater, der zweite ein Festkonzert im Gewandhaus, der dritte ein Künstlerfest im Zentraltheater bringen. Zur Ausführung des Denkmals ist Max Klingers Entwurf gewählt worden, das Monument wird bis zu Richard Wagners 100. Geburtstag (22. Mai 1913) enthüllt werden.

Der Magistrat von Charlottenburg hatte versucht, die vor einiger Zeit unter der Spitzmarke „Geboren am Weihnachtsabend“ durch die Presse gehende Mitteilung von der Zurückweisung einer in Wehen liegenden Schwangeren durch die Charlottenburger Krankenhäuser zu dementieren. Gegen dieses Dementi nimmt jetzt Ruth Bré in der Neuen Generation eine Erwiderung, die die Tatsachen aufrecht erhält. Wir werden die Erklärung in unserer nächsten „Frauenwelt“ zum Abdruck bringen. Die Angelegenheit ist dem preußischen Landtage und dem Reichstage unterbreitet worden.

Die Petersburger Polizei erließ einen von einem Steckbrief begleiteten Haftbefehl gegen Maxim Gorki. Als Beruf für Gorki wurde Häusermaler aus Nishnij Nowgorod angegeben.

Infolge der strengen Kälte friert die Ostsee immer mehr zu. In der Umgebung von Danzig, Neufahrwasser, Weichselmünde usw. gehen die Fischer nicht auf den Fischfang, sondern auf den Möwen- und Entenfang. Die Tiere sind auf dem Eise eingefroren und können sich nicht befreien.

Neue Bücher

Hauptmann v. Krogh, In die Lüfte empor! Entwicklung und Technik der Luftschiffahrt. Mit 62 Abbildungen, brosch. 1 M., geb. 2 M. (Verlag der Schiller-Buchhandlung Max Zeichner in Charlottenburg.) Wie der Verfasser im Vorwort schreibt, wendet er sich hauptsächlich an Laien, denen er einen Ueberblick über das bisher in der Luftschiffahrt Erreichte bieten will. Authentische Nachrichten aus der Praxis des Verfassers sowie Mitteilungen über die Luftschiffahrt des Auslandes, auch der viele Bilderschmuck geben dem Buche seinen Wert.

Komorowicz, Frauengewalten. Gemeinverständliche Schilderung sexueller Phänomene. Preis (broschiert) 1 M. (Verlag der Schiller-Buchhandlung Max Zeichner in Charlottenburg.)

Heiteres

Im Leihhaus. Pfandleiher: „Bedaure, auf ‚Schillers Werke‘ gebe ich nichts!“ — Studiosus (entrüstet): „Mensch, und Sie rechnen sich zu den gebildeten Leuten?!“

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 16. Februar. Opernhaus (Altstadt): Elektra. Tragödie in einem Aufzuge. Musik von Strauß. Anfang 7½ Uhr. — Schauspielhaus (Neustadt): Doktor Klaus. Lustspiel in fünf Akten von Adolf L'Arronge. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater. Operetten-Abonnement 5. Serie: Der Glücksengel. Anfang 7½ Uhr. — Zentraltheater. Die Dollarprinzessin. Anfang 7½ Uhr.

Wochenplan der Königl. Hoftheater. Opernhaus. Montag: Eugen Onegin (½8). Dienstag: Elektra (½8). Mittwoch: Die drei Pintos (½8). Donnerstag: Der fliegende Holländer (½8). Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor (½8). Sonnabend: Carmen (7). Sonntag: Die Fledermaus (7). Montag: Elektra (½8). — Schauspielhaus. Montag: Donna Diana (½8). Dienstag: Doktor Klaus (½8). Mittwoch: Die Rabensteinerin (½8). Donnerstag: Wilhelm Tell (7). Freitag: Der Tugendhof (½8). Sonnabend: Coriolan (7). Sonntag: Kabale und Liebe (7). Montag: Die Liebe wacht (½8).

Residenztheater. Sonntag den 21. Februar ist die letzte Sonntagsaufführung des Weihnachtsmärchens, doch wird dasselbe Mittwochs und Sonnabends noch weiter gespielt.

Musik. Zum Gedächtnis Josef Haydns (gestorben am 31. Mai 1809) veranstaltet die Dreyßigsche Singakademie am 3. März 1909 im großen Saale des Vereinshauses eine Aufführung der „Schöpfung“ unter Mitwirkung der hiesigen Konzertsängerin Elisabeth Kopl (Sopran), des Kammersängers Emil Pinks (Tenor) und des Kgl. Hofopernsängers Wilhelm Rabot (Baß), sowie der Kapelle des 2. Grenadierregiments Nr. 101 (E. Schreiber).

Violinabende: Fritz Kreisler am 3. März im Palmengarten; Jacques Thibaud am 6. März im Vereinshaus.

Bildende Künste. In der Galerie Ernst Arnold gelangte gestern die Ausstellung des Nachlasses von Walter Leistikow zur Aufstellung. Sie umfaßt nicht weniger als 36 Gemälde, 40 große Aquarelle und 7 Zeichnungen. Die Kollektion Corinth erregt in Künstlerkreisen viel Aufsehen und ist um eine große „Versuchung“ ergänzt worden aus dem Besitz von Professor Max Klinger.

Vorträge. Im Literarischen Verein wird morgen Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im Künstlerhaus Professor Dr. Paul Schumann seinen zweiten Vortrag über Französische Plastik im 19. Jahrhundert halten und besonders die Werke von Dalou, Rodin und einigen verwandten deutschen Meistern in Lichtbildern vorführen.

In der Literarischen Gesellschaft werden heute Montag, abends 8 Uhr, im Künstlerhaus Kurt Martens und Roda Roda aus Märchen eigene Dichtungen vortragen. Nächster Vortragsabend: Montag den 22. Februar: Paul Lindau über Laube und Dingelstedt.

Der Verein Dresdner Waldschule hat in seiner Versammlung beschlossen, noch in diesem Monat einen öffentlichen Vortrag zu veranstalten, um über Ziele und Einrichtung der geplanten Waldschule weitere Kreise aufzuklären und so das allgemeine Interesse für das Unternehmen zu erwecken. Ein Arzt wird die Frage vom hygienischen und ein bewährter Lehrer einer deutschen Waldschule vom pädagogischen Standpunkte aus beleuchten.

Oeffentliche Vorträge in der Städtischen Gewerbeschule, Dürerstraße 45. Im großen Auditorium der Städtischen Gewerbeschule finden sechs öffentliche Experimentalvorträge statt über: Sichtbare und unsichtbare Strahlen. 1. Allgemeine Betrachtungen über die Ausbreitung der Strahlen. Ausbreitung, Reflexion und Brechung. 2. Das sichtbare und unsichtbare Spektrum. Licht und Farbe. Die Ziele der Leuchttechnik. 3. Die Erscheinungen der Interferenz, Beugung und Polarisation des Lichtes. 4. Elektrische Wellen. Beziehungen zwischen Licht, Magnetismus und Elektrizität. 5. Elektrische Entladungen in verdünnten Gasen. Kathoden-, Kanal- und Röntgenstrahlen. 6. Die radioaktive Strahlung. Neue Anschauungen über die Natur des Stoffes und der Elektrizität. Vortragender: Herr Oberlehrer Ingenieur Berlich. Die Vorträge werden Freitags abends von 8–9 Uhr abgehalten, und zwar am 19., 26. Februar, 5. 12., 19. und 26. März 1909. Der Zutritt zu den Vorträgen ist unentgeltlich; es wird nur eine Einschreibegebühr von 1 M. erhoben. Teilnehmerkarten können in Empfang genommen werden im Schulamt, Breite Straße 7/9, 2. Obergeschoß, Zimmer 10, oder in der Kanzlei der Gewerbeschule, Dürerstraße 45, 1. Obergeschoß.

Morgen Dienstag den 16. Februar findet im Künstlerhaus ein Vortrag statt, der nicht nur durch den Stoff, sondern auch die Person des Vortragenden besonderes Interesse in Anspruch nehmen darf. Dr. M. Wilhelm Meyer, dessen Schriften unseren meisten Lesern bekannt sind, war selbst einer der ersten, die nach der Katastrophe in Messina persönlich Wahrnehmungen machten. Dr. Meyer wird nun das Geschaute nicht nur durch das Wort wiedergeben, sondern auch durch an Ort und Stelle aufgenommene Lichtbilder, von denen ein Teil sogar in natürlichen Farben gehalten ist. Der Vortrag wird aus zwei Abteilungen bestehen: 1. Am Neujahrstage im zerstörten Messina. 2. Das Erdbeben von Messina und seine Ursachen. Karten zu 3, 2 und 1 M. sind zu haben in Emil Tittmanns Buchhandlung, Prager Straße 19.

Ein neuer photographischer Unterrichtskursus für Anfänger beginnt am 24. Februar im Photo-Kunstsalon Otto Kohr, neben Café König. Der Unterricht erstreckt sich auf auf Praxis und Theorie der Amateurphotographie und besonderer Wert wird auf Vorführung der Verfahren sowie reichliches Anschauungsmaterial gelegt. Die Vorträge finden fünfmal an jedem Mittwoch von 7 bis 9 Uhr abends statt. Auskunft und Anmeldung ebendaselbst.

VVK Deutschkursus. Nächste Zusammenkunft: morgen, Dienstag, im Restaurant Reichskanzler, Holbeinplatz, 8½ Uhr.

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 37 Dresden 15. Februar 1909

Aus der Knabenzeit

Lebenserinnerungen von Karl Gutzkow

1811 bis 1821

13]

In Rücksicht des Wissenlernens und des geistigen Gesamtexerzierens geht nichts über den Besuch einer vollgültigen Schule, keiner Spielschule. Der Schulbesuch ist die unschuldigste und nützlichste Form des ersten Eintritts in die Welt. Ein Schritt aus dem Hause in ein kleines begrenztes Leben und aus diesem neuen kleinen Leben zugleich wieder ins Haus zurück. Der gesteigerte Trieb zum Lernen, der Sporn des Ehrgeizes liegt auf der Hand. Und auch schon von diesem Vorteil abgesehen, wie harmlos erweitert sich der Einblick in das Leben anderer Menschen! Das Wissen ist für alle, und wie mannigfach sind diese kleinen Wettläufe nach denselben Ziele! Arm und reich, vornehm und gering, sauber und schmutzig, sanft und zornig durcheinander. Es regt sich das erste Bedürfnis der Liebe und Freundschaft. Man nimmt nicht nur die zu unserer Familie bereits einmal gegebenen Menschen, sondern man wählt sich schon neue. Ein gewonnener Freund führt das Kind in das Haus seiner Eltern. Wie ist da alles so anders als daheim! Wieviel Brüder, wieviel Schwestern gibt's da! Wieviel Lärm oft und an anderen Orten wieviel Stille, Pedanterie! Man hat noch gar kein Urteil über die allen unausbleiblichen Launen des Gespielen, die über ihre Stubendiele keinen fremden Schuh lassen wollen, aber es bilden sich schon Erinnerungen und Ahnungen über die Mannigfaltigkeit der Charaktere. Der Horizont erweitert sich, und der Schulbesuch regelt den Sinn für Ordnung und Gesetz. Das Kind lernt sich selbst bestimmen. Es lernt, sein Schicksal in eigener Hand haben. Was man an sich selbst nicht fühlt, entdeckt man an anderen. An Heloten, die dem jungen Spartaner die rohen Seiten des Sklaven zeigen sollten, bietet die moderne Schule freiwillige Exemplare. Persönlichkeiten, die ihre Bildung außerhalb der Schule empfingen, etwa vornehme nur durch Hauslehrer, entbehren großer Vorteile für die Charakterbildung.

Der Heimgang aus der Schule! Wie belebend, ferienerfüllend das Schlendern in die liebe Häuslichkeit zurück! An sittlichen Gefahren für den Wanderer fehlt es nicht. Ein „Umweg“ streift sich. Der Knabe fand einst mit einem Troß Kameraden auf einem Umwege ein Hufeisen, das eben einem Pferde entfallen. Es war eine mit gieriger Hast festgehaltene Trophäe. Man will das Hufeisen an einen Schmied verkaufen. In Masse, aber schweigsam, lauernd, wendet man sich einer Schmiede zu. Aber je näher von dorther die arbeitenden Hämmer erklingen, desto zager wird der Versuch. Das Gefühl, man ist auf unrechten Wegen, spricht sich schon in den abwechselnden Vorschlägen einzelner Tonangeber aus. Endlich dicht an der Schmiede beratschlagt man, was sich für das Hufeisen erwarten ließe. Ein Austausch, etwa einen Tauschhandel mit Nägeln einzugehen, fiel niemand ein, nur Geld wollte man haben und mit dem Geld irgend einen Genuß. Mit schon kleinlautem Ton tritt man in die Schmiede, bringt sein Gesuch an; der Geselle nimmt das Hufeisen, wirft es in eine Ecke, schwingt den Hammer und jagt die ganze „Bande zum Teufel“. Auf fünfzig Schritt halten die Flüchtlinge stand und schreien ein Hallo! mit jenem Mut, der Ausreißern eigen ist, wenn sie über die Schußweite hinaus sind. Das Hufeisen war fort, aber auch eine Last vom Herzen. Die Seligkeit des wieder frei und erlöst aufatmenden reinen Gewissens wurde bei jedem scheuen Einblick in die Schmiede lange empfunden.

Lesen, Bücherlesen, Märchenluxus, Tatsachenschwelgerei, alles das kommt erst später. Jetzt dreht sich alles um den „Brandenburgischen Kinderfreund“ und die Bibel. Auch das „Bibelaufschlagen“ kommt erst später, wenn uns das „Buch der Bücher“ erst bekannt geworden ist in all seinen Druckfehlern und „verbundenen“ Paginas und einigen vielleicht ganz „fehlenden Seiten“. Dann wird's aber auch eine wahre Hexerei à la Rabbi Hirsch Dänemark, ein Wettrennen, wie in Ebenen zwischen Pferden, so zwischen Ohren, Händen, Augen, Mund und bei dem, der kurzsichtig ist, der Nase. „Sprüche Samuelis 1,25!“ Hurra! Die Blätter fliegen! Welche Listen, Handgriffe gewinnt man sich ab, um in diesem Wanderwettwechselspiel der erste bald bei den großen, bald bei den kleinen Propheten zu sein und die fünf Bücher Mosis am Schnürchen zu haben! Der Brandenburgische Kinderfreund erschien dem Kinde wie etwas Anfängliches. Gott schuf die Welt und gleich nach ihr den Brandenburgischen Kinderfreund. Dreihundert zerrissene, beschmutzte Seiten mit einer Fülle der unausschöpflichen Grundwahrheiten des jungen Lebens, als da sind: „Dieses Buch ist mein! Es besteht aus Blättern. Auf diesen Blättern sind Buchstaben. Diese Buchstaben verstehen, nennt man lesen usw. . . .“ — Es sind die Enzyklopädie des ganzen Wissens, die wahren Diderot, d'Alembert, Bayle der Kinderweisheit.

So wird selbst die Bibel in späterer Zeit dem Kinde nicht mehr heimisch wie der Brandenburgische Kinderfreund mit all seinen Wegen, eingestreuten Rezepten, Geschichten und sich wiederholenden Defekten, Resten mancher kriegerischen Abwehr oder wohl gar eines sonnabendlichen Frühstücks-Mittagsangriffes, wenn die morgende Sonntagsfreude schon in allen Gliedern rumorte. Brandenburgischer Kinderfreund, wie liegst du so offen da in der Erinnerung! Die Randblätter für dich in deinen ersten metaphysisch-juristischen Denkübungen („Dies Buch ist mein!“) bis zu den Wanderungen durch die Tier- und Pflanzenwelt! „Bestinal“ hieß eines deiner aufgezählten Gemüse. Der Knabe kannte Schoten und Bohnen, aber „Bestinal“! Und gar „Artischoken“! Eine Wunderwelt der Küche! Und die Gerätschaften der Gewerbe, die großen Denkwürdigkeiten der Geschichte, des Weltalls, Deutschlands, Preußens und endlich die in lateinischen Lettern erzählten gereimten Anekdoten von Hans Tapp, der sich „vor Gespenstern fürchtete“! Gespenster und Geister reimte sich nicht nur in dem Buche, sondern gleich wie fürs Leben. Lieder beschlossen das Buch. „Mein erst Gefühl sei Preis und Dank!“ („Preis, ich Armen! sang einst ein getaufter Jude beim ersten Kirchenbesuch!“ spottete der Bruder) und am Schluß, hinweg über das Weltliche: „Da hab' ich es, das Hänflingsnest!“ das majestätische, wie mit Pauken und Trompeten am Auferstehungsmorgen gesungene „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren“! Wahrlich! die Schreibtafel unterm Arm und den Kinderfreund im Kopf — habt Respekt vor dem werdenden Beherrscher der Erde!

Die Kirchen wurden fast alle besucht und fast alle Berliner Geistliche gehört. Der Junge kannte alle Winkel der Chöre, alle Kirchenschiffe des damaligen Berlin, vom großen theatralischen Dom an bis zur kleinen Spittelkirche, dieser neuen „Gerichtslaube“ am Spittelmarkt, die der lauter Verkehr später noch sogar ihren Turm ablegte und sich am besten jetzt ganz ungehört wurde. Die Dorotheenstädtische Kirche, wo der Täufling mit einem Paten in das unsichtbare Gotteshaus eintrat, ist jetzt übergeweißt worden. Innen war die Kirche kahl, klein, niedrig, stellenweis dunkel. Sie war in Form eines Malteserkreuzes gebaut. Schwedens Vergen, die dem jungen Grafen von der Mark, einem unehelichen Sohn des sogenannten „dicken Wilhelm“, früh den Lebensfaden abschnitten, umgab ein Gitter, an das sich oft der Knabe lehnte und träumte, bis die Predigt des alten Superintendenten Küster zu Ende war. Die Garnisonkirche ist lang und ausdruckslos wie eine Kaserne. Die Marienkirche alt und ehrwürdig, an Nürnberger Art erinnernd, düster freilich und märkisch kahl, aber sagenreich. In ihrem Kreuz, das an den Propst von Bernau erinnert, den das Volk erschlug, lag allein schon eine Pforte alter verschlossener „Rittergeit“. Die Nikolaikirche mit ihren hohen Wölbungen, dunkeln vergilbten Grabmälern und dem nadelspitzen Turm, ist ein ehrwürdiger Doppelgänger von St. Marien. Beide lagen in schrägen Dimensionen an kleinen Plätzen wie der Straßburger Münster. Sie haben nichts als Farbe als ihr Alter und ihre majestätischen Pfeiler. Schlüter hatte den Mut, in der Marienkirche einen derselben durchzuarbeiten, um eine hierher nicht gehörige antike Säulen zu einer Kanzel anzubringen. Der Berliner Dom war innen reich geschmückt mit Kronleuchtern, Bildern, goldig brokatnen Gittern, die den Altar zieren. Doch blieb nur fesselnd das ebenso doppelte Kurfürstengrab, vom Knaben in seiner goldenen Umschrift oft mühsam entziffert, während Sack oder Ehrenberg, Reste der alten theologischen Zeit, predigten. Die Werdersche Kirche, noch die alte, Kapelle mit einer französischen verbunden, in einem Stil, so schal, so ledern wie ein altes Berlinisches Gesangbuch oder eine Pastor Hermessche Hauspostille von Anno 1740. Sie wurde abgerissen und neu gebaut. Der äußeren Pracht der „neuen“ Kirche entspricht die innere Armut nicht. Dürftiger, kälterer, armenhausmäßiger kann man sich keinen Gottestempel denken als diese von Friedrich dem Großen an die seitlichen Gendarmenmarkttürme gebauten Schwalbennester. Auch die Jerusalemer Kirche war arm und dürftig. Ihr einziger Glanz waren die glänzend glatt geschliffenen Bänke. Etwas frischer machten sich die runden Wölbungen der Dreifaltigkeits- und böhmischen Kirche. Jene trug am Altar, der Kanzel und der Orgel Spuren ihrer Bestimmung für Schleiermachers vornehmere Gemeinde. Der schönste Schmuck der Luisenkirche, wo Kahlank, ein gläubiger Lebemann, predigte, war ein stiller, mit hohen feierlichen Pappeln und Blütenbüschen geschmückter Kirchhof, über welchen Kahlank zu seiner Wohnung zu schreiten pflegte, während ihm noch vom Talar herunter das Wasser von den nassen Taufbeckengesichtern troff, die er in der Sakristei eingefaßt hatte. Ein leichensteinreicher Kirchhof schmückte auch die entlegene vollbewohnte Sophienkirche. Das Glockenspiel der Parochialkirche war für den Knaben eines der sieben Weltwunder. Von dieser kirchlichen Topographie darf selbst der derzeitige Jakobstempel mit

SLUB Wir führen Wissen.

http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090215/11

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] dem bestehenden Eingang der heutigen [illegible] des Palais und drüben dem Gerhofe, wo gefrühstückt wurde und Mittelplatz für Besucher des sogenannten „Schmalzhauer" abgegeben wurde, nicht ausgeschlossen bleiben. Am wenigsten aber die katholische St. Hedwigskirche, die am Palmsonntag oder an einem Tage der Leidenswoche nicht unbesucht blieb, immer mit dem Gefühl der Beklemmung, daß man beim Unterlassen der von der Gemeinde mitgemachten Zeremonien als Ketzer erkannt und ausgewiesen werden könnte. Die Pracht des Hochaltars, die Kleidung der Geistlichen, das Klingeln der Chorknaben, der Duft des Weihrauchs, das Opfer am Altar, wo der Priester für alle trank und die gebrochene Hostie an der Balustrade wie ein Manna austeilte, wonach sich die Sehnsucht drängte, das Ausbieten und Darreichen des Kruzifixes zum Küssen, alles das war an sich ergreifend, doch schließlich der Schauer die Erinnerung an Luther ab und mahnte zur Prüfung. Auf der Freitreppe draußen, unter dem vom Kardinal Quirini auf eigene Kosten erbauten Portal und den drei steinernen Aposteln umwehte uns wieder die Königlich Preußische Welt. Die Janitscharenmusik der Garde schmetterte von der Wachtparade, aber aus den Fenstern des Opernhauses tönte eine Spontinische Opernprobe.

(Fortsetzung folgt.)

---

81)

Erich Hetebrink

Roman von Ilse Frapan

Er hatte angefangen, sein „Lederbändchen" allmählich nach Hause zu tragen. Zu flüchten! Ganz genau wußte er vor sich selbst nicht, weshalb, aber „der Sohn des Chefs" hatte neulich die Goldaufschrift der Lederbände studiert und fragend und neugierig gelächelt. Der schnüffelt herum, dachte Erich, und gleich am selben Nachmittag nahm er den ersten schweren Band mit fort. Er schämte sich vor Antonie und schloß ihn ein. Aber als er schon drei Bände nach Hause getragen hatte, füllten sie den ganzen Innenraum des Sekretärs, und er entschloß sich, sie offen liegen zu lassen. „Es sind ja reine Privatsachen, sie gehören ins Haus," erklärte er seiner Frau.

Die Freundliche nickte erfreut. „Kannst mir vielleicht abends daraus vorlesen."

Aber nun waren die Wochen vergangen, und zum Vorlesen waren sie nicht gekommen. Die schwache Agnes kränkelte, und Antonie war unruhig und abgequält. Zuweilen schien es ihr, daß sie das Kind vernachlässigt habe, während Mutter Hetebrink krank lag. Es war ja auch furchtbar gewesen, der plötzliche Verlust der immer tätigen, immer hilfreichen Mutter. An einem Tafelservice zu sterben! Sie hatten sie das prachtvolle Geschirr benutzt, das Onkel Alois zur Hochzeit beschert hatte; es war viel zu elegant für ihre Verhältnisse. Aber man muß es doch von Zeit zu Zeit von den Borten der Speisekammer nehmen, wo es, in Seidenpapier gewickelt, Jahr für Jahr steht. Und das besorgte Mutter Hetebrink. Aber eines Tages ist der Maler dagewesen, hat die Speisekammer schneeweiß angestrichen, und als alles trocken und das Service wieder aufgebaut war, sind — Gott weiß wie — vor ihren Augen alle drei Borte auf einmal heruntergestürzt, und die Alteration hat der sorglichen Hausfrau, die dem Sohn und der Schwiegertochter so treulich alles zusammenhält und keine Stecknadel umkommen läßt, den Tod gebracht. Kein Trost verfing, sie war zu gekränkt gewesen, daß sie ihren Kindern solchen Verlust zugefügt. Fünf Wochen später war sie gestorben. Das war nun fünfviertel Jahr her, und seit derselben Zeit auch kränkelte Agnes.

Antonie aber wollte alles jetzt allein tun mit dem einzigen Dienstmädchen. Seit Lulu Sörensen den Kindergarten eingerichtet hatte, war keine neue Bonne angestellt worden. „Du quälst dich so, ich will mich auch quälen, mein Mann," sagte Antonie mit ihrem guten, stürmischen Eifer. „Als ich bei Sörensens war, hab ich da nicht für drei kleine Kinder gesorgt und dabei noch für die kranke Försterfrau mit? Es wäre doch merkwürdig, wenn ich es jetzt nicht könnte, wo es ebenso notwendig ist."

„Wir sind nicht mehr ganz so jung wie damals, Anton, du auch nicht," meinte Erich mit einem Seufzer, „die Kinder haben dich doch angegriffen."

Aber Antonie wollte, und es ging leidlich. Wenn die Rückenschmerzen kamen, legte sie sich „ein bißchen hin", gleichviel, wer da war. Zehn Minuten gaben schon ein Ausruhen und eine Erfrischung. Und wenn sie sich zu blaß fand, rieb sie sich die Backen mit dem Frottiertuch, denn Erich konnte ihre Blässe nicht leiden. Er pflegte sie aufmerksam zu mustern: „Na, Anton, wie siehst du denn aus?"

Ach, das war früher gewesen; jetzt — nein, jetzt musterte er sie nicht mehr. Früher, wenn sie sich elend fühlte, stellte [illegible] Jetzt kam er meistens mit unruhigen Augen, die aber nicht auf das, was vor ihm war, gerichtet schienen, hastig, fast [illegible] herein, stampfte und stemmte auf dem Fußkratzer, warf den Stock in die Ecke, den Hut auf den Haken und aß womöglich einige Bissen mit ungeduldiger, gieriger Eile. Dann plötzlich drückte er die Hand auf die Brust, lehnte sich in den Stuhl zurück, schob den Teller fort. Antoniens Bitten hielt er nicht stand, zuckte nur die Achseln und stürmte hinaus in den Garten, wo er grub und schaufelte und Unkraut jätete, bis ihm der Schweiß herunterrann. Der Sommer war naß, die Blumen öffneten sich nicht, nur das Grün wuchs üppig und großblätterig. Aber er wollte wenigstens ein paar Blumenbeete haben; er riß heraus, was gerade blühte, und pflanzte es zusammen auf das Rondell und die Beete, wo es schnell vergilbte, denn die junge Eiche überschüttete die Blüten mit beständigem harten Traufenfall.

Einmal traf ihn Antonie mit dem Küchenbeil in der Hand, wie er auf den stolz sich entwickelnden Baum zulief.

„Was willst du tun, Erich?" schrie sie entsetzt.

„Abhauen! Es geht alles darunter zugrunde."

Sie bat und bettelte für die junge Eiche. Ihre Augen wurden naß; je länger sie bat, desto lebendiger erschien ihr der Baum, desto sündhafter seine Zerstörung.

Erich wollte nicht hören. „Er vernichtet alles Blühen, die Krone nimmt ihnen Luft und Licht."

Sie hielt seinen Arm fest; so hart war sein Gesicht noch nie gewesen. „Du hast ihn gepflanzt, Mann! Weißt du noch? Wir waren so froh den ganzen Tag, weil der Brief von Egidy gekommen war. Und abends holten wir den jungen Stamm von Jansens. Das sind sechs Jahre her. Jansen sagte damals, der Eichbaum wäre drei Jahre alt. Also schon neun jetzt. Neun Jahre, denk dir, Erich! Ach, komm! Gib her!" Und sie nahm ihm das Beil aus den schlaffgewordenen Händen.

Aber Erich grollte dem Baum, und nun, seit einigen Wochen, starb die junge Eiche ab, als ob sie es fühle, daß ihr die Liebe entzogen sei, daß, der sie gepflanzt, ihr den Platz nicht mehr gönne. Die Blätter, erst noch grün, fingen an kleiner und kleiner zu werden, und durchsichtig wurde die vor kurzem noch so krause, volle Krone. Durch die sich lichtenden Zweige blickte der ewig graue, wolkenschwere Himmel, kein Blatt fiel herunter, aber sie schrumpften und schrumpften, und dann verloren sie das satte Grün und wurden braun wie Leder. Und mit hartem Rascheln sprach der Nachtwind in dem Baum, dessen Winterfarbe von dem Gartengrün peinlich abstach. Antonie tat es fast weh, den Baum anzusehen; sie wandte die Augen ab, und es war ihr traurig, daß in ihrem eigenen Garten eine Stelle war, die sie scheute. Sie wunderte sich, was wohl Erich von dem seltsamen Zufall denke, aber sie sprach nicht mit ihm darüber. Er war leicht verletzt, reizbar, schwer zu behandeln. Jetzt, wo der Baum den Garten verunziert, jetzt möchte er ihn erhalten, dachte sie. Sie hatte schon mehrmals gesehen, wie er einen der dürren Zweige zu sich niederbog und die Knospen des Triebes untersuchte. Sie dachte oft jetzt über ihn nach, statt mit ihm zu sprechen; das Leben wurde immer stiller, das Gespräch immer einsilbiger. Jetzt sollte Mutter noch da sein und in ihrer komischen Weise dazwischen sprechen, dachte Antonie, und sie weinte, wenn sie einen Gegenstand sah, der Mutter Hetebrink gehört hatte.

Als Erich den alten Brief an Antonie gelesen hatte, während draußen die sterbende junge Eiche, mit überstrahlt vom Licht aus dem Krankenzimmer der Kleinen, gespenstisch raschelte, überfiel ihn das Gefühl einer schleichenden Krankheit, die ihn umsponnen, mit besonderer Schärfe. „Nur vierzehn Jahre her, seit ich das schrieb. Wie war es damals schön! Wie war ich jung und klug! Ich hatte sogar Gedanken. Antonie war meine Braut, jede Woche fuhr ich hin und hatte doch noch Lust, solche Briefe zu schreiben, nachdem ich den ganzen Tag tüchtig gearbeitet hatte. Es war schwer in der Zeit, ich mußte mich in das Geschäft einarbeiten, und Onkel Alois ersparte mir keine Mühe und keine Demütigung. Unter wahrhaft erdrückenden Bedingungen bin ich sein Kompagnon geworden! Ich wollte hinauf; da hab ich mich ihm verschrieben, wie man sich in den alten deutschen Volkssagen dem Teufel verschreibt. Mit Leib und Seele, mit Haut und Haar! Der Gewinn für ihn, die Arbeit für mich!" Erich kam nicht über diesen Gedanken hinaus; er kreiste (?) ihm im Hirn herum, dieser verletzende, aufreibende, erniedrigende Gedanke.

„Ich wußte es damals nicht, wie hilflos ich war, er wußte es gut. Er hat nur eine Liebe: Geld. Er hat nur einen Glauben: Geld. Er hat nur eine Hoffnung: Geld. Um [illegible] Geld haben wollten. Mein Unglück ist, daß ich das Geld nur als Mittel zum Zweck ansehe, und alle Menschen, die mir nahegetreten, haben mich in dieser unpraktischen Richtung bestärkt. Mit den Poppingas fing es an; wäre ich ihnen nicht begegnet, wer weiß, wie mein Leben sich gewendet hätte. Ich bin ein schlechter Kaufmann geworden, denn jetzt, nach zwanzig Jahren, bin ich, wo ich war. Nein, viel, viel ärmer bin ich als damals. Vor zwanzig, ach, noch vor vierzehn, noch vor zehn Jahren genügte mir ein Buch, ein Vers, ein Spaziergang an die Alster, ein Ausflug in den Wald, um mich zu erheben, um mich die Welt wenigstens durch eine Spalte so sehen zu lassen, wie die Dichter und Künstler sie sehen. Und wie Tinchen sie sah! Ja, Tinchen Poppinga, das war eine werdende Künstlerin, jetzt weiß ich es! Als ich jung war, konnte ich mich erheben — jetzt ist die Schwere über mich gekommen, und die Schwungkraft ist fort . . ."

Kleiderrauschen und schnelle Schritte erklangen auf der Treppe. Antoniens blasses Gesicht erschien an der Tür; sie war nett und sauber gekleidet wie immer. „Erich, ach, komm mal herauf, sie ruft dich." Sie legte ihm den Arm um die Schulter und weinte, das Gesicht an seinen Nacken gedrückt.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Dresdner Konzerte

Uraufführungen im Konzertsaal gehören in Dresden [illegible] zu den alltäglichen Dingen. Und nun will es der Zufall, daß gerade augenblicklich jede Woche eine solche Uraufführung bringt. In der vergangenen Woche fand im Sinfoniekonzert A V der Königl. Kapelle statt und mit einem Werke des meiningischen Hofkapellmeisters Wilhelm Berger: Variationen und Fuge über ein eigenes Thema (Opus 97). Das etwas lang ausgesponnene Thema wird in elf [illegible] Variationen behandelt. Berger gibt sich hierin und auch in andern Werken als [illegible] Brahms-Nachkomme. [illegible] er hat so viel [illegible], aber [illegible] Tüchtigkeit in sich. [illegible] fehlt ihm. Ueberraschungen gibt's nicht. Und zur Begeisterung vermag er auch nicht zu [illegible] Bergers Variationen kam gar nicht. Denn die großen Einfälle fehlen ihnen. Aber an vielen netten kleinen Einfällen kann sich der Musiker dabei erfreuen. Bis — eine Schlußfuge kommt, bei der's den Musikfreund grausen muß. Diese Schlußfuge verdirbt den schönen Eindruck der eigentlichen Variationen, die vielfach ohne Künstelei aus einem gesunden Gefühl geflossen sind. Denn nun will Berger zeigen, was er kann. Da spuckt er in die Hände, krempelt die Ärmel hoch und will 'mal zeigen, was 'ne Harke ist. Und nun wird erst das Thema [illegible] in alle Stimmen gebracht, dann wird's umgekehrt, mit Gegenthema verkehrt, [illegible], wie all' die Fugenkünste heißen. Und vor lauter Wichtigkeit der Arbeit geht der musikalische Fluß flöten, und es ist kein [illegible] Zusammenhang und kein Aufschwung mehr da. Wie gesagt: schade. — Der Komponist wohnte der Uraufführung bei und konnte sich für den Beifall bedanken.

Ob die im vierten Konzert der Vereinigung der Musikfreunde gespielten drei Orchesterstücke von Jean Nanda (?) gleichfalls uraufgeführt wurden, weiß ich nicht. Für Dresden waren sie jedenfalls neu. Viel ist nicht dran. [illegible] Mendelssohn [illegible] — es wäre aber ein großer Fehler, sich verächtlich zu diesem Titel gekommen zu sein. Denn es klingt wie eine Frauenklage mit recht hohen Streichern. [illegible] [illegible] nicht wie andere [illegible] mit einem einfachen Liede, mit einem kleinen Klavierstück, einer Violinsonate oder ähnlichem, sondern gleich mit ganzem Orchester? Das dritte Stück hieß Gavotte und fand ob seiner Einfalt den lebhaftesten Beifall.

Mendelssohn wurde gefeiert in den Konzerten der vergangenen Woche durch die Wiedergabe der Hebriden-Ouvertüre im Musikfreundekonzert, der Schottischen Sinfonie im Sinfoniekonzert und durch die Ausführung von sechs Liedern ohne Worte (welchen, die z. T. [illegible] gespielt werden) in einem Klavierabend von Max Pauer. Pauer wußte die kleinen Stimmungsbilder ganz wundervoll. Er hat [illegible], jedem Stück ein charakteristisches Gesicht zu geben. Meisterliches Spiel könnte man es nennen. Und das fesselt den Zuhörer [illegible], wenn der Spieler augenscheinlich [illegible] [illegible]. Pauers übriges Programm war gleichfalls sehr geschmackvoll zusammengestellt. [illegible] für den ernsten Musikfreund. Die [illegible] Balladen von Brahms und [illegible] — nicht arrangierte — [illegible] Pauer gab die [illegible] der Woche. Ihm am nächsten kam Henri Marteau, der Nachfolger Joachims in Berlin, mit dem Vortrag einer Sonate für Violine allein von Max Reger, einer [illegible], laubaren, [illegible] Musik, die er klang- und verständnisvoll spielte. [illegible] viel besser wiedergab als das Beethovensche Violinkonzert, das unter seinen Händen nicht glatt geschliffen und gerade erschien. Schöner wäre es [illegible]: Ilona Durigo, die einen klangvollen Alt hat und

[illegible] [illegible] [illegible] [illegible] in den Boden zu gehen, wo man auf [illegible] Grund [illegible] Tiefe [illegible] „[illegible]" [illegible] [illegible] man solche Vorsorge [illegible]. Man erkennt dann die Werte besser . . .

Wetterkunde

Ueber die Ursache der jüngsten Wassernot geht der [illegible] folgende Mitteilung zu: Weder die Regen- noch die Schneefälle der letzten Zeit waren so bedeutend, daß sie eine Katastrophe hätten herbeiführen lassen, wie sie ganz Deutschland jetzt getroffen hat. Wir haben in vergangenen Jahren vielfach weit mehr Schnee und Regen gehabt, als nach der letzten anhaltenden Trockenheit gefallen sind. Auch die Schnelligkeit der Schneeschmelze kann nicht allein als Ursache angesehen werden, namentlich, weil eben nicht gerade übermäßiger Schnee sich angesammelt hatte. Die Gründe für die außerordentlich reichlich abfließenden Wassermengen müssen daher anderswo gesucht werden. Der Feuchtigkeitszustand im Boden ist in der Regel folgender: Die oberste Schicht, meist Pflanzenerde, zeigt mehr oder minder Feuchtigkeit, je nach dem herrschenden Witterungszustand. Sie ist selten ganz trocken; die Feuchtigkeit genügt meist noch eben zur Erhaltung der Pflanzen, unterstützt vielfach von der Luftfeuchtigkeit. Unter dieser Schicht findet man in der Regel ziemlich trockenen Boden. Dann beginnt wieder Feuchtigkeit, die sich weiter unten bis zur undurchlässigen Grundlage zur Nässe steigert. Je nach der Lage dieser undurchlässigen Schicht finden wir dann ruhendes oder langsam sich fortbewegendes Grundwasser. Da der trockene Boden nun bekanntlich etwa 40 Prozent Wasser aufzunehmen vermag, würde eine Regenhöhe von 400 Millimetern nötig sein, um ihn beispielsweise bis zu einer Tiefe von einem Meter zu sättigen. Solche Regenfälle sind bei uns selten. Wir finden daher bei der hier angenommenen Tiefe nur sehr selten einen ganz nassen Boden bis zum Grundwasser, der nur bei sehr hohem Grundwasserstand zu beobachten ist. Dann reichen sich Grundwasser und Oberfeuchtigkeit die Hand oder gehen ineinander über. Es vermag also der Regen, wenn er nicht besonders reichlich ist, nur sehr selten zum Grundwasser zu bringen. Denn er kann dies naturgemäß erst dann, wenn der ganze Boden durchtränkt ist. In der Regel wird er durch Verdunstung und Pflanzenbedarf sehr bald wieder aufgezehrt. Das Niederschlagswasser kann also nur zu Tal gelangen: 1. auf undurchlässigem Boden, wie Felsen oder künstlich befestigtem Grund; 2. bei sehr starken Niederschlägen; 3. wenn der Boden bereits gesättigt ist, also keine weiteren Wassermengen aufzunehmen vermag. Wahrscheinlich ist der letzte Fall der diesmal zutreffende. Schon die letzten Wochen der Trockenperiode im vergangenen Herbste brachten, wie die Beobachtungen gezeigt haben, große Luftfeuchtigkeit, welche die Bodenfeuchtigkeit so bereicherte, daß die Quellen kräftig anstiegen. Die Wassermengen kleiner Tagesquellen verdoppelten sich gegenüber ihrem vorherigen niedrigsten Stand, und andauernde Tiefquellen nahmen über 30 Prozent zu. Auf diese Weise nahm auch der Grundwasserstand schon zu, längst bevor der Regen einsetzte. Diesem nun wurde viel Zeit zum Einsinken und wenig zur Verdunstung gelassen. Auf diese Weise nahm auch die Bodenfeuchtigkeit so zu, daß die Erde Mitte Januar bereits gesättigt war. So wurden die Bedingungen erfüllt, die der oben angegebene dritte Fall verlangt: das künstliche Tagewasser gelangte mit großer Geschwindigkeit in die Flußläufe, die bereits durch die ergiebigen wieder kräftig gewordenen Quellen annähernd ihre normale Füllung erhalten hatten. Aber welchen Einfluß hat der Frost? Er wirkt bei dem feuchten Erdboden überaus nachteilig, indem er ihn lockert. Man erkennt dies am besten, wenn Steine auf der Oberfläche eingebettet sind. Die lockere Krume überragt diese oft mehr als einen Zentimeter. Der Frost bereitet also den feuchten Boden für die schnelle Aufnahme der Niederschläge in bester Weise vor. Ganz anders aber ist es mit dem nassen Boden. Hier findet keine Lockerung, sondern im Gegenteil die Bildung einer massiven Kruste statt, die das Eindringen von Wasser durchaus verhindert. Auch dieser Umstand ist bei der jüngsten Wassernot von Belang gewesen, vorausgesetzt, wie oben erläutert, die große Nässe des Bodens an sich das Eindringen weiteren Wassers verhinderte.

Erdkunde

Die drohende Vernichtung der Niagara-Fälle läßt die Amerikaner nicht zur Ruhe kommen. Die Bevölkerung trennt sich dabei in zwei Parteien. Die Vertreter der Technik halten den Bestand sogenannter „Naturschönheiten" für durchaus überflüssig, wenn durch ihre mit einer Ausnutzung verbundene Zerstörung ein praktischer Vorteil gewonnen werden kann; im anderen Heerlager ist man über diese Partei außer sich und wünscht der Menschheit derartige gewaltige Eindrücke der Naturkraft zu erhalten. Im besten Fall wird der Streit auf ein Kompromiß hinauskommen, denn die Partei der Naturfreunde hat schon einen so großen Verlust an der Beeinträchtigung der Niagara-Fälle durch die Technik erfahren, daß sie sich dabei bescheiden muß, noch einen Rest retten zu können. Ein amerikanischer Geologe, der sich besonders eingehend mit der Geschichte der Niagara-Fälle beschäftigt hat, Dr. Spencer, hat in der Monatsschrift Popular Science Monthly sein schwermütiges Urteil über Sein oder Nichtsein der Niagara-Fälle abgegeben. Der Wasserstand oberhalb der

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090215/12
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG